

Jahresbericht

2007

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)

20144 Hamburg · Beim Schlump 83

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) besteht seit Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, „sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen“. Darüber hinaus erstellt Institut einen Jahresbericht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen bitte an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Fax 040 866 36 15

Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936-0026



Inhalt

1.	Zur Arbeit des IFSH 2007 – Vorwort des Direktors	3
2.	Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2007	8
2.1	KSE-Vertrag	8
2.2	Palästina-Konflikt	13
2.3	Atomdeal USA-Indien	19
3.	Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte	25
3.1	Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	25
3.2	Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)	28
3.3	Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR ²)	32
4.	Übergreifende Aktivitäten	37
4.1	Arbeitsgruppe Wirkungsforschung	37
4.2	Veranstaltungen, Tagungen und Besucher	37
4.3	Forschungskolloquium 2007	39
4.4	Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	41
4.5	Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien	44
5.	Lehre und Nachwuchsförderung	46
5.1	Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg	46
5.2	Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)	48
5.3	Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Shanghai	49
5.4	Doktorandenbetreuungsprogramm	49
5.5	Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2007	50
6.	Service	52
6.1	Öffentlichkeitsarbeit	52
6.2	Verein zur Förderung des IFSH	53
6.3	Bibliothek, Dokumentation und Homepage des IFSH 2007	54
7.	Personal und Gremien	55
7.1	Kuratorium	55
7.2	Wissenschaftlicher Beirat	55
7.3	Institutsrat	56
7.4	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2007	57
8.	Veröffentlichungen	59
8.1	IFSH-Reihen	59
8.2	Friedensgutachten	60
8.3	OSZE-Jahrbuch	61
8.4	Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	63
9.	Statistischer Anhang	73



1. Zur Arbeit des IFSH 2007 – Vorwort des Direktors

Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2007 an den ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore und den internationalen Klimarat markiert den Wandel des Verständnisses von Sicherheit und Frieden in den letzten Jahren. Sicherheit und Frieden werden vielfältig gefährdet. Massiver Klimawandel wird die Lebensbedingungen von Menschen verschlechtern, insbesondere in armen Ländern, mit der Gefahr von Gewaltkonflikten, aber vor allem mit wirtschaftlichen Folgen. Das Problem – Klimawandel – andererseits wird überwiegend in den reichen – und in Zukunft auch den rasch reicher werdenden – Ländern verursacht. Ökologische, wirtschaftliche, politische und Sicherheitsprobleme sind miteinander verwoben, nichtstaatliche wie staatliche Akteure beteiligt. Staatsgrenzen verlieren an Bedeutung – für den Ursprung von Risiken wie für deren mögliche Folgen. Risiken für Gewaltanwendung pflanzen sich über Grenzen fort.



Transnationale Gewaltrisiken, zu denen neben sicherheitsrelevanten Folgen des Klimawandels auch der internationale Terrorismus und die „dunkle Seite“ der Globalisierung – illegaler Handel mit Waffen und Waffentechnologie sowie grenzüberschreitende organisierte Kriminalität – gezählt werden können, dominieren seit einiger Zeit die friedens- und sicherheitspolitische Agenda in Deutschland und Europa. Sie sind in den letzten Jahren auch für die Arbeit des IFSH wichtiger geworden, sowohl in der Forschung als auch in der Beratung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zentrums für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) am IFSH etwa haben in der Vergangenheit viel beachtete Beiträge zu Fragen des Umgangs mit dem Terrorismus geleistet. Seit 2006 ist das IFSH an Aktivitäten im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung beteiligt. Im Exzellenzcluster der Universität Hamburg zur integrierten Klimaforschung (CLISAP), der 2007 seine Arbeit aufnahm, arbeitet das IFSH im Themenfeld „Klimawandel und Sicherheit“ mit.

Mit seinem neuen Arbeitsprogramm, das im Jahre 2007 ausformuliert wurde, versucht das IFSH die Beschäftigung mit transnationalen Gewaltrisiken auf eine neue und fundierte Grundlage zu stellen. Dabei bleibt das Institut seinem Auftrag verpflichtet, nach Konfliktlösungen mit zivilen und friedlichen Mitteln zu suchen. Im Vordergrund der Forschungsarbeit soll deshalb die Analyse der Maßnahmen stehen, die internationale Akteure ergreifen und ergreifen können, um unter den Bedingungen von Globalisierung und Transnationalisierung Frieden und Sicherheit zu fördern.

Über diesen häufig als „neue“ bezeichneten Risiken kann das Institut aber auch „traditionelle“ Probleme für Frieden und Sicherheit nicht vernachlässigen. Die drei inhaltlichen Beiträge in diesem Jahresbericht bieten dafür eindringliche Beispiele. Der israelisch-palästinensische Konflikt hat durch die Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen eine weitere Eskalation erfahren. Die Beziehungen Russlands zum Westen haben sich 2007 weiter verschlechtert, wofür die Suspendierung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa ein Ausdruck ist. Die De-facto-Anerkennung Indiens als Nuklearwaffenstaat durch die US-amerikanische Regierung im angestrebten Nuklearvertrag zwischen beiden Ländern schwächt den ohnehin angeschlagenen Atomwaffensperrvertrag weiter.

Dies sind nur einige der aktuellen Themen, mit denen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2007 auseinandergesetzt haben, zu denen sie Texte geschrieben, Hintergrundgespräche geführt und Interviews gegeben haben. Andere Stichworte sind Afghanistan, Kosovo oder Iran. Das öffentliche Interesse an Expertise aus dem IFSH ist, wie die Statistiken im Anhang dokumentieren, groß. Das zeigt sich an der Zahl der beantworteten Pressefragen ebenso, wie an Teilnahmen an Veranstaltungen und an der Nutzung des Internet-Angebots.

Ein weiteres Standbein neben der Öffentlichkeitsarbeit sind verschiedene Formen der Politikberatung. Dies betrifft das gesamte Spektrum der Kompetenzen des IFSH, die in diesem Jahresbericht in der Präsentation der drei Arbeitsbereiche dargestellt ist. Besonders eng ist diese Tätigkeit im Umfeld der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) durch das Zentrum für OSZE-Forschung am IFSH (CORE), das neben dem Sekretariat in Wien auch Vertretungen



mehrerer Teilnehmerstaaten, OSZE-Einrichtungen und die im Auswärtigen Amt zuständigen Referate berät. Ein Ausdruck der Wertschätzung des CORE war die Rezeption eines unter Leitung von Wolfgang Zellner von einer internationalen Expertengruppe im Jahre 2007 am IFSH erarbeiteten Berichts zur Zukunft der OSZE unter dem Titel „Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE“. Die von der finnischen Regierung in Auftrag gegebene Studie wurde Anfang Januar 2008 in Helsinki und in Wien im Beisein von hochrangigen Vertretern praktisch aller OSZE-Mitgliedstaaten vorgestellt.

IFAR², die zu Fragen der Rüstungskontrolle und Risikotechnologien arbeitende interdisziplinäre Gruppe am IFSH, ist ebenfalls in der politischen Beratung sehr aktiv, über Deutschland hinaus vor allem durch die internationale Pugwash-Wissenschaftlervereinigung.

Auf EU-Ebene ist ein Beratungsprogramm des Ausschusses für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik des Europäischen Parlaments angelaufen, in dem das IFSH Partner ist. Damit wird die Beratungstätigkeit des IFSH zu Fragen der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik, die vornehmlich von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZEUS-Gruppe geleistet wird, erweitert.

Ein besonderes Ereignis des Jahres 2007, angesiedelt zwischen Beratung und Ausbildung, war ein fünfwöchiger Trainingskurs von CORE für kasachische Diplomaten. Kasachstan wird 2010 den OSZE-Vorsitz übernehmen. Die Zahl kasachischer Diplomaten mit einschlägigen Kenntnissen ist jedoch gering. Das kasachische und das deutsche Außenministerium wählten CORE als Ausrichter eines intensiven Schulungsprogramm aus. Für das IFSH könnte dieses Trainingsprogramm zum Türöffner für die Weiterbildung von Diplomaten und hochrangigen Beamten werden.

Ihre Legitimation sowohl in der politischen Beratung als auch der Öffentlichkeitsarbeit ziehen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IFSH aus der Forschungstätigkeit. Die Forschung ist schon aus diesem Grund die unverzichtbare Grundlage der Tätigkeit des IFSH. Darüber hinaus sind Beiträge zur wissenschaftlichen Diskussion vorrangiges Ziel der Arbeit des IFSH.

Im Jahre 2007 veröffentlichten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des IFSH sechs Sammelbände, fünf Monographien, 35 Broschüren und Berichte, 57 Beiträge in Büchern und 50 Aufsätze in Zeitschriften. 19 der Beiträge waren referiert, davon neun nach doppelt-blindem Begutachtungsverfahren. Das IFSH gibt zwei Publikationsreihen heraus, die sich an ein breiteres Publikum wenden (die „Hamburger Informationen“ und IFSH Aktuell, das auch auf englisch erscheint) und eine Reihe (die „Hamburger Beiträge“), die sich an ein Fachpublikum richtet. Diese Reihen werden durch die Förderung der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert. Darüber hinaus werden am IFSH eine Schriftenreihe (Demokratie, Sicherheit und Frieden) und eine Zeitschrift (Sicherheit und Frieden S+F) redaktionell betreut, außerdem ist das IFSH Mitherausgeber von zwei Jahrbüchern, des Friedensgutachtens der fünf führenden deutschen Friedensforschungsinstitute und des OSZE-Jahrbuchs, das in deutscher, englischer und russischer Sprache erscheint.

Neben den Veröffentlichungen sind Vorträge und Tagungen wesentliche Elemente der wissenschaftlichen Kommunikation. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH hielten im Jahre 2007 165 Vorträge und nahmen an 121 Tagungen teil. Das IFSH veranstaltete auch eine Reihe eigener wissenschaftlicher Tagungen, zur Demokratisierung in Zentralasien, zur Nuklearpolitik auf dem indischen Subkontinent (gemeinsam mit dem Massachusetts Institute of Technology, USA und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin), zur Zusammenarbeit zwischen der EU und China (gemeinsam mit dem Centre for European Studies der East China Normal University und der Karls-Universität Prag) und zur Zukunft der ausländischen Militärpräsenz in Afghanistan (gemeinsam mit der Queens University, Canada und der Führungsakademie der Bundeswehr).

Unverzichtbarer Teil der wissenschaftlichen Arbeit des IFSH ist die Nachwuchsförderung. Der 5. Jahrgang des gemeinsam mit der Universität Hamburg betriebenen Studiengangs „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ wurde mit der feierlichen Überreichung der Diplome an 24 erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen verabschiedet und der 6. Jahrgang mit 27 Studierenden begonnen. Nach Auslaufen der Grundförderung durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung stehen das IFSH und die Universität Hamburg in der Pflicht der Finanzierung des Studienganges. Drei Doktorandinnen und zwei Doktoranden, die im institutseigenen Doktorandenprogramm betreut worden waren, schlossen 2007 ihre Promotionen ab. Ende 2007 nahmen 16 Promovierende



am Doktorandenprogramm des IFSH teil. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts waren darüber hinaus als Betreuer/Gutachter an Promotionsbetreuungen und -verfahren außerhalb des IFSH beteiligt). Das IFSH ist für die Universität Hamburg Partner des europäischen Studienganges „European Master of Human Rights and Democratization“: Unter der Stundeileitung von Prof. Hans J. Gießmann wurden im Jahr 2007 drei Masterstudierende am IFSH betreut. Ein besonderer Aspekt der Nachwuchsförderung ist die Kooperation des IFSH mit der East China Normal University in Shanghai. Im Jahre 2007 wurde vereinbart, bis zu zwei Doktoranden pro Jahr der einen Institution bei der anderen zu betreuen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden außerdem regelmäßig in Shanghai unterrichten. Auch drei der sieben Gastwissenschaftler, die zu längeren Aufenthalten an das IFSH kamen, sind Wissenschaftler der East China Normal University in Shanghai, mit der das IFSH seit einer Reihe von Jahren in engem Austausch steht.

Die Summe der im Berichtsjahr eingeworbenen Drittmittel beträgt 779.247 €. Das ist ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren. Der Wert liegt auch über den Personal- und Sachkosten, die im Jahre 2007 aus neuen oder früher bewilligten Fördermitteln gedeckt werden konnten. Der Anstieg der Drittmittelzusagen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in den Bereichen Beratung und Ausbildung mehr Projekte eingeworben werden konnten, darunter von den Außenministerien Finnlands, Deutschlands und Kasachstans und der Molinari-Stiftung des Bundeswehrverbandes. Auch eine Reihe kleinerer Forschungsprojekte konnte mit Hilfe verschiedener Forschungsstiftungen begonnen werden. Die Beantragung neuer großer Forschungsvorhaben war hingegen nur teilweise erfolgreich. So ist das IFSH Partner in zwei Projekten im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union, zwei Anträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft wurden hingegen abgelehnt.

Die Arbeit des IFSH wurde auch im Jahre 2007 von einer größeren Zahl von externen Geldgebern gefördert. Die Hauptlast der Finanzierung trägt jedoch die Stifterin, die Freie und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt unser besonderer Dank.

Dieser Dank soll im Bericht für das Jahr 2007 besonders herausgestrichen werden. Das Haus am Schlump 83, in das das IFSH gemeinsam mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte und dem Institut für die Geschichte der Deutschen Juden im Frühsommer 2007 gezogen ist, ist mit Finanzierung durch die Wissenschaftsbehörde der Stadt Hamburg aufwendig renoviert worden. Besonderer Dank für Ihren Einsatz gebührt dem Vorsitzenden des Kuratoriums Staatsrat Roland Salchow und seinen Mitarbeiterinnen im für das IFSH zuständigen Referat. Das traditionsreiche Gebäude bietet nicht nur mehr Platz – der allerdings schon wieder knapp geworden ist –, sondern durch seine Nähe zur Universität und zu anderen Forschungseinrichtungen neue Möglichkeiten für die Intensivierung der Zusammenarbeit.

Die Einweihungsfeier des Hauses am 30. Oktober 2007 wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH lange im Gedächtnis bleiben. Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Ole von Beust stellte die Arbeit des IFSH lobend heraus, spornte das Institut aber auch an, die neuen Möglichkeiten, die der Ortswechsel bietet, gut zu nutzen. Das geschah gleich anschließend an die feierliche Eröffnung durch ein Informationsangebot, unter anderem in Form einer Podiumsdiskussion mit dem früheren polnischen Außenminister Adam Daniel Rotfeld, die gemeinsam mit dem Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung durchgeführt wurde. Das Angebot, wie das der anderen vier Institute im neuen Haus, fand großes Interesse.

2007 war ein Jahr des Abschieds – vom Gebäude am Falkenstein, von den verdienten Kolleginnen Gunda Meier, Heidemarie Bruns und Heinke Peters, die in den Ruhestand gingen, und von Erwin Müller, der als Referent über viele Jahre die Arbeit des Instituts mit geprägt hat und vor Vollendung des 60. Lebensjahr verstarb.

Mehr noch aber war 2007 ein Jahr der Erneuerung – mit neuem Gebäude, neuer Institutssatzung, neuen Vorhaben und neuem Programm für die zukünftige Arbeit des IFSH.

Hamburg, Februar 2008

Michael Brzoska



2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2007

2.1 KSE-Vertrag

Wolfgang Zellner

Die Aussetzung des KSE-Vertrags – der Anfang vom Ende kooperativer Sicherheit in Europa?



Am 13. Juli 2007 drohte der russische Präsident Wladimir Putin mit der Aussetzung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), sollte der angepasste KSE-Vertrag (AKSE) nicht binnen 150 Tagen ratifiziert und in Kraft gesetzt sowie eine Reihe weiterer Forderungen der Russischen Föderation erfüllt sein.¹ Eine außerordentliche Konferenz der KSE-Vertragsstaaten vom 12. bis 15. Juni 2007 konnte diesen Schritt ebenso wenig abwenden wie drei informelle Treffen, das letzte davon am Rande des OSZE-Ministerratstreffens Ende November 2007 in Madrid. Am 12. Dezember 2007 suspendierte die russische Regierung den KSE-Vertrag dann tatsächlich; das bedeutet, dass Russland sich nicht länger am Datenaustausch beteiligt und keine Vor-Ort-Inspektionen mehr zulässt. Da eine „Aussetzung“ im Vertragstext nicht vorgesehen ist, wird Russlands Verhalten wohl bald als erheblicher Vertragsbruch qualifiziert werden. Entsprechend steht nur noch ein begrenztes Zeitfenster zur Verfügung, um den KSE-Vertrag zu retten. Sein Zusammenbruch wäre das Ende des kooperativen Rüstungskontrollregimes in Europa, das seit Anfang der 1990er Jahre besteht.

Vom KSE-Vertrag zum Angepassten KSE-Vertrag

Gemeinsame und kooperative Sicherheit war einer der konzeptionellen Eckpfeiler der KSZE-Charta von Paris aus dem Jahr 1990. Sie wurde durch ein umfassendes Rüstungskontrollregime gestützt, zu dessen Hauptelementen der KSE-Vertrag und das Wiener Dokument (WD) 1990 gehörten; später kam der Vertrag über den Offenen Himmel hinzu. Die beiden letztgenannten erhöhen zwar die militärische Transparenz, jedoch nur der KSE-Vertrag verbindet die Beschränkung der wichtigsten konventionellen Waffensysteme mit einem umfassenden Informationsaustausch und intrusiven Inspektionen. Damit ist der KSE-Vertrag das unersetzliche Herzstück des gesamten europäischen Rüstungskontrollregimes.

Der ursprüngliche KSE-Vertrag², der auf dem Pariser KSZE-Gipfeltreffen am 19. November 1990 unterzeichnet wurde, beruhte auf der bipolaren Struktur des Kalten Krieges. Seine Obergrenzen in den fünf vom Vertrag begrenzten Kategorien (*treaty limited equipment*, TLE) beziehen sich auf zwei „Gruppe[n] von Vertragsstaaten, die den Warschauer Vertrag von 1955“ oder „den Vertrag von Brüssel von 1948 oder den Vertrag von Washington von 1949“ unterzeichnet haben.³ Das System regionaler Begrenzungen (Artikel IV) des Vertrags beruht vollständig auf dem Gruppenprinzip. Obwohl diese Bestimmungen bereits bei Vertragsunterzeichnung überholt waren, waren sie bis zu dem Zeitpunkt tragbar, als die ersten drei Staaten der seit langem nur noch fiktiven östlichen Gruppe von Vertragsstaaten – Polen, die Tschechische Republik und Ungarn – im März 1999 der NATO beitraten.

1 Informationen zum Erlass „Über die Aussetzung der Anwendung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und der damit zusammenhängenden internationalen Verträge durch die Russische Föderation“ vom 13. Juli 2007 unter: <http://www.mid.ru>.

2 Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, unter: http://www.osce.org/documents/html/pdftohtml/13752_de.pdf.html.

3 Ebenda., Artikel II, 1 (A). Laut Artikel IV, 1, darf die Anzahl der TLE für jede Gruppe von Vertragsstaaten folgende Obergrenzen nicht überschreiten: 20.000 Kampfpanzer, 30.000 gepanzerte Kampffahrzeuge, 20.000 Artilleriewaffen, 6.800 Kampfflugzeuge und 2.000 Angriffshubschrauber.



Verhandlungen über die Anpassung des Vertrags an die veränderten politischen Rahmenbedingungen wurden schließlich – nach jahrelangen russischen Forderungen – im Januar 1997 aufgenommen und fanden mit der Unterzeichnung von zwei Dokumenten über die Anpassung des KSE-Vertrags durch seine 30 Vertragsstaaten auf dem OSZE-Gipfeltreffen von Istanbul im Jahr 1999 ihren Abschluss.⁴ Die wichtigste Neuerung des AKSE ist die Ablösung der Gruppenobergrenzen durch nationale und territoriale Obergrenzen für die einzelnen Staaten.⁵ Eine nationale Obergrenze beschränkt die Anzahl an TLE, die jeder Staat besitzen darf, unabhängig davon, wo diese disloziert sind. Territoriale Obergrenzen beschränken die Anzahl an TLE in den drei Kategorien der Landstreitkräfte, die innerhalb einer territorialen Einheit – normalerweise das Hoheitsgebiet eines Staates – disloziert sind, unabhängig davon, ob es sich um nationale oder ausländische Streitkräfte handelt. Staaten dürfen ihre nationalen und territorialen Obergrenzen innerhalb von fünf Jahren einseitig um bis zu 20 Prozent anheben. Beide Obergrenzen zusammen bilden – zumindest theoretisch – ein das gesamte Anwendungsgebiet überspannendes territoriales Netzwerk, das die Stabilität und Verteidigungsfähigkeit erhöht, gleichzeitig jedoch die militärische Flexibilität und die Fähigkeit zu offensivem Handeln einschränkt.

Genau dieses Verhältnis zwischen Stabilität einerseits und militärischer Flexibilität andererseits entwickelte sich zum Zankapfel in den AKSE-Verhandlungen. Um die militärische Flexibilität zu erhöhen, setzten die NATO-Staaten – in erster Linie auf Initiative der USA – zwei Varianten eines spezifischen Instruments unter der Bezeichnung „vorübergehende Dislozierung“ durch. Im Falle einer „einfachen vorübergehenden Dislozierung“ darf ein Staat seine territorialen Obergrenzen um 153 Kampfpanzer, 241 gepanzerte Kampffahrzeuge und 140 Artilleriewaffen überschreiten. Bei einer „außergewöhnlichen vorübergehenden Dislozierung“ darf ein Staat seine territorialen Obergrenzen sogar um das Dreifache dessen, also um 459 Kampfpanzer, 723 gepanzerte Kampffahrzeuge und 420 Artilleriewaffen überschreiten. Diese Regel wird auf jeden Staat angewendet und kann daher von verschiedenen Staaten gleichzeitig in Anspruch genommen werden. Der Begriff „vorübergehend“ wurde nicht definiert, so dass offen ist, wie lange eine vorübergehende Dislozierung dauern kann. Ursprünglich wollte die Russische Föderation ein solches Ausmaß an Flexibilität nicht akzeptieren. Sie stimmte nur zu, weil eine Reihe europäischer Staaten bereit war, ihre militärische Flexibilität einzuschränken. Die Tschechische Republik, Ungarn, Polen und die Slowakische Republik senkten ihre territorialen Obergrenzen um 1700 TLE ab.⁶ Darüber hinaus erklärten diese Staaten, ebenso wie Belarus, Deutschland und die Ukraine, dass sie nicht beabsichtigten, ihre territorialen Obergrenzen zu erhöhen.⁷ Dies wurde insbesondere Polen durch eine russische Erklärung erleichtert, es gäbe „keine Gründe, Pläne oder Absichten, wesentliche Kampfkräfte, seien es Luftstreitkräfte oder Bodentruppen“ zusätzlich auf Dauer in den Oblasts Kaliningrad und Pskow zu stationieren.⁸ In Bezug auf regionale Begrenzungen wurden das System konzentrischer Zonen in der Mitte Europas und die Hinlänglichkeitsregel abgeschafft, eine abgewandelte Form der Flankenregel jedoch beibehalten.⁹

4 Vgl. Übereinkommen über die Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa, 19. November 1999, unter: http://www.osce.org/documents/doclib/1999/11/13760_de.pdf (KSE-Anpassungsübereinkommen); Schlussakte der Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, 19. November 1999, unter: http://www.osce.org/documents/doclib/1999/11/13761_de.pdf (KSE-Schlussakte).

5 Vgl. KSE-Anpassungsübereinkommen, ebenda, Artikel 5 und 6.

6 Vgl. KSE-Schlussakte, a.a.O. (Anm. 4), Anhang 1, Erklärung im Namen der Tschechischen Republik, Anhang 2, Erklärung im Namen der Republik Ungarn, Anhang 3, Erklärung im Namen der Republik Polen, Anhang 4, Erklärung im Namen der Slowakischen Republik.

7 Vgl. ebenda, Anhang 6, Erklärung im Namen der Republik Belarus, Anhang 7, Erklärung im Namen der Tschechischen Republik, Anhang 8, Erklärung im Namen der Bundesrepublik Deutschland, Anhang 9, Erklärung im Namen der Republik Ungarn, Anhang 10, Erklärung im Namen der Republik Polen, Anhang 11, Erklärung im Namen der Slowakischen Republik, Anhang 12, Erklärung im Namen der Ukraine.

8 Vgl. ebenda, Anhang 5, Erklärung im Namen der Russischen Föderation.

9 Die regionalen Obergrenzen des KSE-Vertrags von 1990 sahen drei ineinander verschachtelte Obergrenzen im „Zentrum“ Europas (Artikel IV) vor, die darauf abzielten, eine Konzentration von Streitkräften an der „Frontlinie“, der innerdeutschen Grenze, zu begrenzen. Eine zusätzliche Flankenregel beschränkte die TLE in den nördlichen und südlichen Gebieten (Artikel V). Sie betrifft insbesondere die Russische Föderation, die ihre militärische Ausrüstung auf ihrem Territorium nicht nach Belieben verlagern darf.



Der AKSE-Vertrag stärkt die territoriale Souveränität der einzelnen Vertragsstaaten. Das Recht eines jeden Vertragsstaates, die Dislozierung ausländischer Streitkräfte auf seinem Territorium zu gestatten oder zu verbieten, wurde dadurch gestärkt, dass die Anforderungen an die Zustimmung des Gaststaates zur Anwesenheit ausländischer Truppen erhöht wurden. Nach dem Inkrafttreten des AKSE steht der Vertrag allen OSZE-Teilnehmerstaaten, die im Anwendungsgebiet des Vertrags liegen, zum Beitritt offen. Dies ist insofern relevant, als die neuen NATO-Staaten Estland, Lettland, Litauen und Slowenien sowie alle ausländischen Truppen, die möglicherweise auf deren Territorien stationiert werden könnten, bisher nicht durch das KSE-Regime begrenzt werden.

Die Kontroverse über die „Istanbul-Verpflichtungen“

Seit 1999 gibt es erhebliche Probleme mit der Ratifizierung und Inkraftsetzung des Angepassten KSE-Vertrags. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt haben lediglich Russland, die Ukraine, Belarus und Kasachstan den Vertrag ratifiziert. Zwischen 1999 und 2001 bestand das Haupthindernis darin, dass die russischen Bestände in der Flankenregion die Flankenobergrenzen deutlich überstiegen. Ende 2001 hatte Russland jedoch seine TLE vertragsgemäß reduziert und hielt die Flankenregel ein.

Das bedeutsamere Hindernis für die Ratifizierung des AKSE durch die NATO-Staaten besteht allerdings darin, dass Russland seinen Verpflichtungen, seine Truppen aus Georgien und Moldau abzuziehen – die sogenannten Istanbul-Verpflichtungen, die in der Gipfelerklärung von Istanbul und in der KSE-Schlussakte enthalten sind, – bislang nicht nachgekommen ist.¹⁰ Die derzeitige Position der NATO-Staaten, dass sie den AKSE erst dann ratifizieren werden, wenn Russland seine Istanbul-Verpflichtungen erfüllt hat, kristallisierte sich erst 2002, drei Jahre nach Istanbul, auf dem NATO-Gipfeltreffen in Prag heraus. Erst damals gaben die NATO-Staaten folgende Erklärung ab: „Wir drängen auf die zügige Erfüllung der noch ausstehenden Istanbul-Verpflichtungen in Bezug auf Georgien und Moldau, die die Voraussetzungen dafür schaffen werden, dass die Mitglieder des Bündnisses und andere Vertragsstaaten die Ratifikation des angepassten KSE-Vertrags weiterführen können.“¹¹ So schufen die NATO-Staaten ein Junktim zwischen ihrer Bereitschaft zur Ratifizierung und dem Abzug der russischen Truppen aus Georgien und Moldau – was von Russland entschieden zurückgewiesen wurde. Auf diese Weise versuchten die NATO-Staaten die Ratifizierung des AKSE-Vertrags als Hebel zu nutzen, um so den Abzug der russischen Truppen zu erreichen und darüber hinaus indirekt als Mittel, um die damit in Zusammenhang stehenden Territorialkonflikte in Georgien und Moldau zu lösen.

Der derzeitige Stand der Dinge ist, dass – nach jahrelangem Stillstand – der Abzug der russischen Truppen aus Georgien in Übereinstimmung mit dem georgisch-russischen Abkommen vom März 2006 im Dezember 2007 abgeschlossen wurde – ein Jahr früher als vereinbart. Noch ungelöste Probleme sind die Anwesenheit russischer (GUS) Peacekeeping-Kräfte in Abchasien und Südossetien und die Übergabe des Militärstützpunkts Gudauta, der in Abchasien liegt und nicht unter georgischer Kontrolle steht. In Moldau (Transnistrien) befindet sich immer noch ein russisches Munitionsdepot, in dem etwa 20.000 Tonnen Munition gelagert und von russischen Kräften bewacht werden. Auch in Moldau stehen russische (GUS) Peacekeeping-Kräfte. Diese Probleme werden jedoch allgemein als lösbar betrachtet, da die USA in jüngster Zeit größere Flexibilität hinsichtlich der Istanbul-Verpflichtungen im Allgemeinen und insbesondere in Bezug auf die Peacekeeping-Truppen gezeigt haben.

Insgesamt gesehen hat sich der Versuch der NATO-Staaten, die Inkraftsetzung des AKSE-Vertrags von der Erfüllung der Istanbul-Verpflichtungen abhängig zu machen, als schwerwiegende Fehlkalkulation erwiesen. Dadurch haben sie die Ratifikation und das Inkrafttreten des AKSE-Vertrags

10 Gipfelerklärung von Istanbul, in: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Istanbul-Dokument 1999, PCOEW389, Januar 2000/Corr., Abs. 19, unter: http://www.osceorg/documents/mcs/1999/11/4050_de.pdf, KSE-Schlussakte, a.a.O. (Anm. 4), Anhang 14: Gemeinsame Erklärung der Russischen Föderation und Georgiens.

11 Prager Gipfelerklärung der Staats- und Regierungschefs auf dem Treffen des Nordatlantikrats in Prag, am 21. November 2002, Abs. 15, unter: <http://www.nato.int/docu/other/de/2002/p02-127d.htm>.



verzögert und eventuell sogar zur Zerstörung des gesamten KSE-Regimes beigetragen, jedoch weder den russischen Truppenabzug aus Georgien und Moldau noch die Lösung der dortigen Territorialkonflikte befördert.

Zusätzliche Forderungen Russlands

Zusätzlich zu seinem nachdrücklichen Drängen, die NATO-Staaten sollten endlich den AKSE-Vertrag ratifizieren, hat Russland weitere Forderungen erhoben. Die drei wichtigsten sind

- die Reduzierung der zulässigen TLE der NATO-Länder, um so die NATO-Erweiterung zu kompensieren. Dies kommt einer Wiedereinführung der überholten Idee eines Ost-West-Streitkräftegleichgewichts gleich, die der AKSE ja gerade überwinden sollte;
- die Aufhebung der Flankenbegrenzungen für das Hoheitsgebiet Russlands
- und die vorläufige Anwendung des AKSE-Vertrags.

Ironischerweise hat sich gezeigt, dass, während sich die Positionen hinsichtlich der Istanbul-Verpflichtungen annähern, die zusätzlichen russischen Forderungen anscheinend die wirklichen Hindernisse für eine Übereinkunft sind. Die Forderung nach einem militärischen Gleichgewicht zwischen der NATO und der russischen Föderation zeigt, dass die russische Führung nicht länger die Idee kooperativer Sicherheit teilt, sondern die NATO als potenziell gegnerisches Bündnis wahrnimmt, das es auszubalancieren gilt. Berücksichtigt man jedoch die Pläne der USA für eine weltweite Raketenabwehr, die z.T. in Europa stationiert werden soll, die US-Militärstützpunkte in Bulgarien und Rumänien sowie das entschiedene Eintreten der USA für die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO, überrascht es kaum, dass die Gesamtheit dieser militärischen Veränderungen in Moskau als *Containment*-Strategie betrachtet wird. Gleichwohl wäre ein formales Abkommen über ein militärisches Gleichgewicht zwischen der NATO und Russland ein Rückfall in das Denken des Kalten Krieges, das weder plausibel noch wünschenswert ist. Kompromissmöglichkeiten bestehen in einseitigen Erklärungen, Zurückhaltung zu üben, wie sie in der KSE-Schlussakte enthalten sind.

Die russische Forderung nach Aufhebung der Flankenregel hat zwei Gründe: Zum einen fühlt Russland sich singularisiert, da es der einzige Staat ist, der seine Streitkräfte innerhalb seines Hoheitsgebiets nicht uneingeschränkt verlegen darf. Zum anderen argumentiert Russland, dass es möglicherweise mehr Truppen zur Terrorismusbekämpfung im Kaukasus benötigt. Da die Flankenregel jedoch bereits mehrere Tausend TLE in der Flankenregion erlaubt, unterstreicht dieses Argument Russlands stark militarisiertes Verständnis vom „Kampf gegen den Terrorismus“. Einem Kompromiss steht vor allem die Haltung der Türkei im Wege, die die Flankenregel um jeden Preis beibehalten will. Andererseits haben die USA kein großes Interesse an der Flankenregel und Norwegen hat in dieser Frage ebenfalls Flexibilität gezeigt.

Die dritte russische Forderung nach einer vorläufigen Anwendung des AKSE-Vertrags ist ebenfalls schwer zu erfüllen, da dafür in den meisten Ländern eine Rechtsgrundlage erforderlich ist. Die wichtigsten Verhandlungen über AKSE-Angelegenheiten finden im bilateralen Rahmen zwischen den USA und Russland statt. In diesen Verhandlungen haben die USA ein erhebliches Maß an Flexibilität an den Tag gelegt, was die Tatsache unterstreicht, dass die Zusammenarbeit mit Russland in einer Reihe anderer Fragen als unabdingbar betrachtet wird, z.B. hinsichtlich des Iran. Trotzdem ist völlig offen, ob diese Verhandlungen zum Inkrafttreten des AKSE-Vertrags und somit zur Rettung des gesamten KSE-Regimes führen werden.

Die Auswirkungen eines möglichen Zusammenbruchs des KSE-Regimes

Direkte Auswirkungen: Der mögliche Zusammenbruch des KSE-Regimes wird so gut wie sicher nicht zu einer allgemeinen konventionellen Aufrüstung in Europa führen. Einerseits gibt es noch erhebliche Spielräume zwischen den derzeitigen TLE-Beständen und den KSE-Obergrenzen; andererseits gibt es keinen Grund, sich auf ein derart teures Vorhaben einzulassen. Subregionale Wett-



rüsten würden jedoch erleichtert, was insbesondere im Südkaukasus Anlass zur Sorge bietet, der ohnehin seit Jahren Schauplatz eines Rüstungswettlaufs ist. Gegenwärtig gelten nach dem KSE-Vertrag für Armenien, Aserbaidschan und Georgien noch gleiche Obergrenzen für die fünf TLE-Kategorien. Wenn diese Obergrenzen nicht mehr vorhanden wären, könnte es zu einer Aufrüstung bei schweren Waffen kommen. Ein weiterer Aspekt eines möglichen Scheiterns des KSE-Vertrags ist der Rückfall von kooperativer in unilaterale Transparenz. Unter dem KSE-Regime sind die Bestände an TLE in der gesamten Region von Atlantik bis zum Ural für alle Vertragsstaaten transparent. Wenn der Vertrag scheitert, wird diese Information erneut zum Privileg derjenigen Staaten, die über die Mittel zur Satellitenaufklärung verfügen.

Weitergehende Auswirkungen: Das mögliche Scheitern des KSE-Vertrags ist eine direkte Bedrohung der politisch-militärischen Dimension der OSZE, da dann das Wiener Dokument 1999 das einzig verbliebene Dokument von einiger Bedeutung wäre. Andere OSZE-Rüstungskontrolldokumente haben lediglich deklaratorischen Charakter wie die OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung, sind von geringer operativer Bedeutung wie der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit oder dienen in erster Linie der Terrorismusbekämpfung. Da das Wiener Dokument 99 in vieler Hinsicht überholt ist, muss bezweifelt werden, dass es tragfähig genug ist, nahezu die gesamte Substanz der politisch-militärischen Dimension der OSZE zu repräsentieren. Darüber hinaus besteht die ernste Gefahr, dass weitere Elemente der europäischen Rüstungskontrolle wie der INF-Vertrag oder der Vertrag über den Offenen Himmel in Mitleidenschaft gezogen werden. Insgesamt gesehen zeichnet sich eine schwere Krise gemeinsamer und kooperativer Sicherheitspolitik in Europa ab. Man kommt nicht an der Tatsache vorbei, dass sich in Europa neue Trennungslinien aufgetan haben. Gleichwohl unterscheidet sich die gegenwärtige Situation fundamental von der Konfrontation des Kalten Krieges. Die heutige europäische Realität ist durch eine komplexe Gemengelage von Kooperation und Konflikt gekennzeichnet. Das wesentliche Paradigma ist wachsende Interdependenz. Staaten sind durch vielfältige Verbindungen miteinander verknüpft und – komme was wolle – zur Zusammenarbeit verdammt. Neue politisch-militärische Kontroversen können diese Kooperation verteuern, erschweren und verzögern und dabei politisches Kapital verbrauchen, das besser dazu genutzt würde, die wirklichen Probleme Europas und der Welt zu lösen.



2.2 Palästina-Konflikt

Margret Johannsen

Die Annapolis-Konferenz und die Aussichten für eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts

Nach sieben Jahren Stillstand im israelisch-palästinensischen Friedensprozess kam aus Washington ein neuerlicher Anstoß zu Verhandlungen mit dem Ziel einer endgültigen Beilegung des nahöstlichen Dauerkonflikts, der die Staatengemeinschaft seit der UN-Teilungsresolution vor 60 Jahren kontinuierlich beschäftigt. Am 27. November 2007 vereinbarten der israelische Ministerpräsident Ehud Olmert und der palästinensische Präsident und PLO-Vorsitzende Mahmud Abbas im amerikanischen Annapolis, binnen eines Jahres den Weg in einen palästinensischen Staat ebnen zu wollen.



Es ist der zweite Anlauf zu Endstatusverhandlungen, in denen alle Streitfragen zwischen den Konfliktparteien abschließend geregelt werden sollen. Der erste Anlauf war im Juli 2000 gescheitert. Zwei Monate nach Abbruch des Gipfeltreffens in Camp David hatte sich die Enttäuschung der Palästinenser über das Scheitern des Friedensprozesses in einem Aufstand gegen die Besatzung entladen, der als zweite Intifada in die Geschichte des Nahen Ostens einging. Die Kampfhandlungen forderten bis heute über 6000 Menschenleben.

Wird US-Präsident George W. Bush gelingen, was seinem Vorgänger Bill Clinton versagt blieb, der trotz hohen persönlichen Einsatzes am Ende seiner Amtszeit den Dauerkonflikt nicht für beendet erklären konnte? Die Bevölkerung scheint den Glauben an diplomatische Lösungen verloren zu haben. Auf beiden Seiten hält es nur eine kleine Minderheit für wahrscheinlich, dass die Verhandlungen binnen eines Jahres abgeschlossen und die eingegangenen Verpflichtungen auch implementiert werden.¹

Asymmetrische Interessenlage

Bei genauer Prüfung gibt das *Joint Statement* von Annapolis² in der Tat Anlass zur Skepsis. Zwar haben sich die Konfliktparteien bewegt: Israel hat sein langjähriges Dogma, wonach „kein Partner auf der anderen Seite“ sei, ad acta gelegt und ist wieder zu Endstatusverhandlungen bereit. Die Palästinensische Autorität (PA), vertreten durch Präsident Abbas, hat darauf verzichtet, dass die UNO-Resolutionen, die bisher als völkerrechtlicher Rahmen für eine Beilegung des Flüchtlingsproblems und des territorialen Streits galten, in der Deklaration genannt werden. Aber diese neue Flexibilität wiegt gering, wenn man sich die sperrige Konfliktsubstanz und den problematischen Verhandlungsansatz sowie die Führungsschwäche auf beiden Seiten vergegenwärtigt. Einem raschen und substanziellen Verhandlungserfolg steht insbesondere die asymmetrische Interessenlage der politischen Führungspersonen entgegen: Dem Interesse Olmerts, Regierungschef zu bleiben, wäre am ehesten damit gedient, wenn sich der politische Prozess am Leben erhalten ließe, ohne dass sich am Status quo etwas änderte, während Abbas' politisches Überleben davon abhängt, dass es erkennbare Fortschritte auf dem Weg zu einem souveränen und entwicklungsfähigen palästinensischen Staat gibt.

1 Joint Israeli-Palestinian Public Opinion Poll, 25.12.2007, unter: <http://www.pcpsr.org/survey/polls/2007/p26ejoint.html>.

2 Joint Understanding Read by President Bush at Annapolis Conference, November 27, 2007, unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/11/20071127.html>.



Die Zwei-Staaten-Formel

Die Vereinbarung von Annapolis enthält ein Bekenntnis zur Zweistaatenlösung, eingekleidet in die Formel „two states, Israel and Palestine, living side by side in peace and security“. Um diesem Ziel näher zu kommen, wollen die Parteien umgehend bilaterale Verhandlungen über den Endstatus in der Absicht aufnehmen, bis Ende 2008 alle Streitfragen abschließend in einem Friedensvertrag zu regeln.

Die in Annapolis vereinbarten Endstatusverhandlungen sind vielleicht die letzte Chance, die Zweistaatenlösung zu retten. Seit der Verabschiedung von S/RES/1397³ im März 2002, mit der sich der UN-Sicherheitsrat die genannte Formel zu eigen machte, gehört sie zum Standardvokabular nahostpolitischer Reden aus westlicher Feder. George W. Bush hatte bereits im Vorjahr, wenige Wochen nach den Terroranschlägen vom 11. September, erklärt, dass ein palästinensischer Staat stets eine Vision amerikanischer Nahostpolitik gewesen sei – vorausgesetzt, das Existenzrecht Israels sei gewährleistet.⁴ Die Sicherheitsratsresolution geht denn auch auf einen amerikanischen Entwurf zurück. Wenig später knüpfte der amerikanische Präsident seine „Vision“ allerdings an einen palästinensischen Regimewechsel. Das Nahost-Quartett (USA, EU, Russland und UN) nahm dieses Junktim in seiner *Road Map* vom 30. April 2003 auf, als es formulierte: „A two-state solution to the Israeli-Palestinian conflict will only be achieved through an end to violence and terrorism, when the Palestinian people have a leadership acting decisively against terror and willing and able to build a practicing democracy based on tolerance and liberty...“⁵ Es war ein offenes Geheimnis, dass sich diese Formulierungen gegen den amtierenden palästinensischen Präsidenten Yasir Arafat richteten, der in Tel Aviv wie in Washington unisono für das Scheitern des Camp-David-Gipfels verantwortlich gemacht und hier wie dort unter Verweis auf seine autokratische Herrschaft sowie die Duldsamkeit gegenüber den kämpfenden palästinensischen Milizen zur Unperson geworden war.

Eine aktualisierte Fassung dieser Formelversion findet sich in der Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Münchener Sicherheitskonferenz vom 10. Februar 2007. Palästinenser wie Israelis hätten, so Merkel, das „Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in zwei lebensfähigen, prosperierenden Staaten, Seite an Seite, in Frieden, Würde und sicheren Grenzen“, um dann hinzuzufügen, dass „die drei Voraussetzungen für eine internationale Unterstützung der neuen palästinensischen Regierung erfüllt sein müssen: eine Absage an die Gewalt, die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Einhaltung der bislang geschlossenen Vereinbarungen“.⁶ Im Gegensatz zu der nach den Wahlen 2006 gebildeten Hamas-Regierung, der ihr folgenden nationalen Einheitsregierung und der von Abbas für illegal erklärten Regierung im Gazastreifen hat die von Fatah gestützte Regierung in Ramallah diese Bedingungen erfüllt und konnte sich in Annapolis als international akzeptierte Verhandlungspartnerin Israels präsentieren.

Dennoch konnte Abbas in Annapolis nicht mehr als einen Formelkompromiss erwirken, der ein offensichtliches Scheitern der Konferenz abwenden musste. Eine Plattform für Verhandlungen über substanzielle Fragen sollte die eintägige Konferenz nicht bieten. Mit Rücksicht auf die prekäre Koalition des israelischen Regierungschefs nennt die Erklärung keine der Streitfragen, die Teil einer Lösung sein müssen, beim Namen. Als Platzhalter für die Themen, an denen sich die Geister scheiden werden, dient die Formulierung „gemäß den bisherigen Vereinbarungen“.

3 United Nations Security Council, S/RES/1397 (2002) vom 12. März 2002, unter: <http://domino.un.org/unispal.nsf/9fb163c870bb1d6785256cef0073c89f/4721362dd7ba3dea85256b7b00536c7f!OpenDocument>.

4 Vgl. Bush ‘endorses’ Palestinian state, BBC-News, 2. Oktober 2001, unter: http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/1575090.stm.

5 A Performance-Based Roadmap to a Permanent Two-State Solution to the Israeli-Palestinian Conflict, US Department of State, Washington, DC, 30. April 2003, unter: <http://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2003/20062.htm>.

6 Rede Angela Merkels auf der 43. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, unter: http://www.security-conference.de/konferenzen/rede.php?menu_2007=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=178&.



Die Kernfragen: Grenzen, Jerusalem, Flüchtlinge

Neben Ausschüssen zu den Themen Wasser, Sicherheitsarrangements, Rechtsfragen, Handel und Wirtschaft, Infrastruktur, Umwelt, Entschädigungen u.a. wurde ein Sonderausschuss mit der israelischen Außenministerin Zipi Livni und dem palästinensischen Chefunterhändler Ahmed Qureia an dessen Spitze gebildet, der sich mit den Kernproblemen befassen wird.⁷ Olmert und Abbas haben vereinbart, die Verhandlungen zu überwachen und eventuelle Blockaden beheben zu wollen.

Es wäre in der Tat mehr als überraschend, wenn die Kernfragen nicht zur Chefsache würden. Denn hieran hatten sich bereits die Unterhändler in Camp David die Zähne ausgebissen. Umstritten sind vor allem

- der *Grenzverlauf* zwischen Israel und dem künftigen palästinensischen Staat; damit verknüpft sind die Zukunft der exterritorialen israelischen Siedlungen, die Kontrolle einer palästinensischen Regierung über ein zusammenhängendes Territorium und die Verfügungsgewalt über die unterirdischen Wasservorkommen im Westjordanland;
- der künftige *Status Jerusalems*, das nach israelischer Rechtsauffassung die Hauptstadt Israels ist, wohingegen die Palästinenser Ost-Jerusalem als Hauptstadt ihres künftigen Staates beanspruchen;
- die von den Palästinensern geforderte Anerkennung des *Rückkehrrechtes der palästinensischen Flüchtlinge*, welche die israelische Regierung aus Sorge um die Bewahrung des jüdischen Charakters des Staates Israel nicht zu leisten bereit ist.

Entkoppelung von Abkommen und Implementierung

Entgegen dem palästinensischen Wunsch nach sofortiger Implementierung des für Ende 2008 angestrebten Abkommens setzte sich in Annapolis der israelische Ansatz durch, der die Umsetzung des Abkommens der Umsetzung der *Road Map* unterwirft. Das lässt nichts Gutes ahnen. Zwar waren die Verpflichtungen, die der Friedensfahrplan von 2003 den Parteien auferlegte, durchaus zielführend: Israel hätte z.B. den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten einstellen und die Palästinenser hätten u.a. die Milizen entwaffnen und auflösen müssen. Vernünftig war auch, dass beiden Seiten diese und andere Leistungen ohne Vorbedingungen abverlangt wurden. Denn die Forderung nach Vorleistungen der Gegenseite blockiert erfahrungsgemäß Fortschritte im Friedensprozess anstatt ihn voranzutreiben. Dennoch hatte sich mit amerikanischer Billigung die israelische Lesart durchgesetzt, wonach Israel nicht zu einer Änderung seiner Siedlungspolitik verpflichtet wäre, solange die PA nicht ihr Gewaltmonopol in den palästinensischen Gebieten durchgesetzt hätte.

Der Bau von Siedlungen und Siedlerstraßen sowie der Sperranlage und die Beschlagnahme palästinensischen Landes gingen denn auch trotz glaubhafter Bemühungen seitens des 2005 zum Präsidenten gewählten Mahmud Abbas, die Gewalt der Milizen einzudämmen, unvermindert weiter. Wie die jüngsten israelischen Erweiterungspläne nicht nur in Ost-Jerusalem, sondern auch in der weiter östlich gelegenen Großsiedlung Maale Adumim zeigen, ist zu befürchten, dass sich bis heute nichts an der israelischen Interpretation der *Road Map* geändert hat.

Umso problematischer ist, dass die Annapolis-Erklärung weder klare Kriterien für die Umsetzung der *Road Map* nennt noch eine Instanz für Streitschlichtung vorsieht. Die Beurteilung etwaiger Fortschritte beider Seiten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen ist den USA vorbehalten. Von ihrem Urteil hängt ab, ob ein Abkommen über die Endstatusfragen schließlich auch „on the ground“ umgesetzt wird oder ob es, wie so viele andere Vereinbarungen der Konfliktparteien und Beschlüsse der Staatengemeinschaft zum Palästina-Konflikt, folgenlos bleibt. Der israelische Regierungschef konnte darum mit Fug und Recht darauf hinweisen, dass die Annapolis-Erklärung

⁷ Barak Ravid, Olmert, Livni and Qureia meet for first discussion of core issues, set up lower-level negotiating teams, in: Haaretz, 15.1.2008, unter: <http://www.haaretz.com/hasen/pages/944664.html>.



ihm keine terminlichen Zwänge hinsichtlich eines Endstatusabkommens auferlegt.⁸ Wie sich während der Nahostreise von US-Präsident Bush im Januar 2008 erneut zeigte, unterliegt Jerusalem nach amerikanischer wie israelischer Lesart nicht dem allgemeinen Siedlungsstopp, so dass aus dieser Sicht die fortgesetzte Kolonisierung Ost-Jerusalems, wie die Palästinenser die Expansion der dortigen jüdischen Wohnsiedlungen deuten, nicht gegen die *Road Map* verstößt.

Für das Nahost-Quartett scheint in dem von Annapolis angestoßenen politischen Prozess keine Rolle mehr vorgesehen. Die Europäische Union, auf die wesentliche Vorarbeiten für die *Road Map* zurückgehen und die seit Etablierung der palästinensischen Autonomie den bedeutendsten finanziellen Beitrag für den Aufbau eines palästinensischen Staates geleistet hat, wird auch künftig nicht daran gehindert, die PA zu finanzieren. Aber ihrer bisherigen Rolle im Aufsichtsmechanismus der *Road Map*, der die Fortschritte bei deren Implementierung überwachen soll, ist sie in Annapolis verlustig gegangen.

Auf beiden Seiten Führungsschwäche

Um die fundamentalen Differenzen zwischen den Konfliktparteien in den Kernfragen zu überbrücken, müssen die politischen Führungen auf beiden Seiten um Zustimmung in ihren Bevölkerungen werben und für die vielzitierten „schmerzhaften Kompromisse“ politische Mehrheiten schaffen. Gegenwärtig aber ist höchst fraglich, ob Olmert und Abbas die erforderliche Durchsetzungskraft haben, die sie angesichts starker Opposition benötigen, um diese Herausforderungen zu meistern.

Die israelische Regierung: Überleben ohne Resultate

Die israelische Regierung gilt als schwach, seit sie im Sommer 2006 Krieg gegen den Libanon führte, ohne ihre Kriegsziele zu erreichen.⁹ Die libanesische Hisbollah, der ihr Feldzug galt, wurde zwar aus dem Grenzgebiet zu Israel vertrieben. Aber an ihre Entwaffnung ist gar nicht zu denken. Sie hat ihre Raketenarsenale längst wieder aufgefüllt und ist nach wie vor ein Machtfaktor im politischen System Libanons, an dem vorbei sich ein souveräner und handlungsfähiger Zentralstaat im Libanon auf Dauer nicht etablieren lässt. Der militärische Misserfolg im Libanonkrieg und darüber hinaus zahlreiche Skandale um führende Regierungsmitglieder haben die Zustimmung der Bevölkerung zum Regierungschef zeitweise auf ein historisches Tief von unter zehn Prozent sinken lassen. Wenn die Kommission zur Untersuchung der Vorgänge, die zu dem Debakel des Libanonkrieges geführt haben, in ihrem Abschlussbericht die Rolle des Ministerpräsidenten hierbei deutlicher Kritik unterzieht, ohne jedoch personelle Konsequenzen zu fordern, wünschen gleichwohl 66 Prozent der israelischen Bürger, dass der Regierungschef zurücktritt.¹⁰

Um Olmerts Rückhalt in der politischen Klasse ist es nicht viel besser bestellt. Seine Regierung stützte sich in der Knesset bisher auf 78 Sitze (von 120). Sowohl die ultra-orthodoxe Shas-Partei (12 Sitze) als auch die rechtsnationalistische Partei Yisrael Beitenu (11 Sitze) hatten in Vorfeld von Annapolis bereits ihre „roten Linien“ bei den strittigsten Fragen formuliert und damit gedroht, die Regierungskoalition zu verlassen, wenn sie überschritten würden. Yisrael Beitenu hat diese Drohung inzwischen wahr gemacht, Shas hat angekündigt, die Regierung zu verlassen, sobald über Jerusalem verhandelt wird.¹¹ Wenn Olmert sich entschließt, ernsthafte Verhandlungen zu führen, so könnte er dafür in der jetzigen Knesset bei Meretz und dem Vereinigten Torah-Judentum sowie bei den arabischen Parteien Mehrheiten finden. Eine Beendigung der Besatzung als Voraussetzung für

8 Hana Levi Julian, Olmert: Annapolis Declaration Doesn't Mean Specific Timeline, unter: <http://www.israel-nationalnews.com/News/News.aspx/124442>.

9 Zu den Hintergründen und Auslösern des zweiten Libanonkrieges vgl. Margret Johannsen, Waffenruhe im Libanon: Ruhe vor dem nächsten Sturm? Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), Hamburger Informationen 39/2006, unter: www.ifsh.de/pdf/publikationen/hifs/HI39.pdf.

10 Vgl. Ephraim Yaar/Tamar Herman, The Tami Steinmetz Center for Peace Research, Peace Index, December 2007, unter: <http://www.tau.ac.il/peace/>.

11 Vgl. Mazal Mualem, Lieberman blasts Arab MKs, pulls party out of government, in: Haaretz, 16.1.2008, unter: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/945299.html>; Mazal Mualem, Yishai to Lieberman: If PM, Abbas discuss J'lem, Shas will quit gov't, in: Haaretz, 15.1.2008, <http://www.haaretz.com/hasen/spages/944990.html>.



einen palästinensischen Staat stößt indes auch auf Kritik aus den Reihen des einflussreichen Sicherheitsestabliments. Viele Experten halten die fortgesetzte israelische Kontrolle über das Westjordanland aus Gründen der strategischen Bedeutung und Verwundbarkeit des dichtbesiedelten israelischen Küstenstreifens für unerlässlich.

Die palästinensische Führung: Im Schatten der Spaltung

Die Bedenken der israelischen Sicherheitsexperten treffen den palästinensischen Präsidenten an einem neuralgischen Punkt. In der Tat kann er die Frage nicht beantworten, wie er sich seinem israelischen Partner als durchsetzungsfähig präsentieren will. Denn seit Juni 2007 sind die palästinensischen Autonomiegebiete nicht nur territorial, sondern auch politisch zweigeteilt.

Der Spaltung waren bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Hamas und Fatah vorausgegangen, die mehrere hundert Menschen das Leben kosteten.¹² Hintergrund des Machtkampfes war eine Verschärfung der innenpolitischen Krise in den palästinensischen Gebieten, eine Folge der von Israel und dem Nahost-Quartett verhängten Finanzblockade gegen die Regierung der Hamas und die auf sie folgende nationale Einheitsregierung. Die Spannungen entluden sich im Juni 2007 in einem blutigen Coup der Hamas, die in Erwartung eines Putsches der Fatah den Sicherheitsapparat im Gazastreifen in ihre Gewalt brachte. Im Gazastreifen herrscht seither die Hamas, im Westjordanland eine von Abbas ernannte Übergangsregierung. Diese erhielt umgehend die Anerkennung Israels, der USA und der EU, die überdies ihren Finanzboykott aufhoben, um der palästinensischen Bevölkerung zu demonstrieren, dass nur die von der Fatah gestützte Regierung, nicht aber die geächtete Hamas palästinensischen Interessen dient.

Indes kann trotz rhetorischer, diplomatischer und finanzieller Unterstützung des Westens sowie Hilfe aus den USA und der EU beim Aufbau eines loyalen Sicherheitsapparats keine Rede davon sein, dass die Führung in Ramallah das staatliche Gewaltmonopol im Westjordanland gegen Widerstand durchsetzen kann. Auf mittlere Sicht hängt ihr politisches Überleben davon ab, dass sie Erfolge an einer Reihe von Fronten vorweisen kann: z.B. in der Frage der Entlassung palästinensischer Gefangener aus israelischer Haft, bei der Erholung der Wirtschaft und bei den Endstatusverhandlungen. Doch solange die israelischen Sicherheitsbelange den alleinigen Maßstab dafür abgeben, wie weit Israel eine Normalisierung des palästinensischen Alltags zulässt, hat die um ihren Wahlsieg gebrachte Hamas ein Instrument in der Hand, dem Präsidenten und seiner Regierung den Erfolg zu verwehren.

Was vor den palästinensischen Wahlen von 2006 galt, ist demnach auch zwei Jahre später gültig: Ohne eine Einbeziehung der Hamas-Bewegung dürfte eine friedliche Konfliktregulierung kaum durchzusetzen sein. Ohne die Zustimmung oder zumindest Duldung der Hamas wird Abbas nicht die unpopulären Konzessionen – z.B. beim Grenzverlauf, beim Status Jerusalems und bei der Flüchtlingsfrage – machen können, die ein Abkommen mit Israel erfordern wird. Ohne die Mitwirkung der Hamas wird er Israel auch keine glaubwürdigen Sicherheitsgarantien geben können – eine Vorbedingung für Israels Zustimmung zu einem Abzug aus den besetzten Gebieten und die Konstituierung eines palästinensischen Staates. Wenn eine tragfähige Zweistaatenlösung noch auf der Agenda stehen sollte, ist darum ein zweiter Anlauf zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit unerlässlich – und mittelfristig der Beitritt der Hamas zur PLO. Erst eine um die moderaten Vertreter des politischen Islam erweiterte PLO wäre legitimiert, im Namen des palästinensischen Volkes ein „Ende des Konflikts“ zu deklarieren.

Eine Dreistaatenlösung ist keine Lösung

Mit Blick auf den Friedensprozess könnte sich somit der Ausschluss einflussreicher Akteure wie Hamas von einer konstruktiven Rolle in der palästinensischen Politik als verhängnisvoller Fehler erweisen. Lässt er sich korrigieren? Vor Annapolis hatte der israelische Regierungschef gedroht, die Gespräche mit Abbas abzubrechen, falls dieser versuchen sollte, Möglichkeiten einer Neuauf-

12 Vgl. die Statistik der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem: www.btselem.org.



lage der Einheitsregierung zu eruieren. Es fragt sich, von welchen Interessen das Insistieren Israels auf einer fortgesetzten Ächtung der Hamas geleitet ist. Darauf gibt es vermutlich mehrere Antworten. Eine naheliegende ist in der Weigerung der Hamas begründet, den Weg der PLO zu gehen, die 1993 Israels Recht anerkannte, in Frieden und Sicherheit zu existieren, und sich zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts ausschließlich durch Verhandlungen verpflichtete. Aus israelischer Sicht, so ließe sich argumentieren, entfällt die Geschäftsgrundlage für Verhandlungen mit Abbas, wenn er einer Regierungsbeteiligung der Hamas zustimmt, ohne dass diese zuvor dem bewaffneten Befreiungskampf explizit abgeschworen und Israels Existenzrecht förmlich anerkannt hat. Vielleicht glaubt die israelische Regierung sogar wirklich daran, dass ihre „West Bank first“-Strategie funktionieren wird. Aber es ist auch nicht auszuschließen, dass der israelische Ministerpräsident den Tag fürchtet, an dem die Palästinenser eine Regierung vorweisen können, die Israel glaubwürdige Sicherheitsgarantien geben könnte. Ohne eine Tolerierung seitens der Hamas ist dies kaum vorstellbar. Mit Hamas in Regierungsverantwortung wäre die Durchsetzungsfähigkeit der PA deutlich gestärkt, mit der Folge, dass auch Israel seinen Verpflichtungen aus der *Road Map* nachkommen müsste, wollte es nicht seine friedenspolitische Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen. Derart in Zugzwang zu kommen kann eine Regierung mit so wenig Rückhalt wie die Olmerts kaum wollen. Darum zieht der Regierungschef Interimslösungen vor, die keine Lösungen sind, sondern die Lösung des Konflikts immer weiter hinausschieben. Insofern spielt die palästinensische Spaltung den beharrenden Kräften in der israelischen Politik und Gesellschaft in die Hände.

Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

In Verbindung mit der Blockade des Gazastreifens dürfte die Isolierung der Hamas die Kräfte in der Organisation stärken, die iranische bzw. syrische Unterstützung suchen. Eine Wiederannäherung von Fatah und Hamas hingegen würde die Hardliner in der Hamas schwächen und die Spielräume der Regierungen in Teheran und Damaskus, den israelisch-palästinensischen Konflikt in ihrem eigenen Interesse zu manipulieren, einengen. Ob die Obsession des amerikanischen Präsidenten mit der iranischen Gefahr in dessen letztem Amtsjahr dazu führt, dass Washington etwaige Versöhnungsversuche der palästinensischen Rivalen zulässt, bleibt abzuwarten. Sollte es zu einer Neuauflage der palästinensischen Einheitsregierung kommen, so wäre die deutsche Außenpolitik im Verein mit ihren Partnern in Brüssel gut beraten, wenn sie sich diesmal jeglichem Ansinnen verweigern würde, eine solche Regierung erneut zu torpedieren. Denn die Tür zu einer Zweistaatenlösung bleibt nicht ewig offen und die Stimmen derer, die sie nicht mehr für realisierbar halten, werden zahlreicher. Nicht nur die israelische Siedlungspolitik stellt deren Grundlagen in Frage, sondern auch eine Radikalisierung der palästinensischen Politik, die für den Fall droht, dass Hamas ihre Transformation in eine politische Partei aufgibt und zu ihren Wurzeln als Widerstandsbewegung zurückkehrt. Ein anderes, noch bedrohlicheres Szenario bestünde darin, dass sich Teile ihres bewaffneten Arms von der nationalistischen Programmatik abkehren und der Ideologie des globalen Dschihad zuwenden. Richtet man den Blick über Palästina hinaus auf die gesamte Region, so wäre es fatal, wenn das Experiment einer zur Integration in die Politik bereiten Variante des politischen Islam, durch freie Wahlen in Regierungsverantwortung zu gelangen, sich den demokratischen Spielregeln zu unterwerfen und trotz Wahlsieg die Macht mit den Verlierern zu teilen,¹³ für gescheitert erklärt werden müsste. Wie eine Alternative zu den integrationswilligen Nationalreligionen in Palästina aussehen könnte, erfährt der Westen gerade im Irak und in Afghanistan.

13 Vgl. Muriel Asseburg (Hrsg.), *Moderate Islamisten als Reformakteure. Rahmenbedingungen und programmatischer Wandel*, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, SWP-Studie S5, Februar 2007.



2.3 Atomdeal USA-Indien

Oliver Meier

Neue Nuklearpolitik gegenüber Indien? Eine Einschätzung des Atomdeals zwischen den USA und Indien



Im Mai 2008 übernimmt Deutschland den Vorsitz der *Nuclear Suppliers Group* (NSG). In der NSG haben sich die wichtigsten Lieferländer nuklearer Technologie zusammengeschlossen, um ihre Exportkontrollen zu koordinieren. Während des deutschen Vorsitzes steht die NSG vermutlich vor einer wichtigen Entscheidung. Die US-Regierung muss, wenn sie die mit Indien ausgehandelten Abmachungen nuklearer Zusammenarbeit – häufig als „Atomdeal“ bezeichnet – umsetzen will, die Zustimmung der NSG einholen. Die Gruppe der nuklearen Lieferländer entscheidet im Konsens. Jeder der 45 Teilnehmer¹ hat damit faktisch ein Vetorecht in Bezug auf die Aufhebung der Technologiebeschränkungen.

Alle großen nuklearen Lieferländer haben sich nach Indiens erstem Atomtest 1974 auf gemeinsame Standards verständigt, um die Gefahr des militärischen Missbrauchs solcher Exporte zu minimieren. Vor 15 Jahren vereinbarte die NSG zudem, Kerntechnik nur noch an solche Staaten zu liefern, die ihr gesamtes Atomprogramm internationalen Kontrollen unterwerfen. Indien, das nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrags (NVV) ist², ist dazu nicht bereit. Fast alle Exporte von Nukleartechnologie an Indien aus den NSG-Staaten verstoßen daher gegenwärtig gegen NSG-Richtlinien. Die USA haben beantragt, Indien von diesen Bestimmungen freizustellen. Erstmals stünde es dann jedem der NSG-Teilnehmer frei, an einen außerhalb des Atomwaffensperrvertrags stehenden Staat Atomtechnik zu liefern.

Der indisch-amerikanische Atomdeal ist aus einer Reihe von Gründen problematisch. Er erodiert das nukleare Nichtverbreitungsregime mit dem NVV als Herzstück und macht den weiteren Ausbau internationaler Kontrollen schwieriger.

Wissenschaftler aus dem IFSH haben 2006 und 2007 mehrfach kritisch zum Atomdeal Stellung genommen, in Veröffentlichungen³, auf Konferenzen und in Anhörungen politischer Gremien. Der folgende Text aktualisiert die wesentlichen Argumente und fasst sie zusammen.

Der Atomdeal

Bereits frühzeitig nach der Amtsübernahme Anfang 2001 hatte die Bush-Administration begonnen, eine neue Indienpolitik zu betreiben. Die „größte Demokratie der Welt“ soll ein militärisches und politisches Gegengewicht zu China bilden. Hinzu kommt, dass Indien als Markt für amerikanische Produkte attraktiv ist. Insbesondere die staatlich regulierten Nuklear- und Verteidigungssektoren blieben US-Unternehmen bisher verschlossen. Am 18. Juli 2005 überraschten US-Präsident George W. Bush und der indische Premierminister Manmohan Singh in Washington die Öffentlichkeit, als sie verkündeten, die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der nuklearen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern schaffen zu wollen. Bush lobte Indien als „verantwortungsvollen Staat“, dem der richtige Umgang mit moderner Atomtechnologie zugetraut werden könne⁴, und stellte Indien damit *de facto* auf eine Stufe mit den anerkannten Kernwaffenstaaten.

1 Siehe die Webseite der NSG <http://www.nuclearsuppliersgroup.org>.

2 Neben Indien sind nur Pakistan und Israel dem NVV, mit inzwischen 190 Mitgliedern, nicht beigetreten.

3 Siehe z.B. Oliver Meier/Götz Neuneck, Der Atomdeal zwischen Indien und den Vereinigten Staaten: Nukleare Nichtverbreitung am Scheideweg. Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 40/2006, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/hifs/HI40.pdf>.

4 Vgl. The White House, Office of the Press Secretary: „Joint Statement Between President George W. Bush and Prime Minister Manmohan Singh“, Washington, D.C., 18. Juli 2005.



Im amerikanischen Kongress stieß die Absicht der Regierung, Indien als geostrategischen Partner aufzubauen, mehrheitlich auf Zustimmung. Allerdings wurden auch die Gefahren gesehen. Im Dezember 2006 stimmten beide Häuser – der US-Kongress mit großer Mehrheit – dafür, Indien unter bestimmten Bedingungen von den Bestimmungen des *Atomic Energy Act* (AEA) zu befreien.⁵ Der sogenannte *Hyde Act* fordert unter anderem, dass Indien einen „glaubwürdigen“ Plan zur Trennung von zivilen und militärischen Atomanlagen vorlegt und mit der IAEO Abkommen über die Überwachung ziviler Anlagen abschließt. Zudem machen die amerikanischen Abgeordneten eine Aufhebung amerikanischer Sanktionen von einer Änderung der NSG-Richtlinien abhängig.

Washington und Neu-Delhi machten sich nun daran, Umfang und Bedingungen der künftigen Nuklearkooperation auf der Grundlage des *Hyde Acts* in ein bilaterales Regierungsabkommen zu übersetzen. Nach schwierigen Verhandlungen, die sich ein halbes Jahr hinzogen, unterschrieben Vertreter beider Regierungen am 1. August 2007 das sogenannte „123-Abkommen“, benannt nach dem Abschnitt des AEA, der die Bedingungen für die zivile Nuklearkooperation definiert.⁶ Die indische Regierung erklärte sich bereit, im Gegenzug für die Aufhebung der Nuklearsanktionen einen Teil der eigenen Atomanlagen Kontrollen der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) zu unterwerfen. 14 von insgesamt 22 Atomreaktoren (siehe Tabelle) sollen bis zum Jahr 2014 für internationale Kontrollen geöffnet werden. Wie die anerkannten Kernwaffenstaaten will Indien aber internationalen Kontrolleuren den Zugang zu Einrichtungen versperren, die militärisch genutzt werden. Alle militärischen Anlagen, die für die militärische Plutoniumproduktion zentralen „Cirus“- und „Dhruva“-Reaktoren, alle Anlagen zur Plutoniumwiederaufarbeitung sowie alle im Zusammenhang mit der „Brütertechnologie“ stehenden Einrichtungen werden nicht kontrolliert. Die zwei größten Atomzentren – das *Babha Atomic Research Centre* und das *Indira Ghandi Centre for Atomic Research* – sollen für internationale Inspektoren komplett unzugänglich bleiben. Das Abkommen reflektiert den Widerstand Indiens gegen jegliche Beschränkungen des eigenen Atomwaffenprogramms und des internationalen Handels mit Nukleartechnologie und weicht in wichtigen Punkten von den Bestimmungen des *Hyde Acts* ab, setzt diese nicht um oder erweitert sie.⁷

Indien, die nukleare Abrüstung und der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag

Der Vorschlag, Indien faktisch in den Klub der Atomwaffenstaaten aufzunehmen, kommt zu einem Zeitpunkt, an dem sich der NVV in der tiefsten Krise seiner Geschichte befindet, und stellt eine neue schwere Belastung für das globale Nichtverbreitungsregime dar.

Bisher stand der unbegrenzte Zugang zur zivilen Nukleartechnologie nur NVV-Mitgliedern offen. Nicht-Atomwaffenstaaten müssen im Gegenzug alle Atomanlagen Kontrollen der IAEO öffnen. Die anerkannten Atomwaffenstaaten haben sich in Artikel VI zur nuklearen Abrüstung verpflichtet. Indien aber verschließt internationalen Inspektoren auch in Zukunft viele Anlagen, soll aber trotzdem am internationalen Atomhandel partizipieren. Neu-Delhi würden also die mit einer NVV-Mitgliedschaft verbundenen Rechte zugesprochen, ohne dass es die mit einem Beitritt verbundenen Pflichten übernimmt.

Zudem würden Bemühungen um eine Universalisierung des NVV weiter erschwert, denn aus Sicht Indiens (und damit potenziell auch aus Israels und Pakistans Perspektive) entfielen durch die Gewährung des Zugangs zu ziviler Nukleartechnologie ein wichtiger Anreiz, dem NVV beizutreten.

Der Atomdeal vermeidet nicht nur jegliche Beeinträchtigung des indischen Kernwaffenprogramms, er schafft auch die Voraussetzungen für eine beschleunigte Aufrüstung. Eine Unterstützung des

5 U.S. Congress: “H.R. 5682,” 109, 2nd Session, Henry J. Hyde United States-India Peaceful Atomic Energy Cooperation Act of 2006, December 8, 2006.

6 Agreement for Cooperation between the Government of the United States of America and the Government of India concerning peaceful uses of nuclear energy (123 Agreement), August 1, 2007, unter: www.armscontrol.org/projects/india/20070803_123.asp.

7 Siehe Daryl G. Kimball/Fred McGoldrick: “U.S.-Indian Nuclear Agreement: A Bad Deal Gets Worse”, Washington: Arms Control Association, August 3, 2007, unter: www.armscontrol.org/pressroom/2007/20070803_IndiaUS.asp.



zivilen Atomprogramms wird indirekt auch dem indischen Atomwaffenprogramm zugute kommen. Der Grund: Indiens Uranreserven sind knapp. Schon jetzt reichen die eigenen Fördermengen lediglich zur Deckung von zwei Dritteln des Bedarfs für zivile und militärische Zwecke. Ohne eine Aufhebung der Lieferbeschränkungen würde es zu Engpässen bei der Uranversorgung kommen. Wenn Indien weiterhin wie angekündigt die zivile Nutzung ausbauen und nuklear aufrüsten will, muss es daher kurzfristig Uran importieren. Eine Gruppe indischer und pakistanischer Fachleute hat errechnet, dass Importe nuklearen Brennstoffs für jene Anlagen, die künftig unter internationaler Kontrolle stehen, Indien in die Lage versetzen würden, die Atomwaffenproduktion von gegenwärtig sieben Sprengköpfen auf 40-50 Atomwaffen jährlich zu steigern. Hinzu kommt, dass allein die abgebrannten Brennstäbe, die Indien nicht unter internationale Kontrolle stellen will, genug Plutonium für ungefähr 1.000 weitere Atomwaffen enthalten.⁸

Indien hat als Gegenleistung für die Aufhebung der Nuklearsanktionen angekündigt, die gleichen Verpflichtungen auf sich zu nehmen, wie die anerkannten Atomwaffenstaaten und dementsprechend zu handeln. Die bisherigen konkreten rüstungskontrollpolitischen Zusagen der indischen Regierung bleiben aber weit hinter diesem selbst gesteckten Ziel zurück. Neu-Delhi weigert sich, den Teststoppvertrag zu unterzeichnen, obwohl die anderen fünf anerkannten Kernwaffenstaaten dies bereits getan haben und hat lediglich versprochen, bis auf Weiteres keine Atomwaffen zu testen.

Indien will außerdem weiter Spaltmaterial für Atomwaffen herstellen, obwohl alle fünf anerkannten Kernwaffenstaaten kein hochangereichertes Uran und Plutonium mehr für Kernwaffen produzieren. Zwar erklärte Neu-Delhi im Rahmen des Atomdeals, dass es ein Abkommen über das Verbot der Produktion spaltbarer Stoffe für militärische Zwecke unterstützen würde. Pikanterweise besteht Indien aber darauf, dass ein solcher Vertrag überprüfbar sein muss, während die Bush-Administration Verhandlungen über ein Ende der Produktion von waffenfähigen Spaltmaterialien blockiert, indem sie auf einem nicht überprüfbaren Abkommen beharrt. Tatsächlich aber wollen sowohl die USA als auch die auf maximale Handlungsfreiheit bedachte Regierung Singh ein überprüfbares Verbot so lange wie möglich vermeiden.

Die beabsichtigte Aufhebung der Nuklearsanktionen gegen Indien erschwert auch eine diplomatische Lösung des Nuklearkonflikts mit dem Iran. Der Atomdeal liefert Hardlinern in Teheran genau die Argumente, die ihnen zur Beibehaltung ihres Atomkurses ansonsten fehlen. Bereits zwei Wochen nachdem die USA und Indien ihre grundsätzliche Bereitschaft zur nuklearen Kooperation erklärt hatten, beklagte Ende Juli 2005 ein iranisches Regierungsmitglied die amerikanische Doppelmoral: „Auf der einen Seite verweigern die USA einem Mitglied des Atomwaffensperrvertrags Nukleartechnologie, die für friedliche Zwecke genutzt werden soll, aber gleichzeitig arbeiten sie aus eigensüchtigen Motiven mit Indien zusammen, das außerhalb des Vertrages steht.“⁹

Nukleare Safeguards und die Multilateralisierung nuklearer Brennstoffkreisläufe

Der Indien-Deal kompliziert eine diplomatische Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm zudem, weil er einen der meist diskutierten Kompromissvorschläge zur Lösung des Problems, nämlich die Schaffung einer multinationalen Anreicherungsanlage mit iranischer Beteiligung außerhalb des Iran, diskreditiert.

Im September 2006 gab Außenminister Frank-Walter Steinmeier ein vielbeachtetes Interview im Handelsblatt, in dem er die Lösung des Atomstreits mit dem Iran in den größeren Zusammenhang der Frage nach einem multilateralen Modell zur Anreicherung von Uran stellte. Zur Überraschung vieler in Berlin brachte Steinmeier die Idee einer von der IAEA kontrollierten Anreicherungsanlage

8 Siehe Z. Mian/A.H. Nayyar/R. Rajaraman/M.V. Ramana: "Fissile materials in South Asia and the implications of the U.S.-India nuclear deal," Draft report for the International Panel on Fissile Materials. Princeton: International Panel on Fissile Materials., 11. Juli 2006, unter: <http://www.fissilematerials.org/southasia.pdf>.

9 Zitiert in Simon Tisdall: "Tehran accuses US of nuclear double standard", The Guardian, 28. Juli 2005. (Übersetzung des Autors).



ins Spiel, die auf extraterritorialem Gebiet gebaut, kommerziell betrieben und von denjenigen Staaten finanziert würde, die Nuklearbrennstoff aus der Anlage beziehen würden. Der Außenminister argumentierte, eine solche, multilaterale Anlage könne die Angst einiger Empfängerländer verringern, bei Verzicht auf den Aufbau eigener AnreicherungsKapazitäten von Liefergarantien der traditionellen Empfänger abhängig zu bleiben.¹⁰

Im Mai 2007 präsentierte die Bundesregierung diesen Vorschlag unter dem Namen *Multilateral Enrichment Sanctuary Project* (MESP) auch förmlich der IAEO.¹¹ Deutschland wirkt zudem mit anderen Anbietern von nuklearem Brennstoff daran mit, glaubwürdige Liefergarantien für Kernbrennstoff zu geben, um so Staaten zum Verzicht auf den Aufbau nationaler Brennstoffkreisläufe zu bewegen.¹² Klar ist, dass das Auswärtige Amt hofft, über solche multinationalen Modelle zur Urananreicherung Staaten wie dem Iran eine glaubwürdige Alternative zum Aufbau nationaler Kapazitäten zu bieten.

Der Atomdeal mit Indien wirkt diesem Ziel entgegen. Indien setzt nicht auf multinationale Lösungen bei der Brennstoffversorgung, sondern verlangt internationale Unterstützung beim Aufbau einer nationalen strategischen Reserve an Nuklearbrennstoff.¹³ Getrieben von der Angst, dass die internationale Gemeinschaft aus politischen Gründen die Brennstofflieferung für importierte Reaktoren unterbrechen oder gar beenden könnte, hat Neu-Delhi darauf bestanden, dass die USA beim Aufbau einer Reserve behilflich sein sollen, die groß genug ist, um jeden importierten Reaktor für dessen Betriebslebenszeit zu befeuern. Wenn die USA mit Unterstützung anderer Lieferstaaten wie Großbritannien, Frankreich oder Russland aber Indien bei dem Aufbau nationaler Brennstofflager behilflich sind, warum sollten dann andere Staaten auf multinationale Lösungen vertrauen? Es steht zu befürchten, dass die Bevorzugung Indiens eine internationale Lösung des Problems blockiert.

Die von Indien angebotene Öffnung einiger Reaktoren für internationale Inspektionen kann diesen Schaden nicht aufwiegen. Zwar ist es prinzipiell wünschenswert, dass Indien weitere Atomanlagen internationalen Kontrollen unterstellt. Solche Inspektionen schaffen Transparenz und sind ein Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden Kontrolle aller Atomanlagen.¹⁴ Allerdings haben Safeguards in Kernwaffenstaaten allenfalls einen symbolischen Wert. Grundsätzlich sollen Sicherungsmaßnahmen Versuche, spaltbares Material für militärische Zwecke heimlich abzuzweigen, rechtzeitig aufdecken. Ein Zusatzprotokoll zu solchen Sicherungsmaßnahmen (das Indien ebenfalls abschließen will) schafft zudem die Rechtsgrundlage für Kontrollen, die geheime Nuklearaktivitäten (wie im Iran oder in Nordkorea) aufspüren sollen. Beide Aufgaben kann die IAEO in Staaten, die erklärtermaßen bereits über Atomwaffen verfügen, *per definitionem* nicht erfüllen.

Den Atomdeal nachbessern

Die Teilnehmerstaaten der NSG werden das letzte Wort über den Atomdeal haben. Unterstützung für den Atomdeal kam bisher von den Atomwaffenstaaten und Exporteuren von Nukleartechnologie Frankreich, Großbritannien und Russland. Auch China hat signalisiert, dem Atomdeal nicht im

10 „Unser Druck war hilfreich“, Interview mit Bundesaußenminister Steinmeier, in: Handelsblatt vom 18.09.2006, unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2006/060918-Handelsblatt.html>.

11 IAEO INFCIRC/704 vom 4. Mai 2007. Der Vorstoß vom September 2006 war innerhalb der Bundesregierung nicht abgestimmt gewesen. Siehe Mark Hibbs: „Steinmeier IAEA enrichment gambit hatched in July by ministry aides“, in: NuclearFuel, September 25, 2006.

12 So ist Deutschland einer der sechs Anbieterstaaten von nuklearem Brennstoff, die sich im Juni 2006 über Grundzüge eines Systems von Liefergarantien verständigt hatten. Deutschland ist zudem Beobachterstaat bei der US-amerikanischen *Global Nuclear Energy Partnership* (GNEP), die ein internationales Leasingssystem für Nuklearbrennstoff anstrebt. Siehe International Atomic Energy Agency Board of Governors: „Communication dated 31 May 2006 received from the Permanent Missions of France, Germany, the Netherlands, the Russian Federation, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America“, Wien, 1. Juni 2006.

13 Siehe zum Beispiel T.S. Subramanian: „India insisted on refuel for reactors' lifetime“, in: The Hindu, 23. Juli 2007.

14 Aus diesem Grund, aber unter anderem auch, weil er glaubt, dass die volle Nutzung der Kernenergie Indiens wirtschaftliche Situation verbessern kann, unterstützt der Generaldirektor der IAEO, Mohamed ElBaradei den Atomdeal. Vgl. Mohamed ElBaradei: „Rethinking Nuclear Safeguards“, in: Washington Post, 14. Juni 2006.



Wege stehen zu wollen. Kritik am amerikanischen Kurs haben unter anderem die traditionellen Abrüstungsbefürworter Irland, Neuseeland, Norwegen, Österreich und Schweden geäußert. Politische Schwergewichte wie Brasilien, Japan und Deutschland haben bisher keine klare Position bezogen.

Die Bundesregierung ist in der Frage des Atomdeals gespalten. Auf der einen Seite steht die Befürchtung, dass die Beziehungen zu Indien und den Vereinigten Staaten Schaden nehmen könnten. Indien lockt mit lukrativen Geschäften auf dem Nuklearmarkt und dem Rüstungssektor.¹⁵ Und die Bush-Administration hat die Aufnahme Indiens in den Kreis der anerkannten Atomkräfte zu einem ihrer wichtigsten außenpolitischen Ziele erklärt.

Auf der anderen Seite droht der Atomdeal zentrale Ziele deutscher Nichtverbreitungspolitik zu konterkarieren. Sollten Indien, das bisher noch kein atomares Rüstungskontrollabkommen unterzeichnet hat, nukleare Privilegien zugestanden werden, die keinem anderen Staat bisher eingeräumt wurden, würden multilaterale Nichtverbreitungsabkommen geschwächt. Deutsche Bemühungen um eine Wiederbelebung des NVV, Anstrengungen zum Ausbau von Ausfuhrkontrollen für Nukleartechnologie, der Einsatz für eine diplomatische Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran sowie Vorschläge für eine multinationale Kontrolle besonders sensibler Nukleartechnologie würden Schaden nehmen.

Die Bundesregierung sollte den Atomdeal nur dann unterstützen, wenn die Aufhebung der Nuklearsanktionen für eine Stärkung internationaler Nichtverbreitungsbemühungen genutzt werden kann. Die Möglichkeit dafür besteht. Zwischen einer bedingungslosen Zustimmung und einer totalen Ablehnung des Atomdeals gibt es Spielräume, die genutzt werden können, um Indien besser in das Netzwerk multilateraler Rüstungskontrollverpflichtungen einzubinden, ohne dass die transatlantischen oder deutsch-indischen Beziehungen Schaden nehmen müssen.

Da Indien dem Klub der anerkannten Atomwaffenstaaten beitreten möchte, ist es konsequent zu fordern, dass Neu-Delhi zumindest die gleichen Regeln einhält wie diese Staaten. Ohne drei weitere Zugeständnisse Indiens¹⁶ überwiegen die Schäden die Nutzen des geplanten Atomdeals.

Indien muss erstens die nuklearen Abrüstungsverpflichtungen des Artikel VI NVV anerkennen und die gleichen Rüstungskontrollschritte unternehmen wie die anerkannten Kernwaffenstaaten. Bevor die nuklearen Lieferbeschränkungen aufgehoben werden, muss Indien den Atomteststoppvertrag unterzeichnen und ein verbindliches Moratorium für die Produktion waffenfähiger Spaltmaterialien erklären. Die Lieferstaaten sollten klar machen, dass ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen – etwa durch einen Atomwaffentest – zu einer erneuten Verhängung der Sanktionen führen würde.

Indien muss zweitens definieren, was es unter einer „glaubwürdigen Minimalabschreckung“ versteht und verlässliche Konturen seiner Atomwaffenpolitik benennen. Diese Transparenz ist notwendig, um die Gefahr regionaler Rüstungswettläufe zu verringern. Eine Weigerung Indiens, Umrisse des eigenen Atomwaffenpotenzials offen zu legen, wäre zudem ein Indiz dafür, dass Indien auch zivile Lieferungen nutzen will, um seinen atomaren Aufrüstungskurs zu befördern.

Schließlich muss Indien zivile und militärische Brennstoffkreisläufe klar, dauerhaft und überprüfbar trennen. Alle, auch die noch zu errichtenden Anlagen, die nur teilweise zivilen Zwecken dienen, müssen dauerhaft unter Safeguards gestellt werden. Bevor die entsprechenden Kontrollabkommen mit der IAEO nicht in Kraft getreten sind, sollten die Lieferbeschränkungen nicht aufgehoben werden.

15 Indien beabsichtigt, im Falle einer Aufhebung der Nuklearsanktionen zunächst zivile Atomtechnologie im Wert von 14 Milliarden US-Dollar zu kaufen. Siehe Archana Chaudhary: „Areva, GE, Rosatom Vie for \$14 Billion India Nuclear Contracts,” Bloomberg.com, August 9, 2007. Das Eurofighter-Konsortium, an dem Deutschland neben Großbritannien, Italien und Spanien beteiligt ist, würde das Kampfflugzeug zudem gern an Indien verkaufen.

16 Ob eine indische Regierung diesen Schritten zustimmen könnte, muss hier offen bleiben. Schon der „123“-Vertrag ist in Indien auf heftigen Widerstand, vor allem der an der Regierung beteiligten kommunistischen Partei gestoßen, die um die Unabhängigkeit des indischen Atomprogramms fürchtet.



Diese Schritte wären aussagekräftige Belege, dass Indien bereit ist, sich an das globale Nichtverbreitungsregime anzunähern. Sie wären zudem Maßnahmen, die auf das Ziel einer atomwaffenfreien Welt hinführen. Dieses Ziel aufzugeben sowie von der Forderung abzurücken, dass Indien, Israel und Pakistan dem NVV als Nichtkernwaffenstaaten beitreten, hieße, das Scheitern des NVV einzugestehen. Auch am Umgang der internationalen Gemeinschaft mit dem indischen Atomprogramm entscheidet sich die Zukunft der nuklearen Abrüstung und Nichtverbreitung insgesamt.

Tabelle: Indiens Leistungsreaktoren

Name	Ort	Typ	Status	Netzkapazität in MWe	Netzanbindung seit	Safeguards geplant:
Kaiga-1	Karnataka	PHWR	in Betrieb	202 (220)	2000	militärisch
Kaiga-2	Karnataka	PHWR	in Betrieb	202 (220)	1999	militärisch
Kaiga-3	Karnataka	PHWR	Bau	202 (220)	2007	militärisch
Kaiga-4	Karnataka	PHWR	Bau	202 (220)	2007	militärisch
Kakrapar-1	Gujrat	PHWR	in Betrieb	202 (220)	1992	2012
Kakrapar-2	Gujrat	PHWR	in Betrieb	202 (220)	1995	2012
Kudankulam-1	Tamil Nadu State	VVER	Bau	917 (1000)	2007	2007
Kudankulam-2	Tamil Nadu State	VVER	Bau	917 (1000)	2008	2008
Madras-1	Tamil Nadu	PHWR	in Betrieb	155 (170)	1983	militärisch
Madras-2	Tamil Nadu	PHWR	in Betrieb	202 (220)	1985	militärisch
Narora-1	Uttar Pradesh	PHWR	in Betrieb	202 (220)	1989	2014
Narora-2	Uttar Pradesh	PHWR	in Betrieb	202 (220)	1992	2014
Rajasthan-1	Rajasthan	PHWR	in Betrieb	90 (100)	1972	ja
Rajasthan-2	Rajasthan	PHWR	in Betrieb	187 (200)	1980	ja
Rajasthan-3	Rajasthan	PHWR	in Betrieb	202 (220)	2000	2010
Rajasthan-4	Rajasthan	PHWR	in Betrieb	202 (220)	2000	2010
Rajasthan-5	Rajasthan	PHWR	Bau	202 (220)	2007	2007
Rajasthan-6	Rajasthan	PHWR	Bau	202 (220)	2007	2008
Tarapur-1	Maharashtra	BWR	in Betrieb	150 (160)	1969	ja
Tarapur-2	Maharashtra	BWR	in Betrieb	150 (160)	1969	ja
Tarapur-3	Maharashtra	PHWR	Bau	490 (540)	2006	militärisch
Tarapur-4	Maharashtra	PHWR	in Betrieb	490 (540)	2005	militärisch
	Total			6172 (6730)		
	Reaktoren (Bau)			2570 (2810)		
	Reaktoren (in Betrieb)			3602 (3920)		

Quellen: Federation of American Scientists, (<http://www.fas.org/sgp/crs/nuke/RL33292.pdf>) und Mian/Nayyar/ Rajarman/Ramana 2006:33.

Kursiv: Diese Reaktoren stehen bereits unter IAEO-Safeguards (INFCIRC-66) oder es ist vorgesehen, dass sie unter Safeguards kommen, unabhängig vom Separationsplan. *Kapazität:* Die Differenz zwischen Netz- und Bruttokapazität ist der Strom, der zum Betreiben des Kraftwerks nötig ist. *Abkürzungen:* PHWR: Pressurized Heavy Water Reactor (Druck-schwerwasser-Reaktor des kanadischen CANDU-Designs); BWR: Boiling Water Reactor (Siedewasser-Reaktor) VVER=Druckwasserreaktor russischer Bauart.



3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte

3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)

Das Zentrum für OSZE-Forschung versteht sich als unabhängige, praxisorientierte Forschungseinrichtung und unterscheidet zwischen wissenschaftlichen Forschungsprojekten und Beratungsprojekten. Nachdem CORE in den Vorjahren seine erste, primär auf die Handlungsinstrumente internationaler Organisationen zur Krisenregulierung orientierte Projektgeneration abgeschlossen hat, ist mit einem Diskurs- und Publikationsprojekt zur Entspannung des säkular-islamischen Verhältnisses in Zentralasien ein erster Einstieg in eine zweite Projektgeneration, die stärker auf Herrschaftsstrukturen, transnationale Konfliktkonstellationen und die Vertiefung von Regionalexpertise fokussiert, gelungen. Eine Dissertation wurde fertig gestellt, fünf fortgeführt und eine neu begonnen. Die kräftigsten Impulse konnten 2007 im Bereich der Beratungsprojekte gesetzt werden. Neben der üblichen Beratungstätigkeit für das Auswärtige Amt wurde ein größerer Bericht über die künftige Agenda der OSZE für das finnische Außenministerium erstellt. Ein einmonatiger Trainingskurs für kasachische Diplomaten zur Vorbereitung des kasachischen OSZE-Vorsitzes 2010 könnte als Einstieg in den Bereich Diplomatenweiterbildung dienen.

1. Forschungsprojekte

a. Folgende bereits in den Vorjahren begonnene Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt bzw. abgeschlossen:

- Das von Solveig Richter an der Universität Dresden in Zusammenarbeit mit CORE durchgeführte Promotionsprojekt *Zur Effektivität externer Demokratisierungsmaßnahmen in internen Transformationsprozessen: Internationale Organisationen in Südosteuropa*, wurde abgeschlossen.
- Das von Jens Narten bearbeitete und von der Deutschen Stiftung Friedensforschung und dem IFSH geförderte Promotionsprojekt *Peacebuilding Dynamics and the Struggle for Local Ownership in Post-war Kosovo* wurde fortgeführt.
- Das von Elena Kropatchewa bearbeitete und von der Friedrich-Naumann-Stiftung geförderte Promotionsprojekt *Die russische Politik gegenüber der Ukraine als Quelle von Spannungen mit dem Westen* wurde fortgeführt.
- Das von Marietta König bearbeitete und von der Friedrich-Naumann-Stiftung geförderte Promotionsprojekt *Feldoperationen der Vereinten Nationen in ethnopolitischen Konflikten: Untersuchung der Wirksamkeit der UNOMIG-Vermittlung zwischen Georgien und Abchasien* wurde fortgeführt.
- Das von Merle Vetterlein bearbeitete und von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderte Promotionsprojekt *Der Einfluss des Rahmenabkommens von Ohrid auf das politische System der Republik Makedonien* wurde fortgeführt.



Marietta König und Elena Kropatcheva mit einer Delegation des deutsch-russischen Jugend-Regionalparlaments am 13. Juni 2007 im IFSH



Veranstaltung von IFSH und DGVN „Zukunft des Kosovo“ 8. Oktober 2007 in der Landesvertretung Hamburg in Berlin. Jens Narten beim Vortrag

- Das von Delia Rahmonova-Schwarz im Rahmen der *International Graduate School in Sociology* an der Universität Bielefeld in Zusammenarbeit mit CORE bearbeitete Promotionsprojekt *Transnationale Migration und gesellschaftlich-politischer Wandel in Zentralasien: Eine vergleichende Länderstudie über Arbeitsmigration von Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan nach Russland* wurde fortgeführt.
- b. *Folgende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum bewilligt und/oder begonnen:*
 - Das von Arne Seifert geleitete und vom Auswärtigen Amt geförderte *Diskurs- und Publikationsprojekt zur Entspannung des säkular-islamischen Verhältnisses in Zentralasien (Phase I)* wurde durchgeführt.
 - Das von Sebastian Schiek bearbeitete und vom DAAD teilgeförderte Promotionsprojekt *Die Bedeutung informeller Institutionen in Kasachstan für die Projektarbeit internationaler Organisationen* wurde begonnen.
- c. *Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte Forschungsprojekte ist noch nicht entschieden:*
 - keine

2. Beratungsprojekte

- a. *Folgende bereits in den Vorjahren begonnene Beratungsprojekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt bzw. abgeschlossen:*
 - *OSCE Depository Library.* Nach einem vom OSZE-Sekretariat erstellten Konzept baut CORE mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes eine *OSCE Depository Library* auf, die den Zugang zu KSZE/OSZE-Dokumenten und der entsprechenden Sekundärliteratur ermöglicht. Die *Library* ist eine Präsenzbibliothek, die Öffnungszeiten sind identisch mit denen der Bibliothek des IFSH.
 - *Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länderkunde.* Fortgeführt wurde im Berichtszeitraum die Tätigkeit im Rahmen des Fachinformationsverbundes „Internationale Beziehungen und Länderkunde“ (FIV). FIV ist eine wissenschaftliche Datenbank mit rund 700.000 Einträgen. CORE hat im Fachinformationsverbund die Aufgabe übernommen, OSZE-Dokumente sowie die OSZE-relevante Literatur in das System einzugeben.
 - *OSCE Networking Project.* Dieses Projekt, das eine Website mit Informationen zur OSZE betreibt, wird von CORE in Kooperation mit dem *Graduate Institute of International Studies*, Genf, und dem *International Relations and Security Network (ISN)*, Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich, kontinuierlich weiterbearbeitet. Die *OSCE Networking Website* bietet mehr als 3.500 Links in alle 56 OSZE-Staaten an.
- b. *Folgende Beratungsprojekte wurden im Berichtszeitraum bewilligt, begonnen und abgeschlossen:*



Botschafter Wieck beim Besuch von IFSH/CORE, hier mit Frank Evers, Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart



- Das wie in den Vorjahren vom Auswärtigen Amt bewilligte *Rahmenprojekt 2007* mit dem Zentrum für OSZE-Forschung umfasste im Berichtszeitraum die Publikation des *OSZE-Jahrbuchs* in deutscher, englischer und russischer Sprache (vgl. Kap. 8.3), den weiteren Ausbau der *OSCE Depository Library* (vgl. 2a) und die Erstellung von *Policy Papers* zu den Themen *OSZE für Toleranz und Nichtdiskriminierung*, *The OSCE Energy Security Dialogue*, und *China als möglicher OSZE-Partnerstaat*, die im Berichtszeitraum erstellt wurden.
 - Zur Vorbereitung des finnischen OSZE-Vorsitzes 2008 wurde mit der Unterstützung einer internationalen Task Force und gefördert vom finnischen Außenministerium der Bericht *Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE* erstellt.
 - Mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des kasachischen Außenministeriums wurde ein vierwöchiger *OSZE-bezogener Trainingskurs für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kasachischen Außenministeriums* durchgeführt.
 - An fünf kasachischen Universitäten in Almaty, Astana und Karaganda wurden in Zusammenarbeit mit dem OSZE-Zentrum in Almaty und dem kasachischen Außenministerium *Workshops zur Geschichte, den Institutionen, Strukturen und Feldaktivitäten der OSZE* durchgeführt.
- c. *Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte Beratungsprojekte ist noch nicht entschieden:*
- Das Rahmenprojekt 2008 für das Zentrum für OSZE-Forschung wurde gegen Ende des Berichtszeitraums beim Auswärtigen Amt beantragt, das üblicherweise im Januar des fraglichen Haushaltsjahres darüber entscheidet.



CORE-Workshop „The Development of the CSCE/OSCE: Lessons learned for the peace process on the Korean peninsula am 23. Juli 2007.



3.2. Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)

Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) befasst sich, ausgehend vom *Mittelfristigen Arbeitsprogramm* des IFSH mit dem Beitrag der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union zum europäischen und zum Weltfrieden. Die Entwicklung und Implementierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und ihrer spezifischen Instrumente sind für die Forschung am ZEUS rahmensetzend.

Zum übergreifenden Forschungsschwerpunkt im *Mittelfristigen Arbeitsprogramm* des IFSH leistet ZEUS eigene Beiträge durch Analysen, wie die EU die Entstehung und Ausbreitung transnationaler Gewalttrisiken erschweren bzw. ihre Transformation in Gewaltkonflikte unterbinden kann. Folgenden Fragen wird in den Projekten besondere Aufmerksamkeit zuteil: Welchen politischen Herausforderungen durch transnationale Gewalttrisiken sieht sich die EU ausgesetzt? Welche Normen und Werte liegen ihren Strategien und politischen Ansätzen zugrunde? Welche Strukturen, Strategien und Instrumente entwickelt die Europäische Union für die Prävention von – und den Umgang mit – transnationalen Gewalttrisiken? Wie und mit wem interagiert die EU in welchen geographischen Räumen und funktionalen Politikfeldern? Welche Wirkungen wurden bisher erzielt und worauf gehen die Wirkungen vor allem zurück? Welche Schlussfolgerungen lassen sich für das künftige Vorgehen der EU im Umgang mit transnationalen Gewalttrisiken ziehen?

Die Forschung am ZEUS zur Prävention, Einhegung und Bearbeitung transnationaler Gewalttrisiken zielt auf die Entwicklung bzw. Fortführung eines eigenen Analyseansatzes (*security governance*), der Mehrebenen-Strategien, -instrumente und -politiken der EU sowie komplexe Akteurskonstellationen auf Seiten der EU und dritter Akteure sowie ihre Interaktionen. Hierzu sollen Ansätze aus der Wirkungsforschung (Evaluationsforschung, Regimeanalyse, quantitative Analysen) integriert werden. Insbesondere sollen dabei *nicht-intendierte* Wirkungen auf die Bedingungen und Akteure in den jeweiligen Zielstaaten sowie auf die EU selbst erforscht werden.

1. Forschungsprojekte

a. Folgende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum abgeschlossen oder fortgesetzt:

- Im Promotionsprojekt *Normensozialisation in Russland: Chancen und Grenzen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber der Russländischen Föderation* untersuchte Regina Heller am Beispiel Russlands die Optionen und Grenzen der Europäischen Union, zur Durchsetzung von Menschenrechten gegenüber Drittstaaten beizutragen. Das Projekt wurde 2007 mit der Promotion erfolgreich abgeschlossen.
- Ebenfalls erfolgreich abgeschlossen wurde im Jahre 2007 das Promotionsprojekt *Nationale Debatten zur gemeinsamen Außenpolitik in Polen, Rumänien und Ungarn* von Heiko Fürst. Die Studie verglich die Außen- und Sicherheitspolitikkonstruktionen in den drei Ländern im Kontext der Erweiterung der Europäischen Union.



Podiumsteilnehmer der Afghanistan-Diskussionsveranstaltung am 24. September 2007 im IFSH, v.l.n.r.: Hans-Georg Ehrhart, Niels Annen, Karen Johnson, Michael Brzoska und Knut Kirste



- Dennis Gratz untersuchte den *Elitozid in Bosnien und Herzegowina 1993 – 1995*. Gestützt auf eine Reihe von Fallstudien führte er in seinem Promotionsprojekt den Nachweis, dass während des Krieges in seinem Heimatland systematische Tötungen intellektueller, künstlerischer und anderer Eliten an der Tagesordnung waren. Die Promotion wurde erfolgreich beendet.
- Das bereits 1995 begonnene Projekt „*Security Handbook*“ von Hans J. Gießmann wurde 2007 fortgesetzt. Die Arbeit am 5. Fortschrittsbericht über „*Emerging Powers in East Asia: China, Russia, and India*“ wurde im Dezember 2007 abgeschlossen. Der Band erscheint Anfang 2008.
- Hans-Georg Ehrharts Projekt *Security Governance als Herausforderung für die EU* wird bis 2009 fortgesetzt.
- Fragen der *Freiheit und Sicherheit bei der Terrorismusbekämpfung* untersucht Patricia Schneider. Im Rahmen der Projektarbeit soll unter anderem bis 2012 eine Habilitationsschrift abgeschlossen werden.
- Das Projekt *Hafensicherheit/Maritime Sicherheit*, dessen Leitung Patricia Schneider nach dem Tod des Projektleiters Erwin Müller übernommen hat, wird bis 2009 fortgeführt.
- Das von der VW-Stiftung geförderte Projekt *Analysing EU Institutions' and Member States Approaches to Promote Policy Coherence of Development and Security* von Isabelle Tannous wird bis 2009 fortgesetzt.
- Isabelle Tannous arbeitet zugleich weiter an ihrer Dissertation zum Thema *Konfliktprävention und Krisenmanagement der EU – Grenzen und Chancen kohärenten Handelns im europäischen Mehrebenensystem*. Das zunächst von der DSF geförderte Projekt soll bis 2009 abgeschlossen werden.
- Ebenfalls von der VW-Stiftung gefördert wird das von Janina Johannsen bearbeitete Projekt *Coherence of ESDP/CFSP Crisis Management*. Die Projektarbeit wird 2008 abgeschlossen. Für die Bearbeitung des Vorhabens hat Janina Johannsen die Erarbeitung ihrer Dissertation *Policy versus Practice: The European Union and Civil-Military Cooperation and Coordination. An Analysis of the EU Crisis Management Engagement in the Democratic Republic of Congo in the framework of the European Security and Defence Policy* an der Universität Münster zunächst ausgesetzt. Nach der Beendigung des VW-Projekts will sie ihre Dissertation am IFSH bzw. der Universität Hamburg bis 2009 abschließen.
- Das Projekt *Aufbau, Reform und Zerfall des Sicherheitssektors in den palästinensischen Autonomiegebieten als Herausforderung für die Nahostpolitik der EU* von Margret Johannsen wird bis 2009 fortgesetzt.
- Gefördert vom Cusanus-Werk erarbeitet Sybille Reinke de Buitrago eine Dissertation zum Thema *Between Threat Perception and Enemy Images. Construction of Security Policy on Terrorism in Germany and the United States – Opportunities for the transatlantic Security Partnership*. Das Projekt soll 2009 abgeschlossen werden.



IFSHler bei der Gedenkveranstaltung für Erwin Müller im November 2007



- Mit dem *Elitenwechsel in Bosnien und Herzegowina* in der Transition befasst sich Naida Mehmedbegovic in ihrem ebenfalls bis 2009 abzuschließenden Dissertationsvorhaben.
- Goran Bandow behandelt in seinem Promotionsprojekt den *Schutz nationaler Minderheiten in der Republik Kroatien als Instrument zur Prävention ethno-politischer Konflikte*. Das von der Friedrich-Nau- mann-Stiftung geförderte Projekt soll 2008 zur Disputation einge- reicht werden.
- *Ethnic Cleansing as a Political Instrument in the Context of State- Building* lautet das Thema des von Emir Suljagic 2007 begonnenen Dissertationsvorhabens. Es soll 2009 abgeschlossen werden.
- In einem weiteren vom DAAD geförderten Promotionsprojekt unter- sucht Afrim Hoti die *International Administration in Kosova and its Way to Peace*. Der Abschluss der Promotion ist für 2010 vorgesehen.
- Das Dissertationsprojekt *Die Rolle der Polizeiemissionen in der Euro- päischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Vergleichs- analyse des Engagements der Europäischen Union in Polizeirefor- men* von Isabelle Maras soll bis 2010 abgeschlossen werden.

b. *Folgende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum bewilligt und/oder begonnen:*

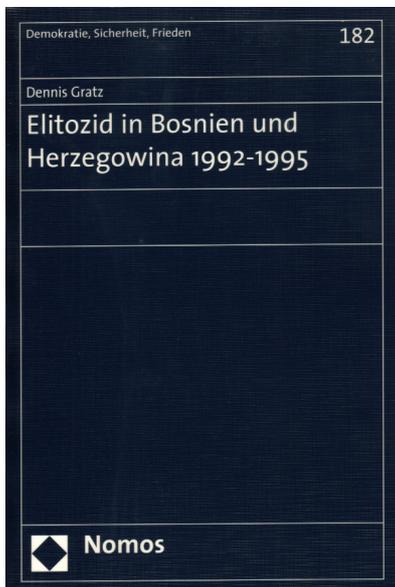
- Die EU-Kommission bewilligte im Rahmen des 7. Rahmenpro- gramms das Projekt *EUSECON. A New Agenda for European Securi- ty Economics*, das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geleitet wird. Das IFSH ist unter Leitung von Michael Brzoska Kon- zortialpartner und insbesondere verantwortlich für die Analyse der Anti-Terrorismuspolitik der Europäischen Union. Die Laufzeit des Projekts beträgt vier Jahre.
- Das Projekt *Multi-Stakeholder Partnership in Post-Conflict Recon- struction: The Role of the EU* unter Leitung von Hans-Georg Ehrhart und Michael Brzoska wird innerhalb des 7. Rahmenprogramms der EU von der Europäischen Kommission gefördert. Verhandlungen ü- ber Detailfragen dauerten im Berichtszeitraum noch an. Die Laufzeit des Projekts erstreckt sich auf zwei Jahre bis 2009.
- *EU-China Trade and Investment Relations - Current State, Trends and Prospects* lautet der Titel des von der Comagnia di San Pao- lo/Centro Alti Studi Cina Contemporanea geförderten Projekts unter Leitung von Bernt Berger. Das Projekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren und soll 2009 abgeschlossen werden.

c. *Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte Forschungsprojekte ist noch nicht entschieden:*

- keine

2. *Wissenschaftliche Dienstleistungen/Beratung*

- Das *Akademische Netzwerk Südosteuropa*, das gefördert durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst seit 2003 Beiträge zur Entwicklung wissenschaftlicher und akademischer Kooperation zwi-





schen friedenswissenschaftlich befassten Einrichtungen auf dem westlichen Balkan leistet, wurde als wichtiges Beratungsprojekt im Berichtszeitraum fortgesetzt. Programme sowie Forschungs- und Arbeitsergebnisse aus dem Netzwerk werden öffentlich diskutiert und veröffentlicht, unter anderem auf der Homepage des Netzwerks: <http://www.akademischesnetzwerk-soe.net>. Das von Hans J. Gießmann geleitete Projekt und von Patricia Schneider geleitete Netzwerk hat seine Aktivitäten im Berichtszeitraum auf Mazedonien ausgeweitet und Kooperationen mit den Universitäten in Skopje und Tetovo begonnen. Eine Dozentin aus Mazedonien lehrte am IFSH, ein internationaler Workshop wurde in Mazedonien durchgeführt. Zum Projekt gehört auch die Betreuung von zwei Doktoranden aus der Region am IFSH.

- Für das am ZEUS angesiedelte *Baudissin-Fellowship-Programm* unter Leitung von Hans-Georg Ehrhart wurden neue Fördermittel von der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung eingeworben. Die Fortsetzung der Betreuung von Offizieren und Sicherheitsexperten zu Forschungs- und Lehrthemen der Inneren Führung sowie zur Reform der Streitkräfte ist für 2008 vorgesehen.
- Margret Johannsens friedenspädagogisches Beratungsprojekt / Studienheft „Internationale Politik: Krieg und Frieden am Beispiel des Nahost-Konflikts“ ist für den Einsatz im Fernstudium zur Erlangung der Hochschulreife bestimmt. Das Projekt wird im Frühjahr 2008 abgeschlossen.
- Hans-Georg Ehrhart und Hans J. Gießmann wirkten an der 6. *Hanseatic Baltic Summer School* für Studentinnen und Studenten aus anderen Ländern mit. Hans-Georg Ehrhart ist als Mitglied des Beirats dieses Ausbildungsprojekts an der Konzipierung der Lehre beteiligt.
- Hans J. Gießmann und Isabelle Tannous haben im Berichtszeitraum Beratungsaufgaben für die Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Singapur) übernommen. Dabei ging es vor allem um Fragen der *Anwendung von Erfahrungen aus der Europäischen Integration für die Regimebildung und zwischenstaatliche Kooperation in Südostasien*.
- Zum sechsten Mal wurde Hans J. Gießmann im Jahre 2007 als Experte und zur Teilnahme bzw. Beratung der deutschen Parlamentarierdelegation zum deutsch-chinesischen Sicherheitsdialog mit Vertretern des ZK der Kommunistischen Partei Chinas sowie der chinesischen Außen- und Verteidigungsministerien eingeladen. Neben der Erörterung regionaler und globaler Sicherheitsfragen stehen Möglichkeiten der engeren Abstimmung und Kooperation zwischen China und der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt des Beratungsauftrags.



Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke, Staatsrat Dr. Roland Salchow, und Hans-Joachim Gießmann bei der Einweihung des Gebäudes am 30. Oktober (v.l.n.r.)



2.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²)

Hauptthemen 2007 waren die fortschreitende Rüstungsdynamik in den Bereichen nukleare Abrüstung und Weltraumrüstung, die Erosion der Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitungsproblematik vor dem Hintergrund von Überwachungsmaßnahmen, Dual-Use-Technologien und Rüstungsproduktion bzw. -exporten. Der Schwerpunkt der Projekte lag im konzeptionellen wie im naturwissenschaftlichen Bereich von Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und Abrüstung.

Die Debatte um die Raketenabwehr in Europa, die daraus resultierenden russischen Reaktionen wie z.B. die Suspendierung des KSE-Vertrags oder die Kontroverse um den „US-India Deal“, bei dem Indien exklusiv von den USA mit ziviler Nukleartechnologie ausgestattet werden soll, verdeutlicht, dass die Rüstungskontrollarchitektur in einem starken Wandel begriffen ist. Es scheint, dass Rüstungskontrolle sich immer stärker in Richtung einseitiger, nicht-integrativer Maßnahmen entwickelt. In vielen Bereichen sind Aufrüstungstendenzen zu beobachten, die auch Hochtechnologien mit einbeziehen. Der Anti-Satellitentest Chinas vom Januar 2007 ist ein Warnsignal, das zeigt, dass Rüstungskontrolle im Weltraum überfällig ist. Auch die EU, die ein ambitioniertes Weltraumprogramm betreibt, kann hier eine wichtige Rolle übernehmen. Insbesondere auf den Feldern Raketenabwehr, Rüstungsproduktion, Effektivität von Embargos und Sanktionen oder bezüglich der Verhandlungen mit dem Iran über dessen kontroverses Nuklearprogramm wurden Studien, Expertisen und Publikationen angefertigt. Im Bereich der Rüstungsdynamik wurden Projekte zur Wirkung von Laserwaffen, unbemannten Flugkörpern, Raketenabwehr und Anti-Satellitenwaffen forciert.



Jan Stupl und Götz Neuneck auf dem Podium bei der IFSH-Konferenz „Security an Cooperation in South Asia.“

Der Forschungsgruppe beschäftigte sich im Berichtszeitraum insbesondere mit dem Zusammenspiel von rüstungsdynamischen Faktoren und den Möglichkeiten der Rüstungskontrolle unter den Bedingungen einer zunehmend asymmetrischen Welt. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Arbeitsweisen mit folgenden Forschungslinien:

- Grundlagen, Möglichkeiten und Formen von Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nonproliferation sowie die Entwicklung von anwendungsbezogenen Konzepten präventiver Rüstungskontrolle,
- dem „Monitoring“ der fortschreitenden Rüstungsdynamik und Rüstungskontrollpolitik in Europa und weltweit mit Fokus auf moderne Technologien und
- technische Möglichkeiten existierender und zukünftiger (Waffen-) Entwicklungen, vor allem in den Bereichen Weltraumbewaffnung, Raketenproliferation und Raketenabwehr.

1. Forschungsprojekte

a. *Folgende bereits laufende Forschungsprojekte wurden im Berichtszeitraum fortgeführt oder abgeschlossen:*
Schwerpunkt Zukunft der Rüstungskontrolle:

- aktuelle Probleme von *Nichtverbreitung und Abrüstung*. Hierzu gehören einerseits die Entwicklung des iranischen Nuklearprogramms und die Entwicklung in Asien, zum anderen die Erosion des Nichtverbrei-



tungsvertrages. Zusammen mit dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) veranstaltete IFAR vom 8.-10. Oktober 2007 in Berlin die Konferenz „Conference on Security and Cooperation in South Asia – a Global Perspective“, an der 60 hochrangige Vertreter aus den USA, Frankreich, Indien, Pakistan, Deutschland, Japan, Russland, Großbritannien und Frankreich teilnahmen. Götz Neuneck und Axel Schwanhäußer nahmen an drei Panelpräsentationen während des Ersten Vorbereitungstreffen für die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages 2010 teil.

- Michael Brzoska bearbeitete das Projekt *Rüstungsproduktion und Rüstungsexportkontrolle in der EU*. Er erstellte eine Studie zu Fragen ausländischer Beteiligungen an europäischen Rüstungskapazitäten für das Europäische Parlament, verfasste gemeinsam mit Mark Bromley, SIPRI, einen Aufsatz zu den Wirkungen des Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenexporte und betreute eine Veröffentlichung zur Wirkung der in diesem Kodex festgeschriebenen Kriterien auf den Handel mit Kleinwaffen aus der EU.
- Das von der Fritz-Thyssen-Stiftung geförderte Projekt *Regimebildung unter Druck? Die Fortentwicklung multilateraler Rüstungskontrolle* wurde fortgesetzt. Oliver Meier untersucht den Einfluss neuer, nicht-integrativer Ansätze zur Kontrolle von Massenvernichtungswaffen auf Regimebildung, Regimeeffektivität und Regimewandel in der Rüstungskontrolle. Projektleiter ist Götz Neuneck. Das Projekt hat eine Laufzeit von Mai 2005 bis April 2008. Das Vorhaben wird in enger Zusammenarbeit mit der U.S. Arms Control Association durchgeführt und soll den transatlantischen Dialog über effektivere Rüstungskontrollvereinbarungen kritisch beleuchten.
- Im Rahmen eines seit 2002 laufenden Projekts zur *Effectiveness of Arms Embargoes* wird die Wirksamkeit von Waffenembargos an Hand von Fallstudien und vergleichend untersucht. Das Projekt wird von Michael Brzoska in Kooperation mit George Lopez, University of Notre Dame, USA durchgeführt. Die Ergebnisse werden 2008 im englischen Verlag Elsevier als Buch veröffentlicht.
- Axel Schwanhäußer setzte die Arbeiten im Rahmen seines Projektes *Beyond Safeguards – Taking advantage of the early warning capabilities of the improved IAEA safeguard system in respect of nuclear programs leading to outbreak capabilities* mit Analysen des iranischen und indischen Nuklearprogramms und der Teilnahme an der Carnegie International Nonproliferation Conference in Washington D.C. fort. Das Projekt wird im Rahmen der „European Foreign and Security Policy Studies“ von der Volkswagen-Stiftung gefördert. Das Projekt wird 2008 ausgesetzt, da der Bearbeiter zur Internationalen Atomenergiebehörde wechselt.
- Eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern des IFSH und der Universität Hamburg hat im Berichtszeitraum die Arbeiten zur Beantragung einer DFG-Forschergruppe zum Thema *Verifikation internationaler Abkommen* vorangetrieben. Die Federführung liegt bei Martin Kalinowski (ZNF); aus dem IFSH sind Michael Brzoska, Götz Neuneck und Oliver Meier beteiligt. Zum Thema „Space Surveillance“ wurden erste Vorarbeiten durchgeführt.



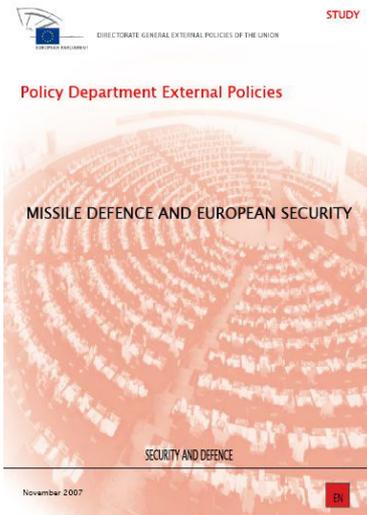
Götz Neuneck bei Vortrag

*Schwerpunkt Weltraumbewaffnung und Raketenabwehr:*

- Die *Analysen zur militärischen Nutzung des Weltraums* und zu den Möglichkeiten präventiver Rüstungskontrolle wurden vor allem in Bezug auf die chinesischen Weltraumprogramme fortgesetzt. Anlass war der chinesische Anti-Satellitentest vom Januar 2007. Bearbeiter sind Götz Neuneck und Marcel Dickow. Im Rahmen der EU-Präsidentschaft Deutschlands beteiligte sich IFAR an der Planung der „EU Conference on Security in Space, the Contribution of Arms Control and the Role of the EU“ in Berlin und dem 16. Forum Globale Fragen „Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung“ im Auswärtigen Amt.
- Marcel Dickow hat ein Stipendium im Rahmen der „European Foreign and Security Policy Studies“ der Compagnia di San Paolo, Turin, des Riksbankens Jubiläumssfonds, Stockholm und der Volkswagen Stiftung, Hannover mit zweijähriger Laufzeit erhalten. Er begann die Bearbeitung seines Themas *Security and Defence in European Space Policy* mit einem Gastaufenthalt am European Space Policy Institute (ESPI) in Wien.
- Im Auftrag des „Directorate-General for External Policies of the Union Policy Department“ des Europa-Parlamentes erarbeite IFAR 2007 zusammen mit Autoren aus Großbritannien, Frankreich und Italien unter Federführung von ISIS Europe die Studie „*Missile Defence and European Security*“. Die Studie wurde bei einer Veranstaltung in Brüssel öffentlich diskutiert und vom Europa-Parlament verabschiedet.
- Im Projekt *Implikationen und technische Möglichkeiten von Airborne Laser Systemen* werden die Funktionsprinzipien und die technische Realisierbarkeit des Airborne Lasers der USA und weiterer Hochenergielaser, z.B. auch im Weltraum untersucht. Bearbeiter ist Jan Stupl, die Projektleitung liegt bei Götz Neuneck. Im Jahr 2007 wurden die Untersuchungen in Zusammenarbeit mit dem ZNF fortgesetzt im Rahmen eines von der Berghof-Stiftung genehmigten Folgeantrag „Implikationen und technische Möglichkeiten von Airborne Laser Systemen“ fortgeführt.

Schwerpunkt Rüstungsdynamik und Kriegführung:

- Innerhalb eines laufenden Projekts zur *Validität quantitativer Daten zu Krieg, Rüstung und Konflikt* konzentrierten sich die Arbeiten 2007 auf Daten zu Kriegstrends. Eine Reihe von Publikationen und Manuskripten, einschließlich eines Textes für das SIPRI-Jahrbuch 2007, wurden fertiggestellt. Projektbearbeiter ist Michael Brzoska.
- Im Forschungsschwerpunkt *Revolution in Military Affairs* werden die wissenschaftlich-technischen und militärpolitischen Konzepte, Komponenten und Konsequenzen im Bereich „RMA/Information Warfare“ herausgearbeitet und Möglichkeiten für eine präventive Rüstungskontrolle diskutiert.
- Michael Brzoska führte seine Arbeiten zu den *Kosten und Nutzen militärischer und ziviler Friedensmissionen* mit einer Reihe von Veröffentlichungen, so zu Friedensmissionen in Afrika und der Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Akteuren des Peacekeeping fort.



Studie für die EU-Kommission unter Mitarbeit von IFAR



- In dem mit Mitteln des BMBF geförderten Projekts zur *Geschichte der deutschen Pugwash-Bewegung* wurde ein Folgeantrag erarbeitet und bei der Thyssen-Stiftung eingereicht. Die Arbeiten an Unterrichtsmaterialien zur Atomwaffenproblematik wurden fortgesetzt.
- b. *Folgende Forschungsprojekte wurde im Berichtszeitraum bewilligt und/oder begonnen:*
 - Die Universität Hamburg war 2007 mit der Bewerbung für das Exzellenzcluster CLISAP (Integrated Climate System Analysis and Prediction) erfolgreich. Eines der Module von CLISAP ist dem Thema Klimawandel und Sicherheit gewidmet. An diesem Modul sind Mitarbeiter des IFSH (Michael Brzoska, Götz Neuneck, Hans J. Gießmann) sowie Martin Kalinowski vom ZNF und weitere Wissenschaftler aus der Universität Hamburg beteiligt. 2007 wurden die Forschungsarbeit mit Literaturrecherchen begonnen. Das Projekt hat eine Laufzeit bis 2012.
 - Ende 2007 erteilte Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages den Auftrag zur Erstellung einer Studie *„Stand und Perspektive der militärischen Nutzung von unbemannten Systemen“*. Es wird in Zusammenarbeit mit den Universitäten Dortmund (Dr. J. Altmann) und Gießen (Prof. T. Maruhn) durchgeführt. Bearbeiter sind Götz Neuneck, Michael Brzoska und Christian Alwardt. Das Projekt läuft bis April 2008.
- c. *Über folgende im Berichtszeitraum vorbereitete oder beantragte Forschungsprojekte ist noch nicht entschieden:*
 - Antrag zur Deutschen Pugwash-Geschichte bei der Thyssen-Stiftung (Götz Neuneck).
 - Antrag *„Zwischen Kontrolle und Kooperation Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen“* bei der deutschen Stiftung Friedensforschung (Götz Neuneck/Oliver Meier).

2. Wissenschaftliche Dienstleistungen/Beratung

Die Expertise von IFAR wird traditionell von den Medien, politischen Stiftungen und der interessierten Öffentlichkeit stark nachgefragt. Im Berichtszeitraum standen weltpolitisch aktuelle Themen wie der Atomstreit mit dem Iran, der Atomdeal zwischen den USA und Indien, die Raketenabwehrpläne der USA und die Weltraumproblematik im Mittelpunkt des Interesses. Über diese Beratungs- und Informationstätigkeit hinaus, beraten die IFAR-Mitarbeiter jedoch auch Ministerien, Parlamentarier sowie nationale und internationale Fachgremien. Beispielfhaft seien einzelne Beratungstätigkeiten, Veranstaltungen und Aktivitäten genannt:

- IFAR beteiligte sich an der Vorbereitung der im März 2008 am DESY in Hamburg stattfindenden *Amaldi-Konferenz*. Zu diesen Konferenzen zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle entsenden die Akademien der Wissenschaften aus einer Vielzahl von Ländern Experten. Das Vorhaben wird vom Stifterverband der Deutschen Wirtschaft gefördert. Michael Brzoska und Götz Neuneck vertreten das IFSH.



Michael Brzoska bei der Tagung „Den Mächtigen in Ohr flüstern“ der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 2007 in Djakarta



Adam Daniel Rotfeld (l.) und Götz Neuneck
Bei der Veranstaltung „Neuer Kalter Krieg
durch Raketenabwehr?“ am 30. Oktober 2007
im IFSH

- Oliver Meier und Götz Neuneck nahmen sowohl als Vortragende als auch als Chairpersons am 3. Symposium „Nukleare und radiologische Waffen“ teil, das vom Fraunhofer-Institut für Naturwissenschaftliche Trendanalysen in Euskirchen veranstaltet wird. Dieses Symposium ist das einzige regelmäßige Treffen in Deutschland, bei dem Wissenschaftler, Experten und Beamte aus Innenbehörden, der Bundeswehr, dem Auswärtigen Amt und dem Strahlen- bzw. Bevölkerungsschutz zu einem mehrtägigen Meinungsaustausch über Themen wie „schmutzige“ Bomben, Nuklearterrorismus und aktuelle Rüstungskontrollfragen zusammenkommen.
- IFAR beriet das Auswärtige Amt im Rahmen der deutschen EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 zur Rüstungskontrolle im Weltraum. Die Problematik wurde im Rahmen einer EU-weiten Regierungskonferenz erstmalig diskutiert. Marcel Dickow erarbeitete bei einem Gastaufenthalt am „European Space Policy Institute“ (ESPI) in Wien ein gemeinsames Memorandum von ESPI und IFSH für die Folgetreffen im Rahmen der portugiesischen EU-Präsidentschaft.
- Götz Neuneck arbeitet seit 2007 als Mitglied Beratungsgruppe am „Space Security Index“ mit, einem Standardwerk zur Weltraumsicherheit, das von der kanadischen Regierung unterstützt wird.
- Im Rahmen der Diskussion um die Errichtung einer Raketenabwehrstellung in Osteuropa durch die USA wurde Götz Neuneck zu Vorträgen und Gesprächen ins Auswärtige Amt, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) und den Deutschen Bundestag eingeladen. Raketenabwehr war auch Gegenstand einer vom IFSH veranstalteten und von IFAR vorbereiteten Podiumsdiskussion mit dem früheren polnischen Außenminister Daniel Adam Rotfeld anlässlich der Eröffnung des neuen Gebäudes des IFSH am 30. Oktober 2007.
- Die Zukunft der konventionellen Rüstungskontrolle war das Thema, zu dem Götz Neuneck im Rahmen der Internationalen Diplomatenausbildung des Auswärtigen Amtes sowie auf einem Brainstorming-Treffen der Rüstungskontrollabteilung des Auswärtigen Amtes referierte.



Teilnehmer der internationalen Tagung „Security and Cooperation in South Asia“
vom 8.-10. Oktober 2007 in Berlin



4. Übergreifende Aktivitäten

4.1 Arbeitsgruppe Wirkungsforschung

Die 2006 am IFSH eingerichtete Arbeitsgruppe Wirkungsforschung setzte Anfang 2007 ihre begonnene Arbeit fort. In der zweiten Jahreshälfte tagte die Arbeitsgruppe nicht. Sie wird ihre Tätigkeit im Jahr 2008 wieder aufnehmen.

4.2 Ausgewählte Veranstaltungen, Tagungen und Besucher

- Vom 9. bis 11. Februar 2007 führte CORE einen transatlantischen Workshop zum Thema *Democracy Promotion in Central Asia – European and US-American Experiences* durch, an dem etwa 30 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik teilnahmen, die Hälfte davon aus den USA.
- Am Samstag, den 24. Februar 2007 veranstalteten das IFSH und das Institut für Theologie und Frieden (ithf) einen international besetzten Expertenworkshop zum Thema „*Befriedung von außen? Ethische Reflexionen eines strittigen politisch-militärischen Konzeptes am Beispiel des Kongo*“.
- Vom 26. Februar bis 2. März 2007 führten Anna Kreikemeyer und Delia Rahmonova-Schwarz in Kooperation mit dem OSZE-Zentrum Almaty eine erste Reihe von *CORE Capacity-Building-Seminaren* zur OSZE an fünf Hochschulen (Al Farabi Nationaluniversität und Staatliche Universität in Almaty, Eurasische Universität und Diplomatische Akademie in Astana, Staatliche Universität in Karaganda) in Kasachstan durch.
- Am 14. März 2007 besuchte der ehemalige Leiter der OSZE-Beratungs- und Überwachungsgruppe in Belarus, Botschafter a.D. Dr. Hans-Georg Wieck, das IFSH und CORE und hielt einen Vortrag zum Thema Demokratieförderung in Belarus.
- Am 19. April 2007 fand am IFSH eine Gedenkveranstaltung zum hundertsten Geburtstag Wolf Graf von Baudissins unter dem Titel „Was ist aus der Inneren Führung geworden?“ statt.
- Am 6. Juli 2007 besuchte Prof. Takako Ueta von der International Christian University in Tokyo CORE zu Gesprächen mit Wolfgang Zellner.
- Vom 20. bis 22. Juli und vom 26. bis 28. Oktober 2007 führte CORE im Rahmen der Erarbeitung des Berichts *Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE* zwei Workshops mit einer internationalen Task Force durch.
- Am 23. Juli 2007 führte CORE zusammen mit dem Korean Institute for National Unification (KINU) einen Workshop zum Thema *The Development of the CSCE/OSCE: Lessons Learnt for the Peace Process on the Korean Peninsula* durch.
- Am 24. September 2007 veranstaltete das IFSH eine Podiumsdiskussion zur „Zukunft der internationalen Militärpräsenz in Afghanistan“. Michael Brzoska diskutierte mit Knut Kirste (NATO), Niels Annen (SPD-Bundestagsabgeordneter), Hans-Georg Ehrhart (IFSH) und ü-



Gebäudeeinweihung am 30. Oktober.
Margret Johannsen mit Besucher



Afghanistan-Veranstaltung am 24. September im IFSH (v.l.n.r. Hans-Georg Ehrhart, Niels Annen, MdB, Michael Brzoska)

ber fünfzig Gästen, darunter auch die amerikanische Generalkonsulin Karen E. Johnsen.

- Vom 21. bis 22. September 2007 veranstaltete die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) zusammen mit dem IFSH, dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) und dem Philosophischen Seminar der Universität Hamburg eine zweitägige Tagung in der Universität Hamburg, um das Wirken und Lebenswerk des am 28. April 2007 verstorbenen Physikers, Philosophen und Friedensforschers Carl Friedrich von Weizsäcker zu würdigen.
- Vom 10. September bis 6. Oktober führte CORE am IFSH eine Schulung für kasachische Diplomaten in Vorbereitung auf den kasachischen OSZE-Vorsitz im Jahr 2010 zu allen Aspekten der Arbeit der OSZE durch.
- Am 13. September 2007 organisierten das IFSH und die Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts eine Vortrags und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Der Fall Ehren Watada - Soldat zwischen Gehorsam und Gewissen“.
- Am 28. September 2007 besuchte der Leiter der finnischen OSZE-Task Force, Botschafter Aleksi Härkönen, CORE und hielt im Rahmen des OSZE-Trainings kasachischer Diplomatinen und Diplomaten einen Vortrag zum Thema *Preparing for Finland's OSCE Chairmanship*.
- Am 8. Oktober präsentierten sich die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und das IFSH gemeinsam mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Zukunft des Kosovo“ in der Landesvertretung der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund in Berlin.
- Vom 8. bis 10. Oktober 2007 veranstaltete das IFSH zusammen mit dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) eine Konferenz mit dem Titel „Conference on Security and Co-operation in South Asia: a Global Perspective“ in Berlin.
- Die Tagung mit dem Titel „Die Zusammenarbeit zwischen der EU und China“ wurde vom IFSH gemeinsam mit dem Centre for European Studies der East China Normal University und der Karls-Universität Prag am 12. und 13. Oktober 2007 in Shanghai durchgeführt.
- Am 17. Oktober 2007 fanden die Übergabe der Master-Diplome für die 24 Absolventinnen und Absolventen des 5. Akademischen Jahres und die feierliche Immatrikulation der 27 Studierenden des 6. Akademischen Jahres „Master of Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg statt. Den diesjährigen Festvortrag hielt der bekannte deutsche Friedensforscher, Prof. Dr. Dieter Senghaas, zum Thema: „Wie den Frieden in Töne setzen?“.
- Am 30. Oktober 2007 wurde das neue Institutsgebäude Beim Schlump 83 vom Ersten Bürgermeister Ole von Beust feierlich eröffnet. Im Rahmen des Festakts sprachen neben von Beust Wissenschaftsstaatsrat Dr. Roland Salchow sowie die Direktoren der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg



Teilnehmerinnen der Veranstaltung zu Frauen und Friedensförderung am 21. November 2007 im IFSH. V.l.n.r.: Ute Scheub, Hadewych Hazelzet, Anna Kreikemeyer, Michael Brzoska, Christa Randzio-Plath, Frederike von Franqué, Merle Vetterlein, Christiane Fröhlich



(IFSH), die Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) und der Direktor des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF). Anschließend fand ein gemeinsamer „Nachmittag der offenen Tür“ der vier Institute statt, die die Gelegenheit nutzten, sich den zahlreichen Besuchern u.a. mit einem Film, Foto- und Posterausstellungen, Bibliotheksführungen und Büchertischen vorzustellen.

- Am 30. Oktober 2007 fand im Rahmen der Einweihung des neuen Institutsgebäudes eine gemeinsam von IFSH und ZNF ausgerichtete Podiumsdiskussion mit dem früheren polnischen Außenminister und ehemaligen Direktor des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI Adam Daniel Rotfeld zum Thema „Neuer Kalter Krieg durch Raketenabwehr?“ statt.
- Am 19. November 2007 besuchten Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion (Dorothee Stapelfeldt, Michael Neumann, Martin Schäfer) und der SPD-Kandidat für das Amt des Bürgermeisters, Michael Naumann, die vier Institute „Beim Schlump 83“ zu informellen Gesprächen. IFSH und ZNF stellten sich gemeinsam den Fragen der Gäste.
- Am 21. November 2007 veranstalteten das IFSH und Women in International Security (WIIS) eine Podiumsdiskussion mit Prof. Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins, zur Frage „Was bringt die UN-Resolution 1325 (zur Gleichberechtigung der Frauen in der Konfliktbearbeitung) für die Friedensförderung mit und für Frauen?“
- Arne Seifert und Elena Kropatcheva führten in Almaty gemeinsam mit dem Kasachischen Institut für Strategische Studien (KISI) und dem zentralasiatischen Büro der Friedrich Ebert Stiftung am 30. November 2007 einen Workshop zum Thema „Säkularismus und Islam: Verbindendes im gemeinsamen Staat“ durch.
- Am 13./14. Dezember 2007 fand in der Führungsakademie der Bundeswehr ein gemeinsam vom IFSH, dem Queen’s Centre for International Relations und der Führungsakademie organisierter deutschkanadischer Workshop zum Thema „NATO and the international engagement in Afghanistan. Lost cause or long-term endeavour?“ statt.



Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion besuchen IFSH und ZNF am 19. November

4.3 Forschungskolloquium 2007

Das IFSH veranstaltet regelmäßig Forschungskolloquien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die M.P.S.-Studierenden und ausgewählte Gäste. Leitung und Organisation liegen bei Hans-Georg Ehrhart.

Krisenprävention und menschliche Sicherheit, *Dr. Albrecht Schnabel*, Swisspeace (4. Januar 2007).

Community Conflict Resolution SADC, *Nisha Arumugarajah*, IFSH (10. Januar 2007).

Afghanistan als internationale Herausforderung, *Florian Kühn*, Helmut-Schmidt-Universität (17. Januar 2007).

Das Battlegroup-Konzept der EU, *Christian Mölling*, IFAR (24. Januar 2007).

EU-Forschungsförderung, *Angela Schindler-Daniels*, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (31. Januar 2007).

Aktuelle Fragestellungen zu Hochenergie-Laserwaffen, *Jan Stupl*, IFSH/IFAR (7. Februar 2007).



Veranstaltung anlässlich des 100sten Geburtstags von Graf Baudissin zur Inneren Führung im April 2007 (v.l.n.r.: Jürgen Groß, Claus Frhr. von Rosen, Detlef Bald, Hans-Joachim Gießmann)

Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU im Spannungsfeld von Sicherheit, ökonomischer Notwendigkeit und Menschenrechten – (Mögliche) Konsequenzen der Bildung eines Cordon Sanitaire an den Außengrenzen der EU am Beispiel Marokkos, *Dr. Ulrike Borchardt*, Universität Hamburg (21. Februar 2007).

Ein GASP-Caucus in der Nato?, *Dr. Eckhard Lübke*, Auswärtiges Amt/SWP (1. März 2007).

Power-sharing in fragmentierten Gesellschaften – das Rahmenabkommen von Ohrid und seine Auswirkungen auf die Republik Makedonien, *Merle Vetterlein*, IFSH/CORE (7. März 2007).

Der Transformationsprozess in Belarus und die westliche Demokratisierungsförderung, Botschafter a.D. *Dr. Hans-Georg Wieck*, ehem. Leiter der OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Minsk (14. März 2007).

Probleme und Perspektiven von Auslandseinsätzen der Bundeswehr aus Sicht des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst *Bernhard Gertz*, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes (21. März 2007).

How the World's Most Underdeveloped Nations get the World's Most Dangerous Weapons, *Dr. Geoffrey Forden*, Massachusetts Institute of Technology, MIT (4. April 2007).

Der Kalte Krieg als ‚absoluter Krieg‘: Konturen einer New Cold War History, PD *Dr. Bernd Stöver*, Universität Potsdam (11. April 2007).

Relations between Serbia and NATO 1999-2007, *Namir Radojkovic*, M.P.S. (2. Mai 2007).

Aktuelle Probleme der Abrüstung und Rüstungskontrolle, *Dr. Rolf Mützenich*, MdB, abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion (9. Mai 2007).

Stabilität oder Chaos? Zur politischen Lage in der Ukraine, *Elena Kropatcheva*, IFSH/CORE (16. Mai 2007).

US-Raketenabwehr in und für Europa?, *Götz Neuneck*, IFSH/IFAR (23. Mai 2007).

Was tun mit Zimbabwe? Die internationale Gemeinschaft zwischen „Responsibility to protect“ und Souveränitätsgebot, *Christoph Laufens*, M.P.S. (13. Juni 2007).

Klimawandel und Sicherheit – Themen für eine Forschungsagenda, *Michael Brzoska*, IFSH (27. Juni 2007).

„Der De-facto-Staat Abachien: Welche Lösungsansätze sind realistisch?“, *Prof. Dr. Otto Luchterhandt*, Universität Hamburg/*Marietta König*, IFSH/CORE (4. Juli 2007).

Drogen als Sicherheitsbedrohung? Eine vergleichende Untersuchung der Drogenpolitik Afghanistans, Pakistans und Irans, *Janet Kursawe*, German Institute for Global and Area Studies (11. Juli 2007).

EU peace operations and the future of ESDP, OTL *Alexandre de Bordelius*, EU-Militärstab (22. August 2007).

Transformation der Bundeswehr: Neuer Wein in alten Schläuchen?, *Armin Wagner*, IFSH/ZEUS (29. August 2007).

Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), PD *Dr. Peter Imbusch*, Zentrum für Konfliktforschung der Uni Marburg (5. September 2007).

EU Weltraumpolitik, *Marcel Dickow*, IFSH/IFAR (12. September 2007).

Russland vor den Wahlen, *Christian Wipperfürth*, Berlin (26. September 2007).

Aktuelle Stunde: Herausforderung Afghanistan, Interne IFSH-Diskussion (11. Oktober 2007).

The role of the military in the transformation of Pakistani society, *Dr. Ayesha Siddiqi Agha*, Independent security analyst (24. Oktober 2007).

Chinas außenpolitische Strategien, *Bernt Berger*, IFSH/ZEUS (31. Oktober 2007).

North Korea's Nuclear Programme as an International Challenge, *Prof. Dr. Herbert Wulf* (7. November 2007).

Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan: Kritischer Erfahrungsbericht, *Dr. med. Martin Leitz*, M.P.S. (14. November 2007).



Erwin Müller † und Sabine Jaberg im April 2007 im IFSH



What can China learn from the process of European integration?, *Prof. Feng Shao Lei*, East China Normal University, Shanghai (21. November 2007).

Zur Zukunft des KSE-Vertrages, *Wolfgang Zellner*, IFSH/CORE (28. November 2007).

PRTs der Bundeswehr in Afghanistan, OTL *Ronald Koß*, ext. IFSH/ZEUS und Bundeswehr (5. Dezember 2007).

Rüstungskontrolle und Zwang: Die Wirkung neuer Nichtverbreitungsansätze, *Oliver Meier*, IFSH/IFAR (19. Dezember 2007).

4.4 Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Auswahl)

Goran Bandov

- Vortrag „Ethnozentrismus i njegova interrekcija sa globalizacijskim procesima. (Ethnozentrismus und seine Interaktion mit Globalisierungsprozessen.)“ auf der Konferenz „Sigurnost i etničke manjine u procesima globalizacije“ der Universität Zagreb, 24.-27. Mai 2007, Begovo Razdolje, Kroatien.
- Vortrag „Balkan refugee children“ auf dem Seminar „I'm magic riation“, organisiert vom Europarat, 12.-17. April, 2007, Istanbul, Türkei.

Bernt Berger

- „EU-China Relations – Past, Present, Future“, Ningbo University, Ningbo, Zhejiang, P.R.China, 18. Juni 2007.
- „China's international interest and strategies – Consequences for foreign and security policy“, Konrad Adenauer Stiftung / Interallied Confederation of Reserve Officers (CIOR/NATO), Schloss Eichholz, Wesseling/Bonn, 13. Februar 2007.

Michael Brzoska

- „Konflikte und Kriege der Zukunft“. Vortrag im Rahmen des Symposiums „Baudissin für das 21. Jahrhundert“, Führungsakademie der Bundeswehr, 8. Mai 2007.
- „Whispering in the Ears of Power“, Vortrag LEMHANNAS (Indonesian National Resilience Institute), Djakarta, 23. Mai 2007.
- „Ressourcen, Klimawandel, Konflikte“. Vortrag im Rahmen des Symposiums „Energie – Ressourcen – Frieden. Herausforderungen für eine zukunftsfähige Gesellschaft“ der Bundesstiftung Umwelt, der Deutschen Stiftung Friedensforschung/DSF, der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung und der Right Livelihood Award Foundation, Osnabrück, 16. September 2007.

Marcel Dickow

- „Die Europäische Weltraumpolitik“, Seminar zur EU-Sicherheits- und Friedenspolitik im Rahmen der VDW-Jahrestagung, Evangelische Stiftung Hamburg, 18. Februar 2007.
- „Verifikation von konventionellen Weltraumwaffen in einem möglichen Begrenzungs- oder Verbotsabkommen“, Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG), Jahrestagung 2007, Regensburg, AKA 5.3, 29. März 2007.
- „The European Space Policy – The EU, ESDP and space: about merging policies and its implications“, European Foreign and Security Policy Studies (EFSPS) autumn seminar 2007, Brüssel, 17. Oktober 2007.

Hans-Georg Ehrhart

- „Friedensmacht EU?“ Vortrag im Rahmen des wissenschaftlichen Symposiums zum Thema „Die Europäische Union im 21. Jahrhundert“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, 27. April 2007.
- „Sicherheitspolitik der EU in Afrika“, Vortrag vor dem Arbeitskreis Afrika der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin, 6. Juni 2007.
- „Europa als ein ‚global player‘“, Panelstatement anlässlich des Villa Vigoni Gesprächs 2007 organisiert vom Institut für Europäische Politik, dem Deutsch-Italienischen Zentrum und dem Mailänder Institut für Internationale Politik, Lovenato di Menaggio, 1. Dezember 2007.

Hans-Joachim Gießmann

- „EU's China Policy Revisited“, 6. Deutsch-Chinesischer Sicherheitsdialog, Beijing, 14.-15. Mai 2007.



Frank Evers (CORE) beim Schulungskurs für kasachische Diplomaten im Oktober 2007 am IFSH.



- „Regional Perceptions of Asian Powers for Global Change“, Politikdialog der Friedrich-Ebert-Stiftung, Singapur, 27. April 2007.

Regina Heller

- “‘Rapprochement through interlinkage’ – How strong is the EU’s normative gravity for Russia really?“, ICCEES Convention “Transcending Europe’s Borders: The EU and Its Neighbours“, Humboldt Universität Berlin, 2.-4. August 2007.
- „Demokratisierung von außen? Politikansätze von EU und Europarat gegenüber Russland“, Vortrag/Workshop Brücke e.V. Bad Homburg, 9. November 2007 (gemeinsam mit Olaf Melzer, HSFK).
- „Die Europäische Union und Russland – eine Partnerschaft mit Hindernissen“, Vortrag im Rahmen der Öffentlichen Mitgliederversammlung der Städtepartnerschaft Bielefeld – Welikij Nowgorod, Bielefeld, 26. November 2007.

Margret Johannsen

- „Die endlose Geschichte: Die UNO und der israelisch-palästinensische Konflikt“, Vortrag anlässlich des 60. Jahrestages der UN-Teilungsresolution, veranstaltet vom Karl-Renner-Institut und von der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen, Wien, 25. November 2007.
- „Die deutsche Politik gegenüber Israel und Palästina seit der Jahrhundertwende. Beschreibung und Problemaufriss“, Referat auf der Tagung „Besondere Beziehungen? Was Deutschland zum Frieden zwischen Israel und Palästinensern beitragen kann“, veranstaltet von der Evangelischen Akademie Iserlohn, in Kooperation mit den Autoren des „Manifests der 25“, dem „Forum Crisis Prevention“ und der „Gustav-Heinemann-Initiative“ in Berlin, 20.-22. April 2007.
- “Mutual distrust and threats: Is there a chance for dialogue?“, Referat auf dem internationalen Symposium über „Nuklearisierung in Europa und dem Vorderen Orient – Von Bedrohung zur präventivem Handeln“, veranstaltet von der Schweizer Sektion der Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung (PSR) / Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) in Monte Verità, Schweiz, 22.-25. März 2007.

Martin Kahl

- „Die Bekämpfung des Terrorismus und die Rolle der Vereinten Nationen“, Universität Hamburg, Ringvorlesung der DGVN, 11. Januar 2007.
- „G8 – selbsternannter Weltgipfel“, Landeszentrale für Politische Bildung Brandenburg, Potsdam, 13. Juni 2007.
- „Die Auflösung der Grenzen innerer und äußerer Sicherheit: Komplexe Bedrohungen – komplexe Lösungen?“, Jahrestagung des VfS, Handelskammer Hamburg, 6. Dezember 2007.

Marietta König

- “EU-Engagement in the Wider Black Sea Region“, Vortrag bei der russischsprachigen Konferenz über die „Politische Situation im Kaukasus und die Initiativen Externer Akteure“ organisiert vom Moskauer Zentrum für Strategische und Politische Studien, Baku/Aserbaidzhan, 27.-28. Mai 2007.

Anna Kreikemeyer

- Vorträge „Geschichte der OSZE“, „OSZE Institutionen, Strukturen und Feldaktivitäten“, „Reformprobleme und Perspektiven der OSZE“, im Rahmen des Capacity Building Workshops mit dem OSZE Zentrum Almaty an fünf kasachischen Universitäten (Staatliche Al Farabi Universität Almaty, Staatliche Universität Almaty, Eurasische Universität und Diplomatenakademie, Astana, Staatliche Universität Karaganda), Almaty und Astana, 26. Februar – 2. März 2007
- „Zentralasien: Zwischen Rechtsstaat und Islamismus“, Vortrag im Rahmen der Zentralasientagung von Renovabis (Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa), Berlin, 15. November 2007.
- „Der politische und strategische Kontext der Millennium Development Goals in Kasachstan“, European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation (EIUC), Venedig, 3. Dezember 2007..

Elena Kropatcheva

- „Russia or the EU? Ukraine Caught between Two Poles“, Vortrag auf dem ICCEES-Regionalkongress „Transcending Europe’s Borders: The EU and its Neighbours“, an der Humboldt-Universität zu Berlin, 2. bis 4. August 2007.
- “Transit of Russia’s Energy to the EU via Ukraine: Conflict and Cooperation“, Vortrag auf dem UACES Workshop “Security of Energy Supply in the New Europe



Bürgermeister Ole von Beust bei der Einweihung des Gebäudes Beim Schlump 83 am 30. Oktober 2007



– „A Challenge for the European Neighbourhood Policy“, Universität Glasgow, 19.-20. September 2007.

Oliver Meier

- „The arms control and nonproliferation implications of the Indo-U.S. nuclear deal: A view from Germany“, Vortrag auf der internationalen Tagung „The Indo-U.S. Nuclear Deal: A Critical Assessment“, organisiert von CNDP/PEACE und der Heinrich Böll Stiftung, Neu Delhi, 31. August – 1. September.
- „Nukleare Modernisierungsprogramme und die Verbreitung von Kernwaffen: Der Zusammenhang zwischen vertikaler und horizontaler Proliferation“, Vortrag auf dem 3. Symposium nukleare und radiologische Waffen, Fraunhofer Institut für Naturwissenschaftliche Trendanalysen, Euskirchen, 18.-20. September 2007.

Jens Narten

- „Kosovo auf dem Weg in die (Un-)Abhängigkeit? Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte und die Rolle der internationalen Gemeinschaft“, Vortrag auf der IFSH/DGVN-Podiumsdiskussion „Zukunft des Kosovo“, Berlin, 8. Oktober 2007.
- „Post-conflict Peacebuilding & Local Ownership: A Case Study on External-local Dynamics in Kosovo under UN Interim Administration“, Vortrag auf der Jahreskonferenz der International Studies Association, Chicago, 3. März 2007.
- „Kosovo and External Democracy Promotion“, Vortrag auf dem case authors' meeting des internationalen Forschungsprojekts 'External Democracy Promotion in Post-Conflict States' in Kooperation mit FU Berlin, Stanford University und FRIDE Madrid, Berlin, 14.-16. Dezember 2007.

Götz Neuneck

- „Space Security and Arms Control in Space“, 16. Globales Forum im Auswärtigen Amt, Berlin, 5. März 2007.
- „Prospects for Security in Space“, EU Conference on security in space, the contribution of arms control and the role of the EU, Berlin 21.-22. Juni 2007.
- „Technische und Politische Aspekte der in Europa geplanten US- Raketendefense“, Arbeitskreis Friedens- und Konfliktforschung beim Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin, 4. Juli 2007.

Sibylle Reinke de Buitrago

- „Communication Patterns in the 'War on Terrorism' and Their Potential for Escalation or Deescalation of the Conflict“, Nachwuchstagung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung „Sicherheit, Konflikt, Frieden: Wissensbestände auf dem Prüfstand“, Schwerte (Ruhr), 5.-7. Oktober 2007.
- „Enemy Images in German Security Policy?“, Feindbild 'Islam' – Feindbild 'Westen'? – Eine kritische Reflexion gegenseitiger Wahrnehmungen, Netzwerk ORIENTATION, Berlin, 6. Juli 2007.

Bernhard Rinke

- „The EU as a civil-military crisis manager: An emerging system of Security-Governance?“, Vortrag im Rahmen der Dialogkonferenz „The Second Asia-Europe Forum: Eurasia's New Opportunities and New Challenges“ (veranstaltet vom Center for European Studies der East China Normal University Shanghai in Kooperation mit dem International Institute for Strategic Studies London) am Center for European Studies der East China Normal University (ECNU), Shanghai, 29. September 2007.
- „The EU as a civil-military crisis manager“, Vortrag im Rahmen des Workshops „The European Union in the World“ (durchgeführt von ZEUS und der School for Advanced International and Area Studies, East China Normal University) IFSH, Hamburg, 22. Juni 2007.

Patricia Schneider

- „Women in Peace Research in Germany“, „Encouragement to Advance“, Vortrag am Center of Excellence Women and Science CEWS, Brüssel, 25.-28.09. 2007.
- „Peace Research as a basic for Academic Cooperation in German-Turkish Relations“, Vortrag bei der Konferenz „Germany meets Turkey – a Forum for Young leaders“, vom Institute for Cultural Diplomacy, ARI Movement und der Ernst Reuter Initiative. Stuttgart/ Frankfurt/ Berlin, 14.-21. Juli 2007,„



Michael Brzoska (2.v.l.) am Rande einer Veranstaltung zum Thema „Klimawandel und Sicherheit“ des RBB in der Urania, Berlin. Hier mit Renate Künast, Claudia Kemfert, Alfred Eichhorn und Hans Joachim Schellnhuber



Götz Neuneck (2. rReihe, 4.v.l.) beim Parliamentary Hearing on Space Security im Europäischen Parlament in Brüssel am 7. November 2007.

*Thorsten Stodiek*

- „Der Aufbau multi-ethnischer Polizeien auf dem Westbalkan“, Vortrag im Rahmen des Seminars „Der Balkan auf dem Weg nach Europa“, Haus Rissen, Hamburg, 16.-17. April 2007.
- „Der Aufbau multiethnischer Polizeien durch internationale Polizeimissionen“, Vortrag im Rahmen des Seminars „Empirische Polizeiforschung X: Einflüsse von Globalisierung und Europäisierung auf die Polizei“, Berlin, 5.-7. Juli 2007.

Jan Stupl

- „Determination of critical thermal loads for thin-walled cylindrical shells during laser beam processing“, Fourth International WLT-Conference on „Lasers in Manufacturing“ (LIM 2007); München, 19. Juni 2007.
- „Assessment of a High Energy Laser Missile Defense Project“, Jahrestagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Arbeitskreis Physik und Abrüstung; Regensburg, 29. März 2007.
- „Boost-phase Missile Defense: the Airborne Laser“, Conference on Security and Cooperation in South Asia: A global perspective, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin, 10. Oktober 2007.

Isabelle Tannous

- „Der Beitrag der Europäischen Union zur gewaltfreien Lösung von Konflikten“, Friedenspolitische Impulse Bonn zum Verhältnis von zivilen und militärischen Maßnahmen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 30. November bis 1. Dezember 2007.
- „The Merging of Security and Development in European Foreign and Security Policy“, 3rd Autumn Seminar and Final Conference „A Common European Foreign and Security Policy in the Making? Competences, Institutions and National Interests“ in the framework of the EFSPS Programme, Brüssel, 17.-21. Oktober 2007.
- „Institution Building and Regional Identity Raising in the EU and ASEAN“, Expert-Meeting on EU-ASEAN Co-operation des Singapore Office der Friedrich-Ebert-Stiftung, Singapur, 10.-11. Oktober 2007.

Armin Wagner

- „BND-Operationen gegen sowjetisches Militär in der DDR 1950-1990. Zugänge zur ‚geheimen‘ Geschichte des Bundesnachrichtendienstes“, Vortrag an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg, 21. Mai 2007.
- „Militärspionage des BND in der DDR“, Syddansk Universitet Denmark, 17. November 2007.

Wolfgang Zellner

- „Zur Entwicklung der Zentralasien-Strategie der EU“, Vortrag auf dem Workshop „European Union Policy Towards Central Asia: Security Issues and Different Approaches“, ausgerichtet vom Institute of World Economy and Policy und der Friedrich Ebert Stiftung, Almaty, 14. März 2007.
- „Redefining the OSCE’s Future in the Light of Strategic Uncertainty and Political Contradictions“, Vortrag auf einem Seminar zu Ehren von Prof. Victor-Yves Ghebali, Genf, 30. Mai 2007.
- „Review of OSCE Field Operations“, Vortrag auf der PSIO-Konferenz „The OSCE at a Turning Point: OSCE Chairmanship and Other Challenges“, Genf, 7./8. September 2007.

4.5 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien

Michael Brzoska

- Mitglied im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Friedensforschung
- Mitglied im Beirat der Hamburger Stiftung zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts
- Vorsitzender des Governing Board, International Security Information Service, Brüssel
- Mitglied des Beirats Pôle Bernheim, Université Libre de Bruxelles
- Mitglied des Direktoriums des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg
- Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexport, Gemeinsame Kommission der Kirchen für Entwicklungspolitik



Auch während des Umzugs im Sommer 2007 wird weitergearbeitet



- Herausgeber der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden“ (S+F)
- Associate Editor des Journal of Peace Research
- Associate Editor des Economics of Peace and Security Journal
- Mitglied im Editorial Advisory Board, International Studies Perspectives

Hans-Georg Ehrhart

- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Hanseatic Baltic Summer School
- Mitherausgeber der Lehrbuchreihe „Elemente der Politik“, VS-Verlag Wiesbaden (verantwortlich für Internationale Beziehungen)
- Mitglied der Arbeitskreises Europäische Integration

Hans-Joachim Gießmann

- Mitglied des Executive Committee des Council of Directors des Studiengangs Master of Human Rights and Democratization (E.MA), Venedig
- Direktor (Universität Hamburg), Mitglied des Council of Directors des Studiengangs Master of Human Rights and Democratization, Venedig
- Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Hamburger Erklärung e.V.
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, Sicherheit und Frieden (S+F)
- Mitglied des Beirats, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS)
- Herausgeber der Buchreihe „Demokratie, Sicherheit, Frieden“, Nomos-Verlag
- Mitherausgeber der Zeitschrift „Connections“ des Partnership-for-Peace-Consortium
- Mitglied der Gutachterjury, Österreichisches Sicherheitsforschungsprogramm (KI-RAS)

Elena Kropatcheva

- Mitglied im Vorstand der Deutsch-Russischen Gesellschaft in Hamburg

Oliver Meier

- Assoziiertes Mitglied des ZNF
- Internationaler Repräsentant und Korrespondent der Arms Control Association

Erwin Müller †

- Mitherausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift „Sicherheit und Frieden (S+F)“

Götz Neuneck

- Stellvertretender Vorsitzender des Forschungsverbundes Naturwissenschaft, Abrüstung und Internationale Sicherheit (FONAS)
- Mitglied des Council der „Pugwash Conferences on Science and World Affairs“
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)
- Mitglied des Beirates der IPPNW
- Pugwash-Beauftragter der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)
- Sprecher des Arbeitskreises Physik und Abrüstung der deutschen Physikalischen Gesellschaft

Patricia Schneider

- Mitherausgeberin und Chefredakteurin von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“ (Nachfolge Dr. Erwin Müller).
- Ko-Leiterin des „Arbeitskreis Curriculumentwicklung“ der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) und der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Wolfgang Zellner

- Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift Helsinki Monitor. Security and Human Rights
- Mitglied des Beirats der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden



Egon Bahr und Michael Brzoska am Rande der Kosovo-Veranstaltung in Berlin am 8. Oktober 2007.



5. Lehre und Nachwuchsförderung

Seit 2002 führt das IFSH mitverantwortlich den Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg durch. Der Studiengang bildet das Zentrum der Nachwuchsförderung des IFSH. Fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind in die Lehre und Betreuung im Rahmen des Studiengangs eingebunden. Im Jahr 2007 wurde dem IFSH die Erfüllung aller Auflagen der Akkreditierungskommission bescheinigt und der Studiengang wurde für fünf Jahre auflagenfrei akkreditiert.



MPS-Studierende 2007

Über den Studiengang hinausgehend unterhält das IFSH ein umfangreiches Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Dabei wird der Frauenförderung besonderer Stellenwert beigemessen. Zu den Bestandteilen des Nachwuchsförderprogramms gehören traditionell die Mitarbeit examinierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an drittmittelgeförderten Forschungs- und Beratungsprojekten, die Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in die wissenschaftliche und akademische Arbeit des Instituts sowie die Ausbildung von studentischen Praktikanten und Praktikantinnen. Das IFSH wirkt darüber hinaus mitverantwortlich unter anderem am Europäischen Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig) und am Osteuropastudiengang der Universität Hamburg mit. Im Berichtszeitraum wurden Vereinbarungen zur Aufnahme von Kooperationen in den Bereichen Studium/Lehre sowie Doktorandenbetreuung mit dem European Studies Center der East China Normal University vereinbart. Mit Bernhard Rinke und Bernt Berger unterrichteten zwei wissenschaftliche Mitarbeiter des IFSH mehrere Monate an der East China Normal University (ECNU) in Shanghai. Die Projektleiter Hans J. Gießmann (IFSH) und Prof. Dr. Feng Shaolei (ECNU) hielten Gastvorlesungen an den kooperierenden Einrichtungen.

Nach fünf Jahren endete 2007 eine intensive wissenschaftliche und akademische Kooperation des IFSH mit dem Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wroclaw. Die Leitung der Universität hatte sich bedauerlicherweise entschlossen, gegen den Rat nationaler und internationaler Experten, die Tätigkeit des Zentrums nach dem Auslaufen der Förderung durch den DAAD einzustellen.

Im Berichtszeitraum haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH neben ihren Lehrveranstaltungen (zu den Lehrveranstaltungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts im Einzelnen s. Kap. 5.5 und Statistischer Anhang) zahlreiche Erst- und Zweitgutachten für Diplom- und Magisterarbeiten verfasst, ferner Diplom- und Magisterprüfungsverfahren durchgeführt sowie an Promotionsverfahren teilgenommen. Hans-Georg Ehrhart ist für Organisation und Durchführung des wöchentlichen Forschungskolloquiums des Instituts verantwortlich. Michael Brzoska leitet das Doktorandenkolloquium.

5.1. Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg

Im Oktober 2007 begann das sechste Akademische Jahr des M.P.S.-Studiengangs mit der Orientierungseinheit und einer Exkursion nach Berlin. Der fünfte Absolventenjahrgang wurde im Rahmen einer Festveranstaltung feierlich verabschiedet. Den Festvortrag anlässlich dieses Ereignis-



nisses hielt Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas zum Thema: „Wie den Frieden in Töne setzen“?

Für das 6. Akademische Jahr 2007/2008 wurden 27 Studierende aus zehn Ländern immatrikuliert (Tadschikistan, Elfenbeinküste, Schweden, Brasilien, Japan, USA, Luxemburg, Slowenien, Usbekistan, Deutschland) mit einem Frauenanteil von 16 Studierenden. Der Studiengang wird von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH sowie 14 weiteren Forschungs- und akademischen Lehrinrichtungen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik einschließlich dem Förderverein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S. durchgeführt. Auch 2007 wurde wieder ein Offizier der Bundeswehr für den Studiengang abgeordnet. Mit der Führungsakademie der Bundeswehr wurde vereinbart, dass diese Abordnung auch künftig möglich gemacht werden soll.

Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung des Studiengangs obliegt dem IFSH, das auch im Berichtsjahr wieder die M.P.S.-Studienleitung stellte. Studienleiter im Berichtszeitraum war Hans J. Gießmann, Akademische Koordinatorin Patricia Schneider. Dem Gemeinsamen Ausschuss für den Studiengang gehörten 2006 als Mitglieder für das IFSH neben Hans J. Gießmann (Vorsitz, verantwortlich für Modul I und Modul VI) Götz Neuneck (verantwortlich für Modul III) sowie Wolfgang Zellner an. Dem Zulassungs- und Prüfungsausschuss für den Studiengang gehören neben Hans J. Gießmann (Vorsitz) für das IFSH Götz Neuneck und Patricia Schneider an. Der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Michael Brzoska, nimmt als Gast an den Sitzungen des Gemeinsamen Ausschusses teil.

Institutionelle Mitglieder des Kooperationsverbunds Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS)

sind neben der Universität Hamburg und dem IFSH (ZEUS, CORE und IFAR)

- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhruniversität Bochum;
- Internationales Konversionszentrum Bonn;
- Berghof-Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin;
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main;
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg;
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg;
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg;
- Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Hamburg
- German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg;
- Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen;
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen;
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze;
- Institut für Politikwissenschaft der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, und der
- Verein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S.



Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas beim Festvortrag anlässlich der Masterverleihung im Oktober 2007



Patricia Schneider und Hans-Joachim Gießmann erhalten auch von den 2007er MPS-Absolventen die inzwischen traditionelle Foto-Collage



Der Kooperationsverbund wurde im Berichtszeitraum durch Dr. Rudolf Hamann (Führungsakademie der Bundeswehr) im Gemeinsamen Ausschuss vertreten. Dr. Hamann wurde vom Kooperationsverbund auch für das Studienjahr 2007-2008 in dieses Amt gewählt.

Ziel des zweisemestrigen Studiengangs ist es, hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen eines sozial- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität/Hochschule sowie akademisch ausgebildete Praktiker auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und in die Grundlagen ihrer praxisgerichteten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist ferner, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. friedens- und sicherheitspolitisch berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden, Unternehmen sowie in politischen Ämtern vorzubereiten. Gleichberechtigte Arbeitssprachen des Studiengangs sind Deutsch und Englisch. Im Rahmen des Programms kooperiert M.P.S. mit anderen Studiengängen der Universität Hamburg, darunter mit dem „Euromaster“, dem „Master of European Studies“ und dem Osteuropa-Nebenfachstudiengang unter Federführung der Fakultät für Rechtswissenschaften.



Exkursion MPS/Akademisches Netzwerk Südosteuropa in Mazedonien

Das erste Semester M.P.S. umfasst ein modulares Lehrprogramm, bestehend aus sechs Modulen: Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik, Friedenssicherungs- und Konfliktvölkerrecht, Naturwissenschaften und Frieden, Friedensethik, Wirtschaftliche Globalisierung und Konflikte und Querschnittsmodul. Das zweite Semester besteht aus lehr- und praxisorientierten Modulen. Die Studierenden belegen hier spezifische Lehrveranstaltungen, die auf die jeweils bearbeiteten Forschungsthemenfelder der Masterarbeit vorbereiten. Die im Kooperationsverbund zusammengeschlossenen Institute und Einrichtungen fungieren entsprechend ihres jeweiligen Forschungsprofils im zweiten Semester als Residenzinstitute für die Studierenden und bilden zugleich das Scharnier zwischen dem Studium und den angestrebten Berufs- und Tätigkeitsfeldern nach dessen erfolgreichem Abschluss.

Der Studiengang wird bis 2007 durch verschiedene Stipendienprogramme unterstützt. Besonders hervorzuheben sind die Förderungen durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) und den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Die vom DAAD bereitgestellten Fördermittel umfassen neben den Stipendien auch die Weiterentwicklung des „Akademischen Netzwerks Südosteuropa“ (www.akademischesnetzwerk-soe.net) zur Unterstützung des Aufbaus einer friedlich-demokratisch orientierten Wissenschaftslandschaft in Südosteuropa.

5.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)

Hans J. Gießmann vertritt seit 2002 die Universität Hamburg im Council of Directors dieses von 40 Universitäten und Instituten aus EU-Staaten getragenen Postgraduiertenstudiengangs. Seit 2006 ist die Universität Hamburg im „Inner Circle“ und verleiht als eine von derzeit fünf Universitäten ein gemeinsames Diplom. Bereits seit 2001 nimmt das IFSH für die Universität Hamburg Lehr-, Betreuungs- und Prüfungsaufgaben im Rahmen des Studiengangs wahr. Dazu zählen Lehrveranstaltungen in Ve-



nedig im Wintersemester sowie Lehr- und Betreuungsaufgaben in der Funktion als Residenzinstitut für Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Studiengangs im Verlauf des zweiten Semesters. 2007 unterrichtete Anna Kreikemeyer in der Projektwoche „Zentralasien“ am Sitz des Studiengangs. Drei Studierende waren im Frühjahrssemester 2007 am IFSH in Hamburg. Kurt Tudyka (Exkursion Wien) und Patricia Schneider (Exkursion Strasbourg) boten den E.MA-Studierenden in bewährter Weise die Teilnahme an interessanten Studienelementen des M.P.S.-Studiengangs an. Luca Trinchieri, der eine der fünf besten Masterarbeiten des Studienjahres verfasste, absolvierte sein Studium in Hamburg unter Anleitung von Michael Brzoska. Marianna Lipkova (Betreuung durch Martin Kahl und Regina Heller) und Mathias Vermeulen (Betreuung durch Anna Kreikemeyer) gehörten wie Luca Trinchieri zu den 20 besten der insgesamt knapp 100 Studierenden aus mehr als 30 Ländern. Im November 2007 wurde Hans J. Gießmann für weitere zwei Jahre in das Exekutivkomitee des „*Council of Directors*“ wiedergewählt.

5.3 Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Shanghai

Im Oktober 2007 wurde, anlässlich der Bilanzkonferenz des erfolgreich abgeschlossenen EU-Projekts zur Errichtung eines European Studies Center an der ECNU in Shanghai feierlich der Beginn der Lehr- und Doktorandenkooperation zwischen ECNU und IFSH besiegelt. Bereits im Berichtszeitraum haben Bernt Berger und Bernhard Rinke für fünf bzw. für zwei Monate an der ECNU unterrichtet. Ab 2008 werden Lehrende des IFSH und der Universität Hamburg (Department für Wirtschaft und Politik) jeweils ein Blockseminar in Shanghai abhalten. Zwei Studierende der ECNU werden jährlich nach Hamburg kommen, um ihren Mastergrad an der Universität im Rahmen der Kooperation der beiden Studiengänge Master of European Studies und Master of Peace and Security Studies zu erwerben. Zwischen dem IFSH und der ECNU ist darüber hinaus die Durchführung einer Doktorandenkooperation vereinbart worden. Promotionswilligen beider Länder werden Betreuungsmöglichkeiten eingeräumt.

5.4 Doktorandenbetreuungsprogramm

Im Rahmen des Programms sind die Promovierenden in eine intensive Betreuung durch erfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts eingebunden, die es ihnen ermöglicht, eine Dissertation erfolgreich abzuschließen und gleichzeitig Schlüsselqualifikationen für Berufstätigkeiten innerhalb und außerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen zu erwerben. Doktorandinnen und Doktoranden sind themenabhängig jeweils in einen der Arbeitsbereiche des IFSH integriert und nehmen so aktiv am wissenschaftlichen und akademischen Leben des Instituts teil. Das regelmäßig stattfindende Doktorandenseminar und die wöchentlichen Forschungskolloquien bieten wichtige Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch und die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen. Zugangsvoraussetzungen sind u.a. ein überdurchschnittlicher geistes- oder naturwissenschaftlicher Studienabschluss, breite Kenntnisse der Grundlagen der Friedensforschung und die Wahl eines friedenswissenschaftlichen Promotionsthemas. Das IFSH hat keine eigenen Förderungsmöglichkeiten, unterstützt aber Bewerbungen bei Stiftungen und anderen Institutionen. Die meisten Studierenden



Das Kloster San Nicoló, Sitz des E.MA-Studiengangs



East China Normal University in Shanghai



sind an der Universität Hamburg immatrikuliert, dies ist aber keine Bedingung für die Teilnahme am Doktorandenprogramm. Programmverantwortlicher war im Berichtszeitraum Michael Brzoska, der auch das Doktorandenseminar anleitet.

5.5 Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2007

Wintersemester 2006/2007

- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Political Economy of Conflicts, War and Arms“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar, „Die EU als friedens- und sicherheitspolitischer Akteur“ (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar/Workshop „Deutschland, Polen, Europa“, (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Wroclaw, Seminar Erasmus Mundus „Europa in der Welt“ (Hans-Joachim Gießmann/Regina Heller)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Probleme militärischer Macht“ (Jürgen Groß)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S. und Osteuropastudiengang, Seminar „Neo-patrimoniale Regime in Zentralasien“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Russische Außenpolitik im Bezug auf Konfliktregionen in der GUS“ (Elena Kropatcheva)
- European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation, Vorlesung und Workshop „Peacebuilding and Local Ownership. The Case of Kosovo“ (Jens Narten)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung“ (Götz Neuneck zusammen mit Prof. Martin Kalinowski)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Iran und die Zukunft von Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle (Götz Neuneck zusammen mit Prof. Martin Kalinowski, Jan Stupl, Axel Schwanhäuber)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Unendliche Weiten: Rüstungskontrolle im Weltraum und Verifikation“ (Götz Neuneck)
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster/Institut für Politikwissenschaft, Proseminar „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Bernhard Rinke)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungseinheit, (Hans-Joachim Gießmann, Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung, Teil 1 „Politics of the Balkan Countries“ (Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S. (in Kooperation mit der Univ. Prishtina), Blocklehrveranstaltung, Teil 2/Exkursion: „Minority Rights Protection and Human Rights in Kosovo“ (Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik/OSZE“ (Wolfgang Zellner)



Patricia Schneider auf einer Exkursion mit MPS-Studierenden vor dem Bundestag in Berlin

Sommersemester 2007

- Universität Hamburg/M.P.S., Midterm-Colloquium, (Hans-Joachim Gießmann)
- Universität Hamburg/M.P.S., Final Colloquium, (Hans-Joachim Gießmann)
- East China Normal University, School of Advanced International and Area Studies; Masters International Relations, Lecture/Seminar „The CFSP: Strategies, Policies and Concepts, (Bernt Berger)
- Universität Hamburg: Seminar: Die Europäische Union als friedens- und sicherheitspolitischer Akteur (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/IFSH, Doktorandenseminar (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blockseminar „Meinen Job finden: Berufsorientierung in den Bereichen Friedensforschung, Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Organisationen“ (Anna Kreikemeyer)
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster/Institut für Politikwissenschaft, Proseminar „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Bernhard Rinke)



- East China Normal University (ECNU) Shanghai, Centre for European Studies, EU-China Studies Centre Programme, Vorlesung „EU Crisis Management“ (Bernhard Rinke)
- Universität Hamburg/M.P.S. in Kooperation mit dem Streitkräfteamt, RI-Seminar in Bonn, Brüssel, Geilenkirchen „Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland vor neuen Herausforderungen (insbes. NATO, EU)“ (Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Internationale Organisationen (insbes. OSZE, VN)“ (Patricia Schneider/Kurt Tudyka)

Wintersemester 2007/2008

- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die internationale Sicherheitspolitik“, (Hans-Joachim Gießmann)
- East China Normal University Shanghai, Master of European Studies, Vorlesung und Blockseminar “European Regional Security Policies” (Hans-Joachim Gießmann), Blocklehrveranstaltung, Programm, Oktober 2007.
- Universität Hamburg/M.P.S. Blocklehrveranstaltung, „Unendliche Weiten: Rüstungskontrolle im Weltraum und Verifikation“ (Marcel Dickow)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung“ (Götz Neuneck zusammen mit Prof. Martin Kalinowski)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar Neuer Rüstungswettbewerb oder Renaissance der Rüstungskontrolle (Götz Neuneck zusammen mit Prof. Martin Kalinowski)
- Universität Hamburg/M.P.S. Blocklehrveranstaltung, „Unendliche Weiten: Rüstungskontrolle im Weltraum und Verifikation“ (Marcel Dickow, Götz Neuneck)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Political Economy of Conflicts, War and Arms“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/IFSH, Doktorandenseminar (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung “Die EU als außen-, und sicherheits- und friedenspolitischer Akteur“, (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung “The Kosovo Case and its Possible Implications on the Status Issues of the de facto-States in Eastern Europe” (Marietta König)
- Universität Hamburg/M.P.S. und Osteuropastudien, Seminar „Sicherheit und Stabilität in und mit Zentralasien“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S. und Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Politikwissenschaft) der Helmut-Schmidt-Universität, Kooperatives Pilotseminar (Blockveranstaltungen) „Modulentwicklung auf der Basis von E-learning/Fernausbildung am Beispiel des Konfliktmanagements internationaler Organisationen in den georgischen Konflikten“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Akademisches Schreiben“, (Anna Kreikemeyer)
- European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation (EIUC), Venedig, Blocklehrveranstaltung “Millennium Development Goals in Kasachstan” (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Russland: Feind oder Freund? Russische Sicherheitspolitik“ (Elena Kropatcheva)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Communication Patterns in Foreign Policy – A Comparison between the U.S. and Germany“, (Sybille Reinke de Buitrago)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar/Exkursion „Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen (Patricia Schneider zusammen mit Dr. Michael Rudloff)
- Universität Hamburg/M.P.S., in Kooperation mit der Universität Skopje/Akademisches Netzwerk Südosteuropa „Macedonia: Security Sector Reform. Between Post-Conflict Peace-Building and EU-Integration“ (Patricia Schneider)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Wie funktionieren Streitkräfte? Das Beispiel Bundeswehr“ (Armin Wagner)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik/ OSZE“ (Wolfgang Zellner)



Besucher beim Nachmittag der offenen Tür am 30. Oktober 2007



6. Service

6.1 Öffentlichkeitsarbeit

Entsprechend seinem Satzungsauftrag soll sich das Institut neben der friedenswissenschaftlichen Arbeit im engeren Sinne der „Bestandsaufnahme und laufenden Orientierung über die sicherheits- und friedenspolitischen Themen in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und in eigenen Publikationsmedien“ widmen (quantitative Aufstellungen zu den entsprechenden Aktivitäten im Einzelnen finden sich im Statistischen Anhang).

2007 wurde wie in den Vorjahren eine große Anzahl von Anfragen an das Institut gerichtet. Der Kreis der Anfragenden ist außerordentlich breit und spiegelt das große gesellschaftliche Interesse an der Arbeit des IFSH wider. Insbesondere die Medien haben naturgemäß einen hohen Anteil an Anfragen um Hintergrundinformationen, Interviews und schriftliche Beiträge. Den größten Anteil machten öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender sowie Printmedien aus; aber auch im Fernsehen war das IFSH präsent.

Im Berichtszeitraum waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts Interviewpartner und Gäste u.a. folgender Fernsehsender bzw. Sendungen: ARD (Panorama, Report, Morgenmagazin), ZDF (heute, nano, Frontal 21), Arte, 3SAT, NDR (Hamburg Journal), SWR-Fernsehen, Phönix, RTL, ntv, DW-TV, Eins Extra, SAT1, N24, und XXP.

Die Rundfunksparten von NDR, WDR, HR, BR, SWR, ODR, MDR, RBB, gehörten ebenso zu den häufigen „Medienkunden“ des IFSH wie Deutschlandradio, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Darüber hinaus kamen zahlreiche Anfragen von privaten Rundfunksendern und Agenturen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH waren u.a. in folgenden Printmedien mit Interviews und Artikeln vertreten: FAZ, taz, Süddeutsche Zeitung, Thüringer Allgemeine, Stuttgarter Zeitung, Tagesspiegel, Kieler Nachrichten, Südwestpresse, Weserkurier, Freie Presse Chemnitz, Geo, Berliner Zeitung. Internationale „Auftritte“ gab es u.a. in der Washington Post, den Salzburger Nachrichten, bei Radio Teheran und im Schweizer Rundfunk.

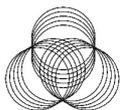
Neben den Medien wenden sich aber auch u.a. Gewerkschaften, Parteien und ihre Jugendorganisationen, Schulen, kirchliche Gruppen, Bundeswehreinrichtungen, Volkshochschulen, Friedensgruppen und Erwachsenenbildungsstätten immer wieder mit Bitten um Referenten und Materialien an das Institut.

Thematisch lagen die Schwerpunkte der Anfragen vor allem auf dem aktuellen Konfliktgeschehen. Im Jahr 2007 konzentrierte sich das Interesse auf Themen wie das geplante amerikanische Raketenabwehrsystem in Europa, die Lage im Irak und in Afghanistan, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das iranische Atomprogramm, die Rolle der Bundeswehr in internationalen Friedenseinsätzen, der internationale Terrorismus, der Israel/Palästinakonflikt, die Rolle der EU als internationaler Akteur, die Zukunft der OSZE sowie spezifische rüstungskontroll- und -exportpolitische Probleme.

Im Berichtszeitraum hat das Institut einen kurzen Film über seine Geschichte und die gegenwärtige und zukünftige Arbeit drehen lassen, der im Rahmen der Einweihung des Hauses Beim Schlump 83 gezeigt wurde, aber auch für Besuchergruppen Verwendung findet. 2008 soll er – wenn



Wissenschaftssenator Jörg Dräger und Michael Brzoska in der Hamburger Landesvertretung in Berlin bei der Veranstaltung „Zukunft des Kosovo“ am 8. Oktober



Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg (IFSH)



Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel.: (040) 866 077 0
Fax: (040) 866 36 15
www.ifsh.de



technisch machbar – auf die Website des IFSH gestellt und so einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Des Weiteren sind im Laufe des Jahres 2007 eine Reihe von Informationsmaterialien über das Institut entstanden, z.B. Poster über die Arbeitsbereiche und einzelne Projekte, eine Broschüre „Das IFSH auf einen Blick“ sowie ein Flyer über das Institut, die der Kurzinformation von Interessierten und Gästen dienen.

6.2 Verein zur Förderung des IFSH

Am 28. Januar 1997 wurde auf Initiative von Staatsrat a.D. Dr. Heinz Liebrecht und des damaligen Bürgerschaftsabgeordneten der STATT-Partei, Georg Berg, der „Verein zur Förderung des Instituts für Friedensforschung e.V.“ (VFIF) gegründet.

Der Verein will die Arbeit des Instituts durch die Vermittlung der Arbeitsergebnisse in Politik und Öffentlichkeit sowie die Einwerbung zusätzlicher Finanzmittel fördern. VFIF lädt zu Vortrags- und Diskussionsrunden ein und unterstützt das Institut bei der Durchführung von Veranstaltungen.

Die Mitglieder werden zu den Veranstaltungen des IFSH und des Fördervereins eingeladen und erhalten den Rundbrief „ifsh-aktuell“.

Dem Vorstand von VFIF gehören an:

Liane Bayreuther-Lutz (Vorsitzende)
Andrea Wist (Stellvertretende Vorsitzende)
Prof. Dr. Herbert Wulf (Schriftführer)
Dr. Reinhard Mutz (Schatzmeister)
Prof. Dr. Michael Brzoska (Wissenschaftlicher Direktor des IFSH)

Im Berichtszeitraum beteiligte sich der Verein u.a. an der Nachwuchsförderung den Kosten für den IFSH-Informationenfilm.

6.3 Bibliothek, Dokumentation und Homepage

Bibliothek

Die Bibliothek des IFSH versorgt in erster Linie die Wissenschaftler und Doktoranden, die Studierenden des Studiengangs M.P.S. sowie seit neuesten die Mitarbeiter des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) mit Literatur, steht jedoch auch den Studierenden der Hamburger Hochschulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Benutzung offen.

Der Bestand der Bibliothek umfasst 27.374 Bände und 134 laufend gehaltene Zeitschriften (Stand 31.12.2007). Der Zugang betrug 568 Bände, davon wurden 39 aus Drittmitteln erworben und 399 im Tausch erhalten bzw. als Geschenk erbeten. 61 Bände und 13 Aufsätze wurden aus Hamburger Bibliotheken entliehen oder über Fernleihe und Dokumentenlieferdienste beschafft.

Der Umzug der IFSH-Bibliothek im Juni 2007 in neue, aber kleinere Räumlichkeiten mit weniger Regalfläche machte eine Bestandsreduzierung notwendig. So wurden 1510 Bände, überwiegend Altaufgaben, Mehrfachexemplare und sachfremde Literatur, ausgesondert.



MPS-Jahrgänge 2006/2007 und 2007/2008 mit Patricia Schneider und Hans-Joachim Gießmann



Die Kompaktregale im Bibliotheksmagazin werden aufgebaut.



Die OSCE Depository Library in der Bibliothek des IFSH

Die Bibliothek des IFSH umfasst auch eine *OSCE Depository Library*, in der Literatur der und über die OSZE systematisch gesammelt wird. Die Bibliothekarin erstellt regelmäßig die Bibliographie des OSZE-Jahrbuchs sowie die OSZE-Online-Bibliographie auf der CORE-Homepage.

Der Bibliotheksbestand kann ab 1971 in Auswahl und ab 1994 vollständig über den Campus-Katalog recherchiert werden. Längerfristig ist geplant auch die Bestände vor 1994 vollständig im Campus-Katalog aufzunehmen.

Dokumentation

Seit 2000 nimmt das IFSH am „Fachinformationsverbund Internationale Politik und Länderkunde (FIV)“ teil – einem Zusammenschluss der wissenschaftlichen Dokumentationen von zwölf unabhängigen deutschen Forschungsinstituten und einem skandinavischen Forschungsinstitut, die ein gemeinsames Informationsnetzwerk bilden.

Das gemeinsame Produkt dieser Institute ist die Datenbasis World Affairs Online (WAO), die eine der größten sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbanken in Europa darstellt. Sie verfügt über 665.000 Literaturnachweise – vorzugsweise Zeitschriften- und Buchaufsätze sowie graue Literatur – deren thematische Schwerpunkte auf globalen und regionalen, außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen liegen. Neben frei zugänglichen Internetquellen und Online-Katalogen der SUB Hamburg stellt die elektronische Datenbank des FIV die wichtigste Quelle für die fachbezogenen Literaturrecherchen der IFSH-Dokumentation dar.

Die Dokumentation betreut die gemeinsam mit dem Graduate Institute of International Relations (Genf) aufgebaute Informations-Website OSCE Networking. <http://www.isn.ethz.ch/osce/>.

Das IFSH ist seit 2003 an Aufbau und der Pflege eines Fachinformationsführers für Internetquellen aus dem Bereich Friedensforschung und Sicherheitspolitik beteiligt, der im Rahmen des DFG-geförderten Projekts „Virtuelle Fachbibliothek“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg initiiert wurde. Die Links können unter: <http://www.vifapol.de/systematik/pea/> eingesehen werden. Das IFSH ist in diesem Rahmen auch Kooperationspartner des Verbundes „Academic Linksharing“ <http://www.academic-linkshare.de/>.

Homepage

Wie bereits im Vorjahr wurde die Homepage des Instituts im Berichtszeitraum rege genutzt; bei 538.298 Besuchen machten Nutzer vom Internet-Angebot des IFSH (inkl. CORE) Gebrauch und riefen über eine Million Seiten auf. Besonders stark nachgefragt waren – neben der Startseite – die deutschen und englischen Informationen zum Studiengang M.P.S. (s.a. Kap. 5.1.) sowie die Publikationen, das Profil und die Informationen über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 98 Prozent der Besucher, wurden über Google auf die Websites des Instituts verwiesen.



Rudolf Hamann (l.) und Hans-Joachim Gießmann



7. Personal und Gremien

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der Wissenschaftliche Direktor.

7.1 Kuratorium

Am 15. November 2007 trat die neue Satzung des IFSH in Kraft, die eine geänderte Zusammensetzung des Kuratoriums vorsieht. Dem Gremium gehören an: der Präses der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Behörde als Vorsitzende bzw. Vorsitzendem, die Präsidentin bzw. der Präsident der Universität Hamburg, vier von der Universität Hamburg benannte Vertreterinnen bzw. Vertreter, bis zu drei Vertreter aus dem öffentlichen Leben Hamburgs, die vom Kuratorium gewählt werden, sowie der bzw. dem Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats. Das **Kuratorium** des IFSH tagte im Berichtszeitraum dreimal. Es setzte sich 2007 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Staatsrat *Dr. Roland Salchow*, Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzender)
- *Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Auweter-Kurtz*, Präsidentin der Universität Hamburg (Stv. Vorsitzende)
- *PD Dr. Stephan Albrecht*, Forschungsschwerpunkt BIOGUM (bis Oktober 2007)
- *Niels Annen*, MdB
- *Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer*, FB Informatik, Arbeitsbereich Kognitive Systeme
- *Prof. Dr. Martin Kalinowski*, ZNF (seit November 2007)
- *Antje Möller*, MdHBü
- *Prof. Dr. Rolf von Lüde*, Department Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie
- *Berndt Röder*, Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft
- *Michael Schaaf*, Studierendenvertreter
- *Dr. Michael Schöberl*, Institut für Statistik und Ökonometrie (von April bis November 2007)
- *Prof. Dr. Rainer Tetzlaff*, Department Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft (bis Oktober 2007).

7.2 Wissenschaftlicher Beirat

Mit Inkrafttreten der neuen Satzung des IFSH konnte im Berichtszeitraum mit der Neubesetzung des **Wissenschaftlichen Beirats** begonnen werden (zu Aufgaben und Zusammensetzung des Beirats s. Satzung des IFSH unter: www.ifsh.de). Im Dezember 2007 schlug das Kuratorium dem Präses der Behörde für Wissenschaft und Forschung folgende Personen zur Berufung vor:

- Prof. Dr. Thomas Bruha* (Universität Hamburg)
- Prof. Dr. Susanne Feske* (Universität Münster)
- Gunilla Herolf*, PhD (SIPRI)
- Prof. Dr. Cord Jakobeit* (Universität Hamburg)



Dr. Roland Salchow,
Vorsitzender des Kuratoriums



Prof. Dr. Thomas Bruha, Mitglied des
Wissenschaftlichen Beirats, beim Vortrag
in der Landesvertretung Hamburg am 8.
Oktober 2007.



Die erste Sitzung des neuen Wissenschaftlichen Beirats soll Anfang 2008 stattfinden.

7.3 Institutsrat

Der **Institutsrat** tagte im Berichtszeitraum einmal.

Die neue Satzung des IFSH regelt auch die Funktionen des Institutsrat neu. Nach Inkrafttreten der Satzung wurden Regina Heller als Vertreterin der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Marietta König als Vertreterin des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Hilfskräfte sowie Graeme Currie als Vertreter des nichtwissenschaftlichen Personals in den Institutrat gewählt.

7.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2007:

Institutsleitung:

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Brzoska

Stv. Wiss. Direktor: Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Stv. Wiss. Direktor: Dr. Wolfgang Zellner

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Dr. Erwin Müller † (verstorben am 22.10.2007)

Prof. Dr. Götz Neuneck

Ursel Schlichting, M.A.

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Dr. Marcel Dickow (seit April 2007)

Dr. Frank Evers

Dr. Martin Kahl

Dr. Anna Kreikemeyer

Dr. Oliver Meier

Dr. Patricia Schneider

Axel Schwanhäüßer, M.P.S. (bis November 2007)

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordneter der Streitkräfte:

Oberstleutnant i.G. Dr. Armin Wagner

Senior Research Fellows:

Dr. Margret Johannsen

PD Dr. Reinhard Mutz

Dr. Arne C. Seifert

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

Fellows:

Dr. David Aphrasidze

Bernt Berger, M.Ph.

Christian Mölling, Dipl.-SozWiss.

Dr. Bernhard Rinke

Fausta Šimaityte (seit Juli 2007)

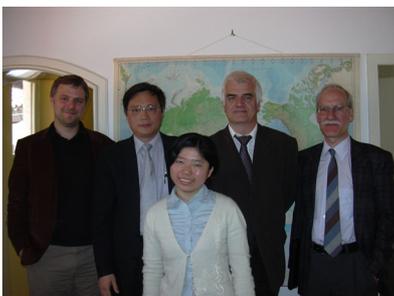
Dr. Thorsten Stodiek (Sept. bis Dez. 2007)

Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler:

Dr. Elena Andreevska (Okt. Bis Dez. 2007)

Prof. Xu Poling (seit Dezember 2007)

Prof. Feng Shao Lei (November 2007)



Prof. Feng Shao Lei (2.v.l.) mit Bernt Berger, Hans-Joachim Gießmann, Hans-Georg Ehrhart und Frau Zhou Jinyan (MPS)



Li Xin (Oktober 2007)
Prof. Yu Huachuan (April bis November 2007)
Paul White (seit Oktober 2007)
Oberst Zhongqin Zhao (Januar bis März 2007)

Doktorandinnen/Doktoranden:

Dennis Bangert, Dipl. soz. ök. (seit Oktober 2007)
Goran Bandov, Dipl. jur., M.P.S.
Heiko Fürst, M.A. (Abschluss November 2007)
Dennis Gratz, M.A. (Abschluss April 2007)
Regina Heller, Dipl.-Pol. (Abschluss August 2007)
Afrim Hoti, M.A.
Gunnar Jeremias, Dipl. Pol., M.P.S.
Janina Johannsen, Dipl. Pol. (seit April 2007)
Marietta König, M.A.
Elena Kropatcheva, M.A., M.P.S.
Isabelle Maras, M.A.
Naida Mehmedbegovic, M.A., M.P.S.
Jens Narten, Dipl.-Sozialwiss.
Delia Rahmonova-Schwarz, M.A.
Sybille Reinke de Buitrago, M.A.
Solveig Richter, M.A. (Abschluss November 2007)
Sebastian Schiek, M. A. (seit April 2007)
Katrin Simhandl, M.A. (Abschluss Mai 2007)
Jan Stupl, Dipl. Phys.
Emir Suljagic, M.A.
Isabelle Tannous, M.A.
Merle Vetterlein, Dipl.-Pol.

Support:

Nisha Arumugarajah
Özgür Bagkan (seit November 2007)
Henrike Fischer-Brügge (Okt. bis Dez. 2007)
Fabian Giglmaier (bis August 2007)
Mirko Guth (Juli-August 2007)
Mayeul Hiéramente (seit November 2007)
Barbara Kauffmann
Niels Kreller
Volker Laas (bis September 2007)
Eray Öztürk (seit Oktober 2007)
Jochen Rasch
Dr. Eckhardt Schlopsna
Carsten Walter

Sekretärinnen:

Annelisa Cotone (seit September 2007)
Gunda Meier (bis Mai 2007)
Heinke Peters (bis August 2007)

Redaktion/Übersetzungen:

Graeme Currie, M.A.
Daria Filippov
Elizabeth Hormann (extern)

Bibliothek:

Ute Runge, Dipl. Bibl.



Doktoranden: Jens Narten, Regina Heller (Abschluss 2007), Marietta König, Merle Vetterlein

Weiterführende Informationen (Projekte, Veröffentlichungen, Kontaktdaten) unter:
<http://www.ifsh.de/IFSH/personal/ma.htm>



Dokumentation:

Uwe Polley, Dipl.-Pol.

Verwaltung:

Heidmarie Bruns (bis Februar 2007)

Britta Fisch (seit März 2007)

Jutta Stropahl



Britta Fisch ist seit März 2007 für die
Verwaltung des Instituts zuständig



8. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 2007 insgesamt elf Bücher veröffentlicht und mit 186 Beiträgen, darunter 19 in referierten Zeitschriften und Büchern (neun nach Blind- und zehn nach anderen Peer-Review-Verfahren), an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen.

Das Institut ist seit 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens und gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch in deutscher englischer und russischer Sprache heraus.

Darüber hinaus werden – zusätzlich zu Friedensgutachten und OSZE-Jahrbuch – kontinuierlich Herausgeber-, Redaktions- und Lektoratsarbeiten wahrgenommen. Die Zeitschrift „Sicherheit und Frieden (S+F)“ der Nomos-Verlagsgesellschaft hat im Berichtszeitraum ihren langjährigen Chefredakteur und Mitherausgeber Erwin Müller verloren, der im Oktober 2007 verstarb. Seine Nachfolge tritt Patricia Schneider an, die von Bernhard Rinke und Susanne Bund unterstützt wird.

Die Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden wird von Hans-Joachim Gießmann herausgegeben und von Susanne Bund redaktionell betreut.

8.1 IFSH-Reihen

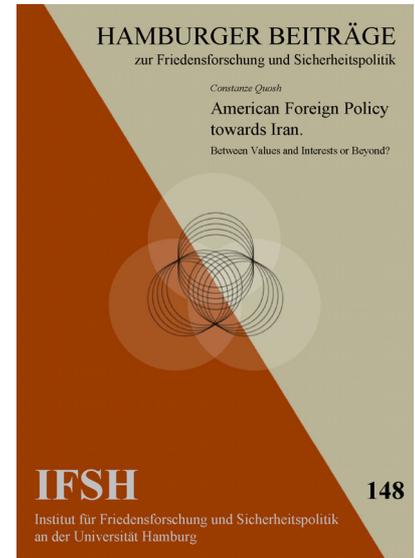
Das IFSH selbst gibt drei Reihen heraus: Die „Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die „Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht. Ergänzt werden diese beiden Reihen durch den Rundbrief „IFSH-aktuell“. IFSH-aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form durch aktuelle Stellungnahmen sowie über neue Projekte, Veranstaltungen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Seit 2006 gibt es eine englische Kurzfassung von IFSH-aktuell, die IFSH-News, die ausschließlich elektronisch verbreitet wird. Für die „Hamburger Beiträge“ ist Armin Wagner verantwortlich; die Qualitätskontrolle obliegt außerdem dem Redaktionsrat, dem Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart und Wolfgang Zellner angehören. IFSH aktuell wird von Anna Kreikemeyer zusammengestellt.

Im Berichtszeitraum sind drei „Hamburger Beiträge“, ein Heft der „Hamburger Informationen“ sowie fünf Ausgaben von IFSH aktuell erschienen.

Alle IFSH-Reihen finden sich auf der Homepage des Instituts und können eingesehen und heruntergeladen werden (<http://www.ifsh.de/>). In begrenztem Umfang sind sie in gedruckter Form kostenlos erhältlich.

Das Zentrum für OSZE-Forschung publiziert drei Reihen: *CORE Working Papers*, *CORE News* und den *CORE Annual Report*. Diese werden an einen begrenzten Verteiler in Papier- und einen breiteren in elektronischer Form kostenlos abgegeben. Sie sind auch über die *CORE-Website* (www.core-hamburg.de) erhältlich.

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und neue Technologien (IFAR) verbreitet die *IFAR Working Papers* in elektronischer Form; sie können unter www.ifsh.de/IFAR/serv_bp.htm eingesehen und heruntergeladen werden.





Finanzielle Förderung erfahren die Publikationen des Instituts durch die Freie und Hansestadt Hamburg.

8.2 Friedensgutachten

Seit 1987 ist das IFSH Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens. Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der fünf wissenschaftlichen Institute für Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland: des IFSH in Hamburg, des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/M. und des International Center for Conversion (BICC) in Bonn. Internationale Konflikte und aktuelle Friedensgefährdungen werden kontinuierlich beobachtet und untersucht. Auf diese Einzelanalysen stützt sich die Stellungnahme der Herausgeber. Sie bündelt und gewichtet die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die friedens- und sicherheitspolitische Praxis mit besonderem Blick auf Handlungsoptionen der europäischen und der deutschen Politik. Über die Bilanzierung konfliktpolitischer Entwicklungen hinaus will das Friedensgutachten Ursachen- und Wirkungszusammenhänge verdeutlichen, Lösungsansätze aufzeigen und zur eigenständigen Urteilsbildung ermutigen.

Friedensgutachten 2007

Die Analyse militärischer Auslandseinsätze steht im Mittelpunkt des Friedensgutachtens 2007. Während der Umbau der Bundeswehr von der Verteidigungsarmee zur „Armee im Einsatz“ abgeschlossen ist, reicht die Unklarheit, was genau darunter zu verstehen ist, vom Bürger bis zum Bundespräsidenten. Gründe und Begründungen für die Entsendung von Soldaten in Krisengebiete stimmen nicht immer überein. Das Vertrauen in Streitkräfte als adäquatem Mittel weltweiter Krisenbewältigung nimmt ab. Wenn die Befriedung von Gewaltkonflikten zwischen Staaten und in Gesellschaften das Ziel ist, muss der Prüfstein für Legitimität und Effizienz die nachhaltige Transformation kollektiver organisierter Gewalt in friedliche Formen der Konfliktbearbeitung sein. Daran wäre die Implementierung militärischer Missionen zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.

Angesichts hoher Kosten und steigender Risiken fordert das Jahresgutachten 2007 der fünf deutschen Institute für Friedens- und Konfliktforschung die kontinuierliche Evaluierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr, wie sie für ziviles internationales Engagement, z.B. in der Entwicklungszusammenarbeit, längst selbstverständlich ist. Für die Entscheidungsbildung über künftige Missionen empfiehlt es konkrete Kriterien.

Während die Aufwendungen für Streitkräfte und Rüstungen in der Welt 2006 mit über 1,2 Billionen Dollar ein neues Allzeithoch erreichten, bleiben die Erfolge des Einsatzes militärischer Mittel immer häufiger hinter den gesetzten Erwartungen zurück. Alle Kernwaffenstaaten missachten ihre Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag. Sie untergraben damit das Nichtverbreitungsregime und verleiten Diktaturen, sich vor erzwungenen Regimewechseln durch eigene Rüstungsaktivitäten zu schützen. Der Irakkrieg hat sie darin bestärkt. Außerhalb des Themenschwerpunkts befasst sich das diesjährige Gutachten mit der Konfliktvirulenz in drei kritischen Weltregionen, dem Mittleren Osten, dem asiatisch-pazifischen Raum und Afrika.





Die fünf Institute stellten das Friedensgutachten 2007 am 14. Juni vor der gut besuchten Bundespressekonferenz in Berlin vor. Entsprechend breit war die öffentliche Resonanz. Im Deutschen Bundestag erörterten die Herausgeber ihre Folgerungen und Empfehlungen mit Abgeordneten des Auswärtigen, des Verteidigungs- und des Ausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die erstmalige Förderung des Jahrbuchs durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung ermöglichte ein großzügigeres Layout und verstärkte Bemühungen um öffentliche Vermittlung. Die Einzelanalysen aus dem IFSH stammen von Michael Brzoska, Hans J. Gießmann, Margret Johannsen, Oliver Meier und Reinhard Mutz. Mitherausgeber für das IFSH ist Reinhard Mutz.

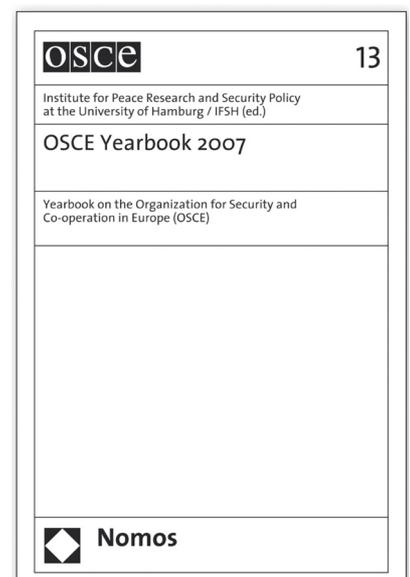
8.3 OSZE-Jahrbuch

Das OSZE-Jahrbuch erscheint seit 1995 in deutscher, englischer und russischer Sprache. Herausgeber der Jahrbücher ist das IFSH in Kooperation mit Botschafter a.D. Jonathan Dean, Dr. Pál Dunay, Prof. Dr. Victor-Yves Ghebali, Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld und Dr. Andrei Zagorski. Die Redaktion hat ihren Sitz am IFSH. Chefredakteurin ist Ursel Schlichting, redaktionelle Aufgaben und Übersetzertätigkeiten werden außerdem von Susanne Bund, Graeme Currie, Elena Kropatcheva, Lena Kulipanova und Inna Shakhrai wahrgenommen. Die deutsche und die englische Ausgabe erscheinen im Nomos-Verlag, Baden-Baden, die russische Ausgabe wird im Verlag „Prawa Tschelowjeka“ in Moskau veröffentlicht.

Das Jahrbuch, das keine offizielle OSZE-Publikation ist, erfährt vielfältige ideelle Unterstützung, insbesondere vom Generalsekretär der OSZE in Wien, von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OSZE sowie von den verschiedenen Einrichtungen der OSZE. Das Auswärtige Amt finanziert den Druck des Jahrbuchs und übernimmt einen Teil der Personalkosten. Es unterstützt darüber hinaus die Verteilung von Freiemplaren u.a. an Außenministerien und OSZE-Einrichtungen sowie an Universitäten und Bibliotheken. Das OSZE-Jahrbuch dient an der OSZE-Akademie in Bischkek, am Moscow State Institute for International Relations (MGIMO) und an weiteren Hochschulen in der GUS als Lehrbuch.

OSZE-Jahrbuch 2007

Zwei brisante Themen hielten die OSZE im Jahr 2007 in Atem: die Suspendierung des KSE-Vertrags durch Russland und die Kosovo-Statusfrage. Der erste Abschnitt des Buches beginnt daher mit Wolfgang Zellners Überlegungen zu den Auswirkungen eines möglichen Zusammenbruchs des KSE-Vertragsregimes. Im Anschluss daran diskutiert Marietta S. König die möglichen Folgen des Scheiterns der Verhandlungen über den zukünftigen Status des Kosovo für die Beziehungen zwischen der EU und Russland. Im Kapitel „Entwicklungen und Perspektiven der OSZE“ zieht Kurt P. Tudyka eine kritische Bilanz der Ministerratstreffen der letzten Jahre. Im selben Kapitel analysieren Alyson J.K. Bailes, Jean-Yves Haine und Zdzislaw Lachowski die nicht immer einfachen Beziehungen zwischen der OSZE und der EU. Im Kapitel über die Interessen und das Engagement der OSZE-Teilnehmerstaaten stellen Liviu Aurelian Bota und Traian Chebeleu Rumänien vor. Vesko Garčević betrachtet die Beziehungen zwischen der OSZE und ihrem jüngsten Teilnehmerstaat,





Montenegro, und Marat A. Sarsembajew erläutert die 2007 vorgenommene Reform des Wahlsystems in Kasachstan.

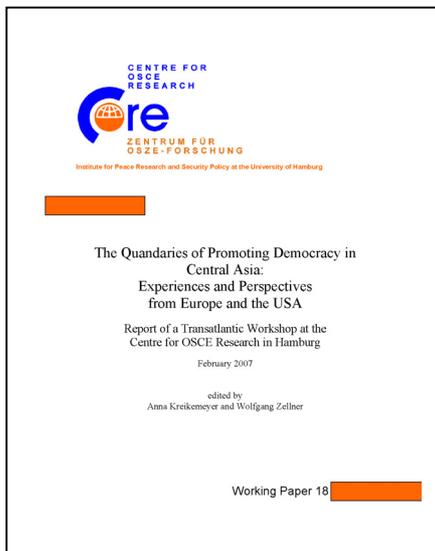
Der zweite Teil des Jahrbuchs ist den Aufgaben der OSZE in ihren drei Dimensionen von Sicherheit gewidmet und beschreibt zunächst die Instrumente, Mechanismen und Verfahren, die der Organisation zur Konfliktverhütung und -bearbeitung zur Verfügung stehen. Im Kapitel „Konfliktprävention und Streitschlichtung“ hinterfragen Manja Nickel und Danijela Cenac zunächst kritisch die Rückzugsstrategie der OSZE-Mission aus Kroatien. Ibrahim Djikić stellt das OSZE-Zentrum in Aschgabad vor und Miroslav Jenca beschreibt die Arbeit des OSZE-Projektkoordinators in Usbekistan. Während Herbert Salber und Alice Ackermann das Südosteuropa-Konzept der OSZE näher beleuchten, übt Arne C. Seifert in seinem Beitrag Kritik an den Transformationsbemühungen der OSZE in Zentralasien.

Die „menschliche Dimension“ der OSZE und hier vor allem der Tätigkeitsbereich „Toleranz und Nichtdiskriminierung“ bilden den diesjährigen Themenschwerpunkt. Dieter Boden zeichnet Entstehung und Entwicklung des Themas als rasch an Bedeutung gewinnenden Arbeitsbereich der OSZE nach; Wolfgang Benz geht der Frage nach, was getan werden kann und muss, um den weit verbreiteten Antisemitismus in den Staaten der OSZE zu überwinden. Ömür Orhun befasst sich mit der zunehmenden Diskriminierung von Muslimen und Ulrich Kinitz behandelt in seinem Beitrag die Bekämpfung von Hasskriminalität aus der Sicht der Polizei. Jo-Anne Bishop stellt das Programm zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte vor, Marc Perrin de Brichambaut, Generalsekretär der OSZE, schildert die Beteiligung der OSZE an der VN-Initiative „Allianz der Zivilisationen“. Markus A. Weingardt fragt schließlich nach dem Beitrag, den Religionen zum Dialog der Kulturen leisten können.

Im Kapitel über kooperative Sicherheit befasst sich Kevin Carty mit der Arbeit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten im OSZE-Sekretariat; Andrey Cottey diskutiert die demokratische Kontrolle von Streitkräften in den Staaten der OSZE, ob und inwieweit auf diesem Gebiet Fortschritte zu verzeichnen sind, und Pál Dunay fragt nach der Zukunft der Rüstungskontrolle in Europa.

Bernard Snoy und Marc Baltes begründen im Kapitel über wirtschaftliche Transformation und die Begrenzung neuer Risiken, warum Umweltsicherheit auch künftig zu den wichtigen Herausforderungen für die OSZE zählen wird; Ina Jurasin, Nina Lindroos-Kopolo und Philip Reuchlin widmen sich den ökonomischen Aspekten von Migration und abschließend stellt Christopher Michaelsen die Frage, welche Rolle nichtsstaatliche Organisationen bei der Terrorismusbekämpfung spielen können.

Im Anhang des Jahrbuchs finden sich wichtige Daten und Fakten zu den 56 Teilnehmerstaaten, eine kurze Chronologie, eine umfassende Literaturauswahl zur OSZE sowie die Ende 2006 verabschiedete neue Geschäftsordnung der OSZE.





8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2007*

IFSH

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2006, Baden-Baden 2007.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2007.
- Institut issledovanija problem mira i politiki besopasnosti pri universitete Gamburga/Moskovskii gosudarstvennyi institut meshdunarodnych odnoschenii (universitet), Eschegodni OBSE 2005, Moskau 2007.
- Jahresbericht/Annual Report 2006, Hamburg 2007, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/JB2006.pdf> und <http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/JB2006en.pdf>.
- IFSH-aktuell 65/2007. Februar 2007. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell65en.pdf>.
- IFSH-aktuell 66/2007. Mai 2007. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell66en.pdf>.
- IFSH-aktuell 67/2007. Juli 2007. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell67en.pdf>.
- IFSH-aktuell 68/2007. September 2006. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell68en.pdf>.
- IFSH-aktuell 69/2007. November 2007. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell69en.pdf>.
- Das IFSH auf einen Blick, Hamburg 2007, 15 S.
- CORE Annual Report 2007, Hamburg 2007, 27 S.
- Kommission "Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" am IFSH, Auslandseinsätze der Bundeswehr: Viele Bedingungen müssen erfüllt sein, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2007, S. 153-155.

Bandov, Goran

- Ethnocentrizam i njegova interakcija sa globalizacijskim procesima [Ethnozentrismus und seine Interaktion mit Globalisierungsprozessen], in: Tatalović, Siniša (Hrsg.): Etničke manjine i sigurnost u procesima globalizacije [Die ethnischen Minderheiten und die Sicherheit in Globalisierungsprozessen], Politička kultura, Centar za sigurnosne studije, Zagreb 2007, S. 57-66.

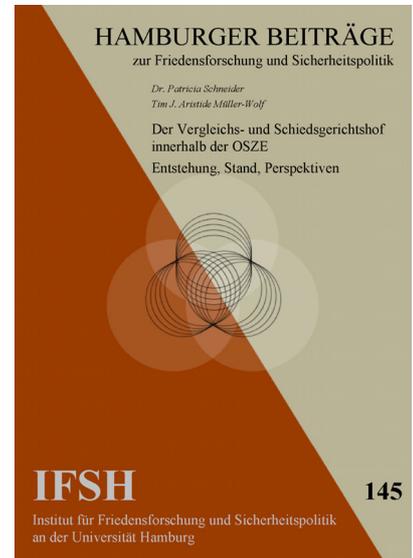
Bernt Berger

- EU-China-Africa trilateral development cooperation – Common challenges and new directions, German Development Institute, Discussion Paper (2007) (mit U. Wissenbach).
- Why China has it wrong on Burma, in: Asia Times vom 3. Oktober 2007.
- Aspects and limitations of Sino-European Security Cooperation, in: Friedrich-Ebert-Stiftung/ Shanghai Institute for International Studies, The current Situation and Future Prospects of Asia-Europe Security Cooperation, Shanghai (2007).
- Rethinking China's Engagement in Africa, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2007, S. 147-152.
- From strategic triangle to tripartite stakeholdership, in: Jung, W. (Ed.), The new strategic triangle: China, Europe and the United States in a changing international system, KAS Schriftenreihe 76/2007.

Michael Brzoska

- Security Sector Reform in Peace Support Operations, London 2006 (Hrsg. Zusammen mit David Law).*
- Success and Failure in Defense Conversion in the 'Long Decade of Disarmament', in: Todd Sandler/Keith Hartley, Handbook of Defense Economics II, Amsterdam, North Holland, 2007. S. 1180-1209. *
- Definitions of armed conflicts and wars – still reliable?, in: SIPRI Yearbook 2007, Oxford 2007. *
- Erfolge und Grenzen von Friedensmissionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 16-17/2007, S. 32-38.
- Friedensmissionen in Afrika, in: Die Friedenswarte 1/2007, S. 87-106.*

* Referierte Beiträge nach anonymem Begutachtungsverfahren sind mit * gekennzeichnet, nach nicht anonymer Fachbegutachtung mit **.





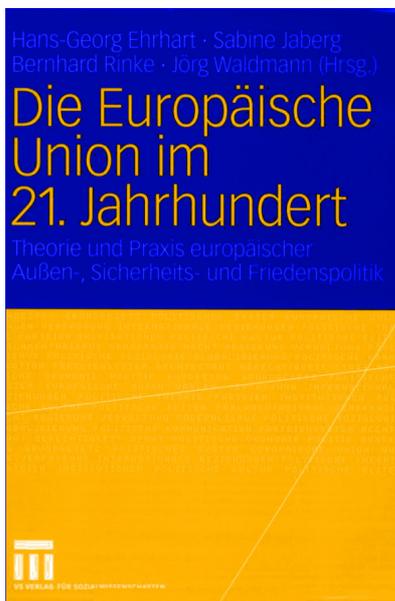
- Sind militärische Interventionen ihr Geld wert?, in: Bruno Schoch/Andreas Heine-
mann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgut-
achten 2007, Münster 2007, S. 75-85. **
- The Protection of the European Defence Technological and Industrial Base. Briefing
Paper. European Parliament, Directorate General External Policies of the Union,
Brussels, October 2007.**
- Konflikte und Kriege der Zukunft, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.) Innere Führung für
das 21. Jahrhundert, Paderborn, 2007, S. 43-52.
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung. Rüstungsexportbericht 2007.
GKKE Schriftenreihe 2007. Bonn 2007 (Mitautor).
- Ressourcenknappheit und Ressourcenüberfluss, in: Friedensforum 5-6/2007. S. 37-38.
- Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre
Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara, Osnabrück
2007 (Forschung DSF, 7) (zusammen mit Wolf-Christian Paes). **
- Kein echter Wettbewerb auf den Rüstungsmärkten? Führungswechsel bei der Euro-
päischen Rüstungsagentur?, in: Streitkräfte und Strategien, 23. September 2007, unter:
<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript36.pdf>.
- The inter-pillar coordination of the Council and the European Commission in support
to reforms in the field of Security Sector Reform, Kurzpapier, BICC, Bonn 2007
(zusammen mit Isabelle Maras).

Marcel Dickow

- Flash Report 2, European Space Policy Institute (ESPI), Security and Defence in the
European Space Policy (ESP), Wien 2007.

Hans-Georg Ehrhart

- Das Internationale Fellowship-Programm Graf Baudissin am IFSH, in: Detlef Bald/
Hans-Günter Fröhling/Jürgen Groß/Claus Frhr. V. Rosen, Was ist aus der Inneren
Führung geworden? Zum hundertsten Geburtstag Wolf Graf Baudissins, Hamburger
Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 146/2007, S. 32-38.
- Ende gut, alles gut? Nach dem EUFOR-Einsatz: Deutschland und die EU müssen sich
weiter in Afrika engagieren, in: Internationale Politik 1/2007, S. 83-87.
- EUFOR RD Congo: a preliminary assessment, in: European Security Review
32/2007, S. 9-12.
- Prüfsteine für Auslandseinsätze, in: Frankfurter Rundschau (Dokumentation) vom 27.
Juni 2007, S. 23 (Mitautor).
- Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-,
Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Festschrift für Reinhard Meyers, Wiesbaden
2007 (Hrsg. zusammen mit Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldmann).
- Einleitung, in: Hans-Georg Ehrhart/Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldmann
(Hrsg.), Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer
Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Festschrift für Reinhard Meyers,
Wiesbaden 2007, S. 7-10.
- Friedensmacht in Aktion? Der Militäreinsatz der EU in der DR Kongo zwischen
Symbolik, Realpolitik und kosmopolitischem Engagement, in: Hans-Georg Ehrhart/
Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldmann (Hrsg.), Die Europäische Union im
21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidi-
gungspolitik, Festschrift für Reinhard Meyers, Wiesbaden 2007, S. 148-161.
- Erfolgsstory EUFOR RD Congo – eine vorläufige Bewertung, in: IFSH, Jahresbericht
2006, Hamburg 2007, S. 11-15.
- Was EUFOR RD Congo a success and what next? A preliminary assessment, in:
IFSH, Annual Report 2006, Hamburg 2007, S. 10-14.
- Sicherheit + Entwicklung = Frieden? Zur Rolle der Entwicklungspolitik in der zivilen
ESVP, BICC Konzeptpapier, Bonn, März 2007 (erstellt für das BMZ).
- OECD DAC Handbook on Security Systems Reform. Supporting Security and Justi-
ce, OECD 2007 (Mitarbeit zusammen mit Michael Brzoska).
- EU-Militäreinsatz im Tschad, NDR-Info, Streitkräfte und Strategien, 22.9.2007, unter
<http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript36.pdf>.
- Zwischen rationalistischem Kalkül und Logik der Angemessenheit: Zur Ethik des
Befriedungskonzepts von VN und EU im Kongo, in: Sicherheit und Frieden (S+F)
3/2007, S. 105-111*.
- Civil-military co-operation and co-ordination in the EU and in selected the Member
States, Studie für das Europa-Parlament. Hamburg, 38. S.
- Jenseits von Darfur: Zum EU-Engagement im Tschad und in der Zentralafrikanischen
Republik, in: Internationale Politik, 12/2007, S. 72-76.



*Heiko Fürst*

- Deutschland, Polen und die GASP: Ambivalente Interessenlage in Mitteleuropa?, in: Thomas Jäger/Daria Dylla (Hrsg.), Deutschland und Polen am Beginn des 21. Jahrhunderts – Partner oder Konkurrenten auf europäischer und internationaler Ebene? Wiesbaden 2007.

Hans-Joachim Gießmann

- Gesellschaftliche Transformations- und Annäherungsprozesse: Kosovo zwischen Vergangenheit und Zukunft. Forschungen im Akademischen Netzwerk Südosteuropa 2005/2006, Hamburger Beiträge Heft 147/2007 (Hrsg. zusammen mit Patricia Schneider).
- „ChIndia“ and ASEAN: About national interests, regional legitimacy, and global challenges, Dialogue on Globalisation, FES-Briefing Paper 7/2007, Mai 2007.
- Abrüstung, adé? Orientierungspunkte deutscher Rüstungskontrollpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Januar 2007 (Kompass Serie 2020).
- Regionalism and Crisis Prevention in (Western) Europe and (Eastern) Asia: a systematic comparison, in: Asia-Pacific Review (Routledge) 2/2007, S. 62-81.*
- Regionale Vernetzung und rivalisierende Mächte im asiatisch-pazifischen Raum, in: Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 2007, Münster 2007, S. 207-218.**
- The Role of NATO in Regional Security Architecture, in: Friedrich-Ebert-Foundation, Current Situation and Future Prospects of Asia-Europe Security Cooperation, Dialogue on Globalization, Shanghai 2007, S. 73-80.
- Mehr Zwietracht als Eintracht? Deutschland, Polen und die europäische Sicherheit, in: Thomas Jäger/Daria Dylla (Ed.), Deutsch-Polnische Beziehungen, Wiesbaden 2007.
- Partnerschaft auf Gratwanderung – Die EU und China, in: Hans-Georg Ehrhart/Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldmann (Hrsg.), Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Festschrift für Reinhard Meyers, Wiesbaden 2007, S. 202-213.
- Friedenspolitik im 21. Jahrhundert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. August 2007 (zusammen mit Egon Bahr und Walther Stützle).
- Die Bundeswehr – ein Instrument der Außenpolitik?, in: Welttrends 55/2007, S. 86-93.*
- Europa im Tarnanzug?, in: Frankfurter Rundschau vom 31. März 2007.

Dennis Gratz

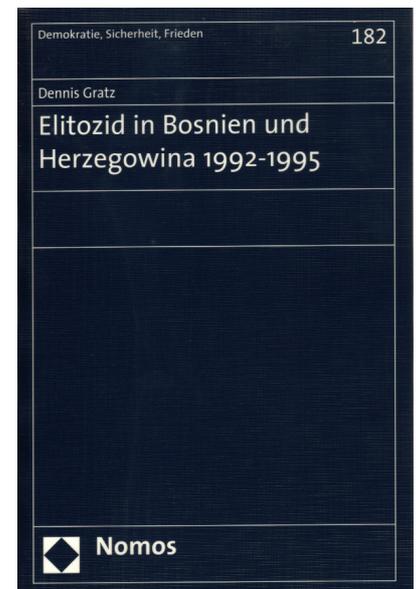
- Elitozid in Bosnien und Herzegowina 1992-1995, Baden-Baden 2007, 277 S. (Demokratie, Sicherheit, Frieden Bd. 182).

Jürgen Groß

- Was ist aus der Inneren Führung geworden? Zum hundertsten Geburtstag Wolf Graf Baudissins, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 146/2007 (Hrsg. zusammen mit Detlef Bald/Hans-Günter Fröhling/Claus Frhr. V. Rosen).
- Innere Führung rangiert vor militärischer Effizienz, in: Detlef Bald/Hans-Günter Fröhling/Jürgen Groß/Claus Frhr. V. Rosen, Was ist aus der Inneren Führung geworden? Zum hundertsten Geburtstag Wolf Graf Baudissins, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 146/2007, S. 29-31.

Regina Heller

- Normensozialisation in Russland – Chancen und Grenzen europäischer Menschenrechtspolitik gegenüber der Russländischen Föderation (Dissertation an der Universität Hamburg), Wiesbaden 2007, 404 S.
- Grenzüberschreitende Kooperation als Chance? Zur Konsistenz der EU-Zentralasienpolitik im Lichte von Konfliktprävention und dem diesbezüglichen Potenzial grenzüberschreitender Kooperation, Kurzpapier, BICC Bonn, September 2007, 11 S. mit Dokumentation.
- Homeland Security and the European Security Strategy. Linking the internal and external dimensions of EU counter-terrorism policy, ISIS Ad-hoc Study, Brussels, Brüssel 2007. 55 S. (zusammen mit Martin Kahl, Paul Cornish, Amal Tarhuni, Jonathan Knight)



*Mayeul Hiéramente*

- Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Internationale Strafverfolgung von Staatseliten: Zwischen Rechtsstreit und Politikum, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2007, S. 65-70 (zusammen mit Patricia Schneider).

Margret Johanssen

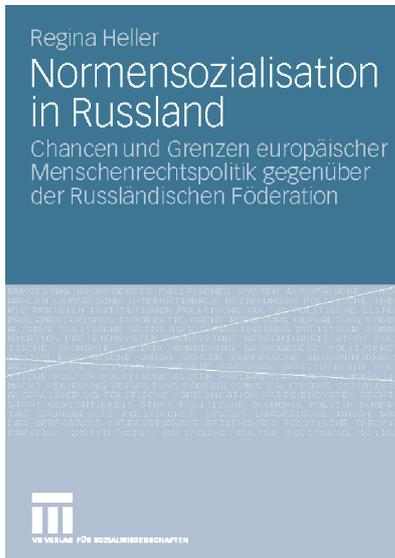
- Das UN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Humanitäre Hilfe als Ersatz für politische Konfliktlösung?, in: Vereinte Nationen 6/2007, S. 228-233 (zusammen mit Laura Ryseck).
- Neue Verhandlungen im Palästina-Konflikt. Reelle Chance oder trügerische Hoffnung?, in: Reader Sicherheitspolitik, Ergänzungslieferung, 12/2007, S. 281-287.
- Palästina: Zwei Regierungen und kein Staat, in: Marxistische Blätter 5/2007, S. 18-22.
- Mutual distrust and threats in the Middle East: Is there a chance for dialogue?, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2007, S. 82-85.
- Sommerkriege 2006. Asymmetrische Kriege und die Zurechnung von Legitimität in der Staatengemeinschaft, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Krisenherd Naher und Mittlerer Osten. Eine Region am Rande des Flächenbrands mit realistischer Friedensperspektive? Friedensbericht 2007, Münster 2007, S. 13-29. **
- Dschihadistan in Palästina?, in: Internationale Politik, 7-8/2007, S. 128-131.
- Kein Bürgerkrieg in Palästina: Chance zum Neueinstieg in den Friedensprozess, in: Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 2007, Münster 2007, S. 184-195. **
- Palästina – Koalition statt Bürgerkrieg, in: Marxistische Blätter 2/2007, S. 19-23.
- Palästina – Palästinensische Verwaltungsbehörde (Palestinian Authority/PA), in: Walter M. Weiss (Hrsg.), Die arabischen Staaten. Geschichte, Politik, Religion, Gesellschaft, Wirtschaft, Heidelberg 2007, S. 236-270 (zusammen mit Susanne Knaul).

Martin Kahl

- ‚Externe Governance‘ der EU, in: Hans-Georg Ehrhart/Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldman (Hrsg.), Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik, Wiesbaden 2007, S. 64-76.
- The European Neighbourhood Policy and Border Security, in: Kai-Olaf Lang/Johannes Varwick (Hrsg.), European Neighbourhood Policy. Challenges for the EU-Policy Towards the New Neighbours, Opladen/Farmington Hills 2007, S. 61-74.
- Quo vadis, G8? – Runder Tisch, in: WeltTrends 55/2007, S. 11-24 (zusammen mit Kathrina Gnath und Sieglinde Gstöhl). **
- Die EU im Kampf gegen den Terrorismus: Eine Zwischenbilanz, in: Reader Sicherheitspolitik 4/2007, Die Bundeswehr vor neuen Aufgaben, Bonn 2007, S. 89-96.
- Homeland Security and the European Security Strategy. Linking the internal and external dimensions of EU counter-terrorism policy, ISIS Ad-hoc Study, Brüssel 2007, 55 S. (zusammen mit Regina Heller/Paul Cornish/Amal Tarhuni/Jonathan Knight).

Marietta König

- Unexpected Home Waters: EU-Engagement in the Wider Black Sea Region, in: Perepiolkin, Lev, Osobennosti politicheskoi situatsii na Kavkaze i podkhody vnezhykh sil (engl. Political Situation in the Caucasus and Approaches of External Forces), International Center for Strategic and Political Studies/Institute of Oriental Studies, Russian Academy of Sciences, Moscow 2007, S. 74-94.
- First Contact with Distant Relatives: EU Activities in the Wider Black Sea Region, in: Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e. V. (KFIBS), English online version 2/2007, 18 S.
- Georgien (Abchasien), in: Wolfgang Schreiber (Hrsg.), Das Kriegsgeschehen 2006. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Wiesbaden 2007.
- Georgien (Südostsetien), in: Wolfgang Schreiber (Hrsg.), Das Kriegsgeschehen 2006. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Wiesbaden 2007.
- Not Frozen but Red Hot: Conflict Resolution in Georgia Following the Change of Government, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2007, S. 85-96.
- Fikret Adanir/Bernd Bonwetsch (Hrsg.), Osmanismus, Nationalismus und der Kaukasus – Muslime und Christen, Türken und Armenier im 19. und 20. Jahrhundert, Wiesbaden 2005 (Rev.), besprochen in: Georgica. Zeitschrift für Kultur und Geschichte Georgiens und Kaukasiens 29/2006-2007, S. 144-148.



*Anna Kreikemeyer*

- Die Widersprüche der Demokratieförderung in Zentralasien. Erfahrungen und Perspektiven aus Europa und den USA. Bericht eines transatlantischen Workshops am Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) in Hamburg, in: CORE Working Papers No. 18, Hamburg 2007 (Hrsg. zus. mit Wolfgang Zellner).
- Wie schreibe ich eine erfolgreiche Masterarbeit? Ein praktischer Leitfaden für Friedens- und Konfliktforscher(innen) und andere Sozialwissenschaftler(innen), Februar 2007, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/studium/Masterarbeit-Hinweise.pdf> (zusammen mit Patricia Schneider).

Isabelle Maras

- ESDP missions and European Union mechanisms for police reform: The Cases of Macedonia (FYROM) and Bosnia-Herzegovina, Kurzpapier, DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) Bericht, New Faces Conference, November 2007.
- The inter-pillar coordination of the Council and the European Commission in support to reforms in the field of Security Sector Reform, Kurzpapier, BICC, Bonn 2007 (zusammen mit Michael Brzoska).

Oliver Meier

- Experts Seek Measures to Control Bioweapons, in: Arms Control Today 8/2007, S. 43-45.
- Schlechtes Geschäft: Der Atomdeal zwischen den USA und Indien, in: Friedensforum 7/2007, S. 35-36.
- U.S. Cuts Tactical Nuclear Weapons in Europe, in: Arms Control Today 7/2007, S. 32-33.
- Internationalisierte Urananreicherung – Erfolgreicher Ansatz, um die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern?, in: Streitkräfte und Strategien, 11. August 2007, unter: <http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript30.pdf>.
- Das Ende der nuklearen Teilhabe? Für NATO-Kernwaffen schwindet der Rückhalt, in: Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/Reinhard Mutz (Hrsg.): Friedensgutachten 2007, Münster 2007, S. 86-97.**
- IAEA, Congress Tackle Nuclear Fuel Supply, in: Arms Control Today 6/2007, S. 30-31 (zusammen mit Miles Pomper).
- Short NPT Meeting Scores Some Success, in: Arms Control Today 5/2007, S. 23-26.
- Nukleare Abrüstung ohne Chance? Die Modernisierung der Atomwaffen und ihre Folgen, in: Streitkräfte und Strategien, 19. Mai 2007, unter: <http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript16.pdf>.
- The Chemical Weapons Convention at 10: An Interview With OPCW Director-General Rogelio Pfrirer, in: Arms Control Today 3/2007, S. 14-18.
- Europeans Split Over U.S. Missile Defense Plans, in: Arms Control Today 3/2007, S. 36-38.
- States Strengthen Biological Weapons Convention, in: Arms Control Today 1/2007, S. 27-29.

Christian Mölling

- EU-Battlegroups. Stand und Probleme der Umsetzung in Deutschland und für die EU, SWP Diskussionspapier, März 2007.
- NATO and EU rapid response: contrary or complementary. CSS Analyses in Security Policy 21/2007.
- Sarkozy's Brave New World: France's foreign security and defence policy, in: European Security Review 35/2007, S. 5-8 (zusammen mit Claudia Major).
- Show us the Way Forward, Astérix. Europe Needs the French Involvement in EDSP, in: Bastien Irondelle: La France: combien de sous-marins nucléaires ? La politique de défense de la France à la veille des élections présidentielles. Dossier Mars/Avril 2007, Centre d'études et de recherches internationales/ Science Po. www.ceri-sciencespo.fr (zusammen mit Claudia Major).

Erwin Müller

- The ICJ 1945-2001: Empirical Findings about its Performance and Recommendations for an Improvement of its Efficiency, in: UHP – Review of International Law & Politics 11/ 2007, S. 71-88 (zusammen mit Patricia Schneider).*
- Terrorbekämpfung: Sicherheitsgewährleistung oder Freiheitsgefährdung?, in: online-Magazin Eurotopics der Bundeszentrale für Politische Bildung (Dreisprachig erschienen: Deutsch, Englisch, Französisch) unter: [http:// www.eurotopics.net/de/ maga-](http://www.eurotopics.net/de/maga-)





zin/anti-terror_2007_07/terrorbekaempfung_schneider_mueller/ (zusammen mit Patricia Schneider).

- Das Denken des Undenkbaren. Auch angesichts einer Terrorgefahr muss der Rechtsstaat auf absichtliche Tötung seiner Bürger durch Staatsorgane verzichten, in: Handelsblatt (der politische Gastkommentar), 17. Juli 2007 (zusammen mit Patricia Schneider).
- Einsatz an der Heimatfront: Im Notfall darf die Bundeswehr auch im Innern eingesetzt werden – doch das Grundgesetz enthält klare Grenzen, in: Handelsblatt (der politische Gastkommentar), 15. Mai 2007 (zusammen mit Patricia Schneider).

Reinhard Mutz

- Friedensgutachten 2007 (Hrsg. mit Bruno Schoch, Andreas Heinemann-Grüder, Jochen Hippler und Markus Weingardt), Münster 2007.
- Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen – Stellungnahme der Herausgeber (Mitverfasser), in: Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 2007, Münster 2007, S. 3-26.
- Frieden durch Intervention? Eine kritisch-kursorische Bilanz, in: Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder/Jochen Hippler/Markus Weingardt/Reinhard Mutz (Hrsg.), Friedensgutachten 2007, Münster 2007, S. 51-62.**
- Jenseits der Bündnisfalle: Aus „Gemeinsamer Sicherheit“ lernen, in: Corinna Hauswedell (Hrsg.), Welche Sicherheit für wen und mit welchen Mitteln? Erweiterte Sicherheit und das neue Weißbuch in der Diskussion, Loccum 2007, S. 35-41.
- Staatsgründung im Konflikt? Politische Dimensionen des Streits um die Zukunft des Kosovo, in: Reinhard Mutz/Jens Narten/Thomas Bruha, Zukunft des Kosovo, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 42/2007, S. 4-6.
- Bergab am Hindukusch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2007, S. 1292-1296.
- Armee im Einsatz – Eine neue Bundeswehr, in: Die Gazette – Das politische Kulturmagazin 15/2007, S. 59-63 (zusammen mit Bruno Schoch).
- Auf Afghanistan hören – Statt Tornados zu schicken, sollte Deutschland in der Nato auf eine neue Strategie am Hindukusch drängen, in: die tageszeitung vom 1. März 2007, S. 11.
- Die Bundeswehr im Niemandsland – Deutsche Soldaten wissen oft nicht, wofür sie ihr Leben riskieren, in: Frankfurter Rundschau vom 15. Juni 2007, S. 13. (Mitverfasser).
- Prüfsteine für Auslandseinsätze – Gibt es Terrorwarnungen, wird die Stationierung der Bundeswehr in Frage gestellt: Gelegenheit, Manöverkritik zu betreiben, in: Frankfurter Rundschau vom 27. Juni 2007, S. 23. (Mitverfasser).
- Der Siegelstreit von Zug bleibt unübertroffen – Militärische Interventionen, kritisch bilanziert, in: Freitag vom 6. Juli 2007, S. 10.
- Hilfe ohne Kollateralschäden – Der Bundeswehreinsatz in Afghanistan sollte nur verlängert werden, wenn eines klar ist: Die Isaf-Schutztruppe wird auf keinen Fall mehr an Kampfeinsätzen teilnehmen, in: die tageszeitung vom 2. August 2007, S. 11.
- Funken und Flammen – Die Unabhängigkeit des Kosovo ist nicht mehr aufzuhalten, Serbiens Anspruch auf territoriale Integrität wird eliminiert, in: Freitag vom 19. Oktober 2007, S. 4.
- Ohne Kosovo-Einigung droht ein Flächenbrand – Damit in Europa nicht neue Gräben aufgerissen werden, braucht es ein Einvernehmen mit Russland, in: Basler Zeitung vom 24. November 2007, S. 10.
- Domino der Sezessionen – Über den künftigen Status des Kosovo sollte allein der UN-Sicherheitsrat entscheiden, sonst droht auf dem Balkan eine neue Kettenreaktion, in: die tageszeitung vom 27. November 2007, S. 12.
- Brennpunkt Afghanistan – Ein Kommentar, in: IFSH aktuell 68, 2007, S. 1.
- Vor der Bundestagsabstimmung über die Tornado-Entsendung: Ein Beschluss, der Weichen stellen wird, in: Streitkräfte und Strategien vom 24. Februar 2007, unter: <http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript2.pdf>.
- Der Kosovo-Krieg aus heutiger Sicht – Was von den ursprünglichen NATO-Zielen übrig geblieben ist, in: Streitkräfte und Strategien vom 2. Juni 2007, unter: <http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript20.pdf>.
- Vor der Verlängerung der Afghanistan-Mandate – Was läuft schief am Hindukusch? in: Streitkräfte und Strategien vom 6. Oktober 2007, unter: <http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript38.pdf>.
- Komplikationen programmiert – Warum sich die Staatengemeinschaft mit der Kosovo-Frage so schwer tut, in: Streitkräfte und Strategien vom 17. November 2007, unter: <http://www.ndrinfo.de/programm/sendungen/streitkraeftesendemanuskript46.pdf>.

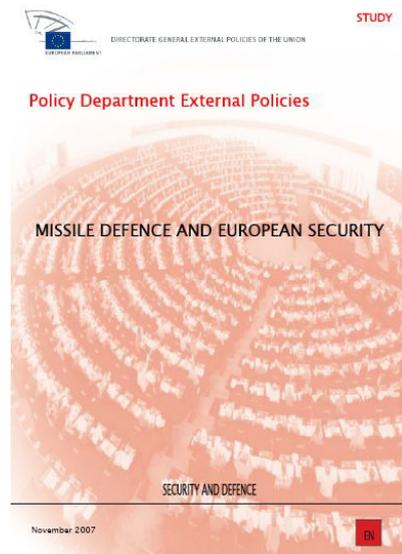


*Jens Narten*

- In Need of Self-Reflection: Peacebuilding in Post-War Kosovo from a Systems-Analytical Perspective, in: *The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations* 1/2007, S. 121-132.*
- Kosovo auf dem Weg in die (Un-)Abhängigkeit? Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Aspekte und die Rolle der internationalen Gemeinschaft, in: *Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik* 42/2007, S. 8-11.
- Post-conflict Peacebuilding & Local Ownership: A Case Study on External-local Dynamics in Kosovo under UN Interim Administration, unter: *International Studies Association web-based conference archive* 2007.
- Kosovo before Status Determination: Peacebuilding Unfinished, Dilemmas Unresolved, in: *IFSH, Annual Report 2006, Hamburg 2007*, S. 79-83.
- Der Kosovo vor der Entscheidung über seinen künftigen Status: Unvollständiger Friedensaufbau, ungelöste Dilemmata, in: *IFSH, Jahresbericht 2006, Hamburg 2007*, S. 7-12.

Götz Neuneck

- Joseph Rotblat: The Elimination of Nuclear Weapons and the Social Conscience of Scientists: Above all – remember your humanity, in: Reiner Braun/Robert Hinde/David Krieger/Harry Kroto/Sally Milne (Eds.), *Joseph Rotblat - Visionary for Peace*, Weinheim 2007, S. 215-224.
- Beginn eines Wettrüstens im All. Der chinesische ASAT-Test, in: *Wissenschaft und Frieden* 2/2007, S. 5.
- Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland, Preprint 332, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2007, 93 Seiten, online unter: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/Preprints/P332.PDF> (Hrsg. zusammen mit Michael Schaaf).
- Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland in: Götz Neuneck/Michael Schaaf (Hrsg.): *Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland*, Preprint 332, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2007, S. 31-37, online unter: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/Preprints/P332.PDF> (zusammen mit Michael Schaaf).
- Von Haigerloch, über Farm Hall und die Göttinger Erklärung nach Starnberg. Die Arbeiten Carl Friedrich von Weizsäckers zur Kriegsverhütung, Atombewaffnung und Rüstungskontrolle in: Götz Neuneck/Michael Schaaf (Eds.): *Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland*, Preprint 332, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2007, S. 63-74, unter: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/Preprints/P332.PDF>.
- Die Atombombe und die Verantwortung der Wissenschaft, in: *Physik Journal* 6/2007, S. 55.
- Raketen und die Spaltung Europas: Ein neues Wettrüsten bahnt sich an!, in: *Wissenschaft und Frieden* 3/2007, S.43-44.
- Nachruf auf Carl Friedrich von Weizsäckers, in: *AFB Info* 1/2007, S. 22, unter: <http://www.pugwash.de/Pugwash+CFVW+info.doc> und http://www.uni-hamburg.de/fachbereicheinrichtungen/znf/carl_friedrich_von_weizsaecker.html] (zusammen mit Martin Kalinowski).
- Zehn Jahre Forschungsverbund FONAS – Rückblick und Ausblick, in: *FONAS Newsletter* 8/2007, S. 3-10 (zusammen mit Wolfgang Liebert).
- Ein Nachruf auf Carl Friedrich von Weizsäcker, in: *FONAS Newsletter* 8/2007, S. 35-36.
- Zum Tode von Carl Friedrich von Weizsäcker, in: *Schweizerische Gesellschaft für Strahlenbiologie und Medizinische Physik, Bulletin* 64, Dezember 2007, S. 37-38
- Droht ein Rüstungswettlauf im All?, in: *16. Forum Globale Fragen. Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung*, Auswärtiges Amt, Proceedings 5.-6. März 2007, Berlin, S. 44-50.
- Nuclear Futures: Proliferations Risks and Challenges in the Next Decade, Contribution to a Panel Discussion with W. Panofsky, C. McArdle Kelleher, M. de Andreis, N. Laverov, ACCADEMIA NAZIONALE DEI LINCEI, XVI AMALDI CONFERENCE ON PROBLEMS OF GLOBAL SECURITY, Proceedings, International Center for Theoretical Physics, Trieste, 18-20 November 2004, Rom 2007, S. 322-328.
- Remember Your Humanity: 50 Jahre Pugwash – 50 Jahre Göttinger Erklärung, in: *Wissenschaftler für den Frieden; Wissenschaft und Frieden – Dossier* 55, Beilage zu *W&F* 4-2007.





- Nachruf auf Wolfgang K.H. Panofsky, in: Physik Journal 6/2007, S. 67 (zusammen mit Erich Lohrmann).
- Missile Defence and European Security, Policy Department External Policies, European Parliament, Brüssel 2007, online unter: http://www.isis-europe.org/pdf/2007_artrel_72_pe-%20missile%20defence%20and%20european%20security.pdf (zusammen mit Giovanni Gasparini, Stephen Pullinger und Xavier Pasco).**

Bernhard Rinke

- Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Festschrift für Reinhard Meyers, Wiesbaden 2007 (Hrsg. zusammen mit Hans-Georg Ehrhart/Sabine Jaberg/Jörg Waldmann).
- Von der Zivilmacht zur Weltmacht? Die Europäische Union als Akteur im internationalen System, in: Hans-Georg Ehrhart/Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldmann (Hrsg.), Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Festschrift für Reinhard Meyers, Wiesbaden 2007, S. 108-122.
- Einleitung, in: Hans-Georg Ehrhart/Sabine Jaberg/Bernhard Rinke/Jörg Waldmann (Hrsg.), Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Festschrift für Reinhard Meyers, Wiesbaden 2007, S. 7-10.
- Wissenschaftliches Symposium: Die Europäische Union im 21. Jahrhundert, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2007, S. 94-95.

Ute Runge

- OSCE Selected Bibliography 2005/2006, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE yearbook 2006, Baden-Baden 2007, S. 461-474.
- Literatenauswahl zur OSZE 2005/2006, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2006, Baden-Baden 2007, S. 499-512.

Michael Schaaf

- Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland, Preprint 332, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin 2007, 93 S., online unter: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/Preprints/P332.PDF> (Hrsg. zusammen mit Götz Neuneck).
- Geschichte und Zukunft der Pugwash-Bewegung in Deutschland in: Götz Neuneck/Michael Schaaf (Hrsg.): Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland, Preprint 332, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, 2007, Berlin, S. 31-37, unter: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/Preprints/P332.PDF> (zusammen mit Götz Neuneck).

Ursel Schlichting

- Vorwort, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2006, Baden-Baden 2007, S. 15-18.
- Foreword, in: Institute for Peace Research and Security Polica at three University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2006, Baden-Baden 2007, S. 15-18.
- Predisloviye, in: Institut issledovaniya problem mira i politiki besopasnosti pri universitete Gamburga/Moskovskii gosudarstvennyi institut meshdunarodnykh otnoschenii (universitet), Eschegodni OBSE 2005, Moskau 2007, S. 11-16.

Patricia Schneider

- The ICJ 1945-2001: Empirical Findings about its Performance and Recommendations for an Improvement of its Efficiency, in: UHP – Review of International Law & Politics, Vol. 3, No. 11, 2007, S. 71-88 (zusammen mit Erwin Müller).*
- Gesellschaftliche Transformationsprozesse und Annäherungsprozesse: Kosovo zwischen Vergangenheit und Zukunft. Forschungen im Akademischen Netzwerk Südosteuropa 2005/06, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 147, September 2007 (Hrsg. zusammen mit Hans J. Gießmann).
- Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen. Internationale Strafverfolgung von Staatseliten: Zwischen Rechtsstreit und Politikum, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2007, S. 65-70 (zusammen mit Mayeul Hiéramente).
- Terrorbekämpfung: Sicherheitsgewährleistung oder Freiheitsgefährdung? Artikel für das online-Magazin Eurotopics der Bundeszentrale für Politische Bildung. Dreisprachig erschienen: Deutsch, Englisch, Französisch, 27.07.2007, unter: http://www.eurotopics.net/de/magazin/anti-terror_2007_07/terrorbekaempfung_schneider_mueller/ (zusammen mit Erwin Müller).





- Der Vergleichs- und Schiedsgerichtshof innerhalb der OSZE. Entstehung, Stand, Perspektiven (Eine Studie für das Auswärtige Amt), Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Heft 145, Februar 2007 (zusammen mit Tim J. Aristide Müller-Wolf).
- The Court of Conciliation and Arbitration within the OSCE. Working Methods, Procedures and Composition, CORE-Working Paper No. 16, 2007 (zusammen mit Tim J. Aristide Müller-Wolf).
- Das Denken des Undenkbaren. Auch angesichts einer Terrorgefahr muss der Rechtsstaat auf absichtliche Tötung seiner Bürger durch Staatsorgane verzichten, in: Handelsblatt (der politische Gastkommentar), 17. Juli 2007 (zusammen mit Erwin Müller).
- Einsatz an der Heimatfront: Im Notfall darf die Bundeswehr auch im Innern eingesetzt werden – doch das Grundgesetz enthält klare Grenzen, in: Handelsblatt (der politische Gastkommentar), 15. Mai 2007 (zusammen mit Erwin Müller).
- Wie schreibe ich eine erfolgreiche Masterarbeit? Ein praktischer Leitfaden für Friedens- und Konfliktforscher(innen) und andere Sozialwissenschaftler(innen) (Mitautorin), Februar 2007, online: <http://www.ifsh.de/pdf/studium/Masterarbeit-Hinweise.pdf> (zusammen mit Anna Kreikemeyer).
- Friedrich Jäger: Das Internationale Tribunal über Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien. Anspruch und Wirklichkeit. Wien: LIT Verlag 2005, besprochen in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 3/2007, S. 33-35.

Katrin Simhandl

- Der Diskurs der EU-Institutionen über die Kategorien „Zigeuner“ und „Roma“. Die Erschließung eines politischen Raumes über die Konzepte von „Antidiskriminierung“ und „sozialem Einschluss“, Baden-Baden 2007 (Demokratie, Sicherheit, Frieden, 183), 427 S.
- Antidiskriminierungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/Baden-Baden 2007, S. 59-62 (zusammen mit Isabelle Tannous).

Thorsten Stodiek

- The Creation of Multi-Ethnic Police Services in the Western Balkans. A Record of Mixed Success, Osnabrück 2007 (Forschung DSF, 8) (zusammen mit Wolfgang Zellner).
- Der Aufbau multiethnischer Polizeien durch internationale Polizeiemissionen, in: Bernhard Frevel et.al. (Hrsg.), Empirische Polizeiforschung X: Einflüsse von Globalisierung und Europäisierung auf die Polizei, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt 2007.

Isabelle Tannous

- Decision-Making by Antagonistic Representation: On the Path to Conflict Prevention and Crisis Management, in: Dirk De Bièvre/Christine Neuhold (Hrsg.), Dynamics and Obstacles of European Governance, Cheltenham: Edward Elgar 2007, S. 187-229 (mit Mariano Barbato).
- Schnittstellen von Entwicklung und Sicherheit der Europäischen Union – Strategien und Mechanismen für mehr Politikkohärenz, BMZ-Studie, für: Bonn: International Center for Conversion (BICC) 2007, 32 S.
- Antidiskriminierungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/Baden-Baden 2007, S. 59-62 (zusammen mit Katrin Simhandl).
- Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/Baden-Baden 2007, S. 116-119.
- Menschenrechtspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/Baden-Baden 2007, S. 311-314.
- Entwicklungspolitik, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration 2006, Baden-Baden 2007, S. 251-254.

Kurt P. Tudyka

- Die OSZE. Besorgt um Europas Sicherheit. Kooperation statt Konfrontation, Hamburg 2007.
- Ohne Perspektive? Die OSZE zwischen Stagnation und Krise, in: Wissenschaft und Frieden 4/2007, S. 10-13.
- Meine gesellschaftliche Utopie, in: Menschen 4/2007, S. 80.





- Frieden(s)macht Europa – Auf der Suche nach der verborgenen Utopie, in: Friedensforum. Hefte zur Friedensarbeit, Stadtschlaining 2007 (Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung).

Vetterlein, Merle

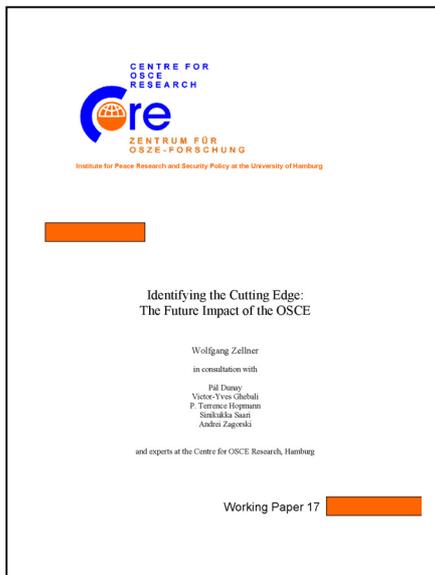
- Bildungspolitik als Schlüssel zur Konfliktlösung in Makedonien, in: Friedrich Ebert Foundation (Hrsg.), Sicherheit und Frieden, February 2007, unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/04270.pdf>.

Armin Wagner

- BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärsplionage in der DDR, Berlin 1. u. 2. Aufl. 2007 (zusammen mit Matthias Uhl).
- Pullachs Aufklärung gegen sowjetisches Militär in der DDR. Umfang, Potential und Grenzen der order-of-battle-intelligence von Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst, in: Deutschland Archiv 1/2007, S. 49-67 (zusammen mit Matthias Uhl).
- „Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung in besonders verständlicher Weise.“ Bundesnachrichtendienst und Mauerbau, Juli-September 1961, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4/2007, S. 681-725 (zusammen mit Matthias Uhl).
- Daniel Niemetz, Das feldgraue Erbe. Die Wehrmacheinflüsse im Militär der SBZ/DDR, Berlin 2006, besprochen in: sehepunkte 3/2007 unter: <http://www.sehepunkte.de/2007/03/11605.html>.
- Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005, besprochen in: Deutschland Archiv 2/2007, S. 341-342.
- James Critchfield, Auftrag Pullach. Die Organisation Gehlen 1948 bis 1956, Hamburg 2005, besprochen in: Deutschland Archiv 4/2007, S. 742-743.

Wolfgang Zellner

- Redefining the OSCE's Future: Strategic Uncertainty and Political Contradictions are Delaying Progress, in: Vincent Chetail (Hrsg.), Conflicts, Sécurité et Cooperation – Conflicts Security and Cooperation. Liber Amicorum Victor-Yves Ghebali, Brüssel 2007, S. 569-588.
- Review of Field Missions, in: Daniel Warner (ed.), The OSCE at a Turning Point: OSCE Chairmanship and Other Challenges, Geneva 2007 (PSIO Occasional Paper 4/2007), S. 35-53.
- Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE, Hamburg 2007 (CORE Working Paper No. 17) (in consultation with Pál Dunay, Victor-Yves Ghebali, Terrence Hopmann, Sinikukka Saari, Andrei Zagorski, and experts at the Centre for OSCE Research).
- Interview with Ambassador Wilhelm Höynck, Former Secretary General of the OSCE, in: Helsinki Monitor: 4/2007, S. 271-274.
- The Creation of Multi-Ethnic Police Services in the Western Balkans: A Record of Mixed Success, Osnabrück 2007 (Forschung DSF, 8) (zusammen mit Thorsten Stodiek).
- The Quandaries of Promoting Democracy in Central Asia: Experiences and Perspectives from Europe and the USA. Report of a Transatlantic Workshop at the Centre for OSCE Research (CORE), Hamburg 2007 (CORE Working Paper No. 18), (Hrsg. zusammen mit Anna Kreikemeyer)

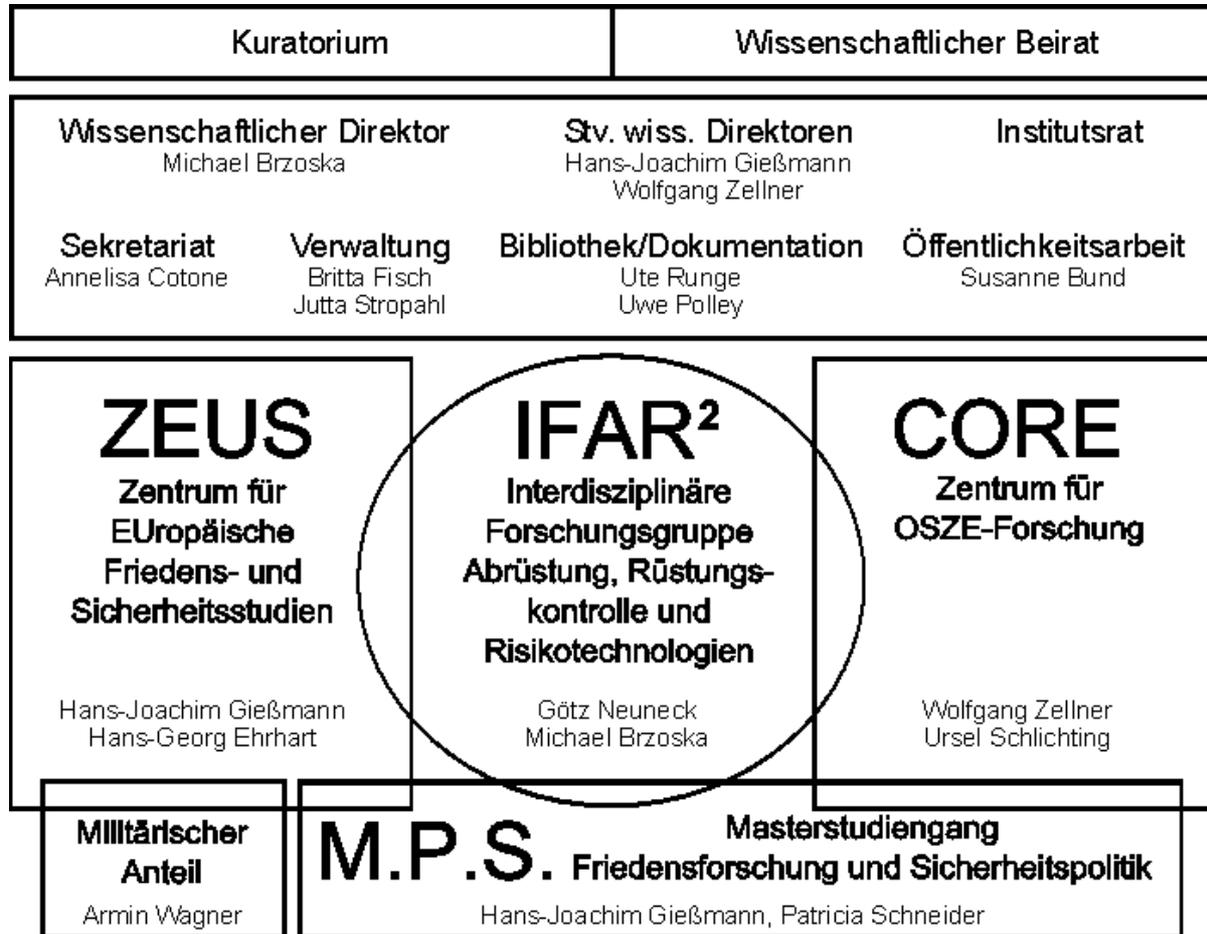


Statistischer Anhang
Statistical Annex



Organigramm / Organization Chart

Stand 31.12.2007 *



* Beschäftigte laut Stellenplan ohne Drittmittel- und Honorarkräfte.



**Vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)
in den Jahren 2004 bis 2009 eingeworbene Drittmittel und Drittmittelgeber (in Euro)**

Arbeitsbereiche	Geber	Drittmittel in Euro					Summe
		2004	2005	2006	2007	2008	
Zentrum für Euro- päische Friedens- und Sicherheits- politik (ZEUS, i.A.)	DFG	-	23.863 ¹	-	-	-	-
	Bund	87.692 ²	85.039 ³	71.609 ⁴	-	-	-
	Land/Länder	16.500	5.000 ⁵	-	13.503 ⁶	-	-
	EU	-	-	-	13.450 ⁷	-	-
	Wirtschaft	-	-	1.160 ⁸	-	-	-
	Stiftungen	20.000	32.000 ⁹	3.525 ¹⁰	104.020 ¹¹	-	-
	Sonstige	5.932 ¹²	7.500 ¹³	52.058 ¹⁴	50.000 ¹⁵	-	-
Summe ZEUS		130.124	153.402	128.352	180.973		
Zentrum für OSZE- Forschung (CORE)	DFG	-	-	-	-	-	-
	Bund	205.000	198.000	199.000	289.290 ¹⁶	-	-
	Land/Länder	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	-	-	-	-	-
	Stiftungen	9.720 ¹⁷	19.440 ¹⁸	34.440 ¹⁹	14.580 ²⁰	-	-
	Sonstige	31.595 ²¹	52.769 ²²	28.623 ²³	92.954 ²⁴	-	-
Summe CORE		246.315	270.209	262.063	396.824		
Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Rüstungskontrolle und Abrüstung (IFAR)	DFG	-	-	-	-	-	-
	Bund	-	10.150 ²⁵	-	-	-	-
	Land/Länder	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	2.800 ²⁶	-	-
	Wirtschaft	-	-	-	-	-	-
	Stiftungen	2.000	140.000 ²⁷	59.600 ²⁸	69.500 ²⁹	-	-
	Sonstige	-	20.300 ³⁰	-	30.950 ³¹	-	-
Summe IFAR		2.000	170.450	59.600	103.250		

1 Verlängerung Projekt Hensell um 6 Monate

2 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum: 28.395, DAAD-Konferenz 2/2005: 59.297.

3 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum: 27.379, 57.660 Akademisches Netzwerk SOE (Stipendien, Workshops, Gastlektorin)

4 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum 24.075, Akademisches Netzwerk SOE 47.534

5 BWG, Seminare Balkan-Netzwerk

6 DAAD

7 ISIS Europe, 5.500, 1.500 und 6.450

8 Nordbank

9 Humboldt Stiftung, TransCoop-Programm mit Pfaltzgraff

10 Cusanuswerk Promotionsstipendium

11 Volkswagen Stiftung: Tannous 67.000 und Johannsen 27.300; Promotionsstipendium Naumann Stiftung Bandow

12 NATO, Tagungsmittel

13 EMA Master

14 US-Botschaft 1.564; UNDP 2.646; EMA 6.000; BICC 2.850; OECD 6.000; BICC 28.300; BICC 4.698

15 50.000 Molinari-Stiftung für Baudissin-Fellowships;

16 198.000 AA-Rahmenprojekt; 49.975 Diskursprojekt ZA 2007; 41.315 Kasachstan-Trainingsprojekt

17 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendium Kropatcheva

18 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva

19 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva 19.440; Thyssen Stiftung Workshop 15.000

20 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva

21 Gruppe von 16 OSZE-Teilnehmerstaaten, koordiniert von Finnland

22 Finnland, Evaluating the OSCE and Its Future Role

23 Eidgenöss. Departement für Auswärtige Angelegenheiten 12.673; OSZE-Zentrum Almaty 15.950

24 6.500 OSZE-Zentrum in Almaty; 49.554 finnisches Außenministerium;

25 BMBF, Workshop Pugwash

26 ISIS

27 Projekt Meier, Thyssen-Stiftung

28 Volkswagen Stiftung, Projekt Schwanhäuber

29 DSF 9.000; Volkswagen Stiftung Dickow 60.500

30 Fraunhofer Institut Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen

31 Uni Dortmund / TAB



IFSH übergreifend	DFG	-	-	-	-			
	Bund	157.379 ³²	70.000 ³³	70.000 ³⁴	70.000 ³⁵			
	Land/Länder	-		-				
	EU	-		-				
	Wirtschaft	-		-				
	Stiftungen	2.596		-				
	Sonstige	-		35.800 ³⁶	28.200 ³⁷			
Summe IFSH ü.		159.975	70.000	70.000	98.200			
IFSH Gesamt	DFG	-	23.863	-				
	Bund	450.071	363.189	340.609				
	Land/Länder	16.500	5.000	-				
	EU	-	-	-				
	Wirtschaft	-	-	1.160				
	Stiftungen	32.316	191.440	97.565				
	Sonstige	35.264	80.569	80.681				
Summe IFSH		538.414	664.061	555.815	779.247			

32 70.000,- für den vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierten Offizier, 87.379,- vom DAAD für MPS

33 70.000,- für den vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierten Offizier.

34 Vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierter Offizier

35 Vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierter Offizier

36 Förderverein

37 Förderverein



Third party funds raised by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH) in the years 2004 to 2009 (in Euro)

Work Area	Donor	Third party Funds in Euros						Total
		2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Center for European Peace and Security Studies (ZEUS, by Proxy)	DFG	-	23.863 ¹	-	-	-	-	-
	Federal gov.	87.692 ²	85.039 ³	71.609 ³	-	-	-	-
	State gov.(s)	16.500	5.000 ⁵	-	13.503 ⁶	-	-	-
	EU	-	-	-	13.450 ⁷	-	-	-
	Private sector	-	-	1.160 ⁸	-	-	-	-
	Foundations	20.000	32.000 ⁹	3.525 ¹⁰	104.020 ¹¹	-	-	-
	Other	5.932 ¹²	7.500 ¹³	52.058 ¹⁴	50.000 ¹⁵	-	-	-
Total ZEUS		130.124	153.402	128.352	180.973			
Center for OSCE-Research (CORE)	DFG	-	-	-	-	-	-	-
	Federal gov.	205.000	198.000	199.000	289.290 ¹⁶	-	-	-
	State gov.(s)	-	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-	-
	Private sector	-	-	-	-	-	-	-
	Foundations	9.720 ¹⁷	19.440 ¹⁸	34.440 ¹⁹	14.580 ²⁰	-	-	-
	Other	31.595 ²¹	52.769 ²²	28.623 ²³	92.954 ²⁴	-	-	-
Total CORE		246.315	270.209	262.063	396.824			
Interdisciplinary Working Group	DFG	-	-	-	-	-	-	-
	Federal gov.	-	10.150 ²⁵	-	-	-	-	-
	State gov.(s)	-	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	2.800 ²⁶	-	-	-
	Private sector	-	-	-	-	-	-	-
	Foundations	2.000	140.000 ²⁷	59.600 ²⁸	69.500 ²⁹	-	-	-
	Other	-	20.300 ³⁰	-	30.950 ³¹	-	-	-
Total IFAR		2.000	170.450	59.600	103.250			

1 Verlängerung Projekt Hensell um 6 Monate

2 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum: 28.395, DAAD-Konferenz 2/2005: 59.297.

3 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum: 27.379, 57.660 Akademisches Netzwerk SOE (Stipendien, Workshops, Gastlektorin)

4 DAAD: Willy-Brandt-Zentrum 24.075, Akademisches Netzwerk SOE 47.534

5 BWG, Seminare Balkan-Netzwerk

6 DAAD

7 ISIS Europe, 5.500, 1.500 und 6.450

8 Nordbank

9 Humboldt Stiftung, TransCoop-Programm mit Pfaltzgraff

10 Cusanuswerk Promotionsstipendium

11 Volkswagen Stiftung: Tannous 67.000 und Johannsen 27.300; Promotionsstipendium Naumann Stiftung Bandow

12 NATO, Tagungsmittel

13 EMA Master

14 US-Botschaft 1.564; UNDP 2.646; EMA 6.000; BICC 2.850; OECD 6.000; BICC 28.300; BICC 4.698

15 50.000 Molinari-Stiftung für Baudissin-Fellowships;

16 198.000 AA-Rahmenprojekt; 49.975 Diskursprojekt ZA 2007; 41.315 Kasachstan-Trainingsprojekt

17 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendium Kropatcheva

18 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva

19 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva 19.440; Thyssen Stiftung Workshop 15.000

20 Friedrich Naumann Stiftung, Promotionsstipendien König und Kropatcheva

21 Gruppe von 16 OSZE-Teilnehmerstaaten, koordiniert von Finnland

22 Finnland, Evaluating the OSCE and Its Future Role

23 Eidgenöss. Departement für Auswärtige Angelegenheiten 12.673; OSZE-Zentrum Almaty 15.950

24 6.500 OSZE-Zentrum in Almaty; 49.554 finnisches Außenministerium;

25 BMBF, Workshop Pugwash

26 ISIS

27 Projekt Meier, Thyssen-Stiftung

28 Volkswagen Stiftung, Projekt Schwanhäuber

29 DSF 9.000; Volkswagen Stiftung Dickow 60.500

30 Fraunhofer Institut Naturwissenschaftlich-Technische Trendanalysen

31 Uni Dortmund / TAB



IFSH overall	DFG	-	-	-	-			
	Federal gov.	157.379 ³²	70.000 ³³	70.000 ³⁴	70.000 ³⁵			
	State gov.(s)	-		-				
	EU	-		-				
	Private sector	-		-				
	Foundations	2.596		-				
	Other	-		35.800 ³⁶	28.200 ³⁷			
Total IFSH overall		159.975	70.000	70.000	98.200			
IFSH Total	DFG	-	23.863	-				
	Federal gov.	450.071	363.189	340.609				
	State gov.(s)	16.500	5.000	-				
	EU	-	-	-				
	Private sector	-	-	1.160				
	Foundations	32.316	191.440	97.565				
	Other	35.264	80.569	80.681				
Total IFSH		538.414	664.061	555.815	779.247			

32 70.000,- für den vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierten Offizier, 87.379,- vom DAAD für MPS

33 70.000,- für den vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierten Offizier.

34 Vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierter Offizier

35 Vom Bundesministerium der Verteidigung an das IFSH sekundierter Offizier

36 Förderverein

37 Förderverein



Öffentlichkeitsarbeit / Conference and Media Activities

Themen/Topic	Vorträge/ Lectures	Podiumsdisk./ Podium Disc.	Tagungen/ Conferences	Interviews	Gesamt/ Total
Aktuelle sicherheits- politische Fragen (hier auch Terroris- mus)/Current security policy questions (also terrorism)	53	18	41	109	221
Abrüstung/KRST Disarmament/Arms control	27	6	22	45	100
Europ. Sicherheit/ European security	23	7	26	17	73
OSZE/OSCE	9	-	9	-	18
Regionale Konflikte/ Regional conflicts	34	8	11	72	125
Friedensforschung (auch IFSH)/Peace research (also IFSH)	6	4	3	14	27
Friedenspädagogik/ Peace education	2	-	-	-	2
Sonstiges/Others	11	2	9	6	28
Gesamt/Total	165	45	121	263	594

Vom IFSH organisierte bzw. mitorganisierte Veranstaltungen 2007 (außerhalb von Lehrveranstaltungen , Studiengängen etc.)

Mehrtägige Konferenzen / wissenschaftliche Tagungen*	4
Eintägige Workshops / Seminare**	11
Podiumsdiskussionen / Öffentliche Vortragsveranstaltungen***	7
Gesamt	21

* Zwei in Hamburg, eine in Berlin und eine in Shanghai

** Fünf in Hamburg, fünf in Kasachstan

*** Sechs in Hamburg, eine in Berlin



Veröffentlichungen / Publications

	2007	Anonymes Begutachtungsverfahren/ Peer reviewed (blind)	Begutachtungsverfahren/ Peer review
Sammelbände /Anthologies	6	1	
Monographien /Monographs	5		
Broschüren/Graue Literatur / Booklets/Gray literature	35		3
Buchbeiträge/ Articles in books	57	2	6
Zeitschriftenaufsätze /Articles in journals	50	6	1
Zeitungsbeiträge / Newspapers articles	14		
Rezensionen / Book reviews	5		
Online-Veröffentlichungen / Online publications	14		
Sonstiges / others	-		
Gesamt / Total	185	9	10

Vom IFSH herausgegebene bzw. mitherausgegebene und redaktionell betreute Publikationen 2007

Reihe	Anzahl
Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik	3
Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik	1
IFSH aktuell (IFSH news)	5 (5)
Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden	3
OSZE-Jahrbuch (OSCE Yearbook, Eschegodni OBSE)	1 (1 + 1)
Zeitschrift: Sicherheit und Frieden (S+F)	4
Friedensgutachten	1
Gesamt	18 (7)



Lehrveranstaltungen / Courses 2006

	Lehrende /Tutors	Semesterwochenstunden / Number of semester hours	davon an der Universität Hamburg / im M.P.S./ of these at the University of Hamburg/ in the M.P.S.
WS 2006/2007	12	31	24
SS 2007	8	18	12
WS 2007/2008	12	31	29

* Ein Teil der Lehrenden bietet in allen drei Semestern Lehrveranstaltungen an.
Some instructors offered courses in all three semesters.

Betreuung von Studierenden/Praktikanten/* Supervision of Students/Interns

2007	Promotionen PhD Thesis	2007 abge- schlossen	Diplom-/Magis- terarbeiten Diploma/Master's Thesis	2007 abge- schlossen	Master- arbeiten** Master's Projects	2007 abge- schlossen	Praktikanten Interns
CORE	8	2	-	-	7	6	8
ZEUS	12	3	2	-	20	18	18
IFAR	3	-	2	-	3	3	2
Gesamt/Total	23		4	-	30	27**	28

* Manche Arbeiten haben zwei Betreuer/innen.

** Alle 24 M.P.S. Studierenden haben 2007 abgeschlossen sowie drei E.MA Studierende, die am IFSH jeweils zwei Betreuer/innen hatten.

Projekte / Projects 2007*

Projekte/Projects	begonnen/ started	fortgeführt/ continued	abgeschlossen/ completed	bewilligt/ approved	vorbereitet/ beantragt prepared/ submitted	abgelehnt/ not approved
Forschungsprojekt Research Project	7	33	4	5	2	5
Beratungsprojekt Consultancy Project		6	4	4	1	-
Gesamt / Total	7	39	8	9	3	5

Projekte entsprechen dem IFSH-Forschungsplan unter: http://www.ifsh.de/IFSH/profil/for_plaene.htm.